Geschichte.

Englands Stellung zur bosnischen Krise.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde
der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen
Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster i. Westf.

vorgelegt von
Heinrich Lübbing
aus Löhne i. Westf.

58 62

Gedruckt in der Verlags-Anstalt Heinr. & J. Lechte, Emsdetten i. W.

1933

Geschichte.

Englands Stellung zur bosnischen Krise.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde
der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen
Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster i. Westf.

vorgelegt von
Heinrich Lübbing
aus Löhne i. Westf.

58 62

Gedruckt in der Verlags-Anstalt Heinr. & J. Lechte, Emsdetten i. W.
1933

Dekan: Herr Prof. Dr. Wackernagel.
Referent: Herr Prof. Dr. Wätjen.
Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dezember 1931.

Literatur.

I. Quellen.

1. British Documents on the Origins of the War. Band V, London 1928.
2. Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Berlin. Band 26 Abt. I und II.
3. Oesterreich-Ungarns Außenpolitik, Diplomatische Aktenstücke des Oesterreich-Ungarischen Ministeriums des Aeußeren. Wien. Band I und II.
4. Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1885—1914. Herausgegeben von Bernhard Schwertfeger. Berlin 1925. Band IV.
5. Die Vorgeschichte des Weltkrieges, erste Reihe im Werk des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Berlin 1930. Band X.
6. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. Jahrgang 1908/09. München 1909/10.
7. Siebert, B. von, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Vorkriegsjahre. Berlin, Leipzig, 1921.

II. Darstellungen.

1. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung. (Die Kriegsschuldfrage.) Berlin, Jahrgang 1—10.
2. Lutz, Hermann, Lord Grey und der Weltkrieg. Berlin 1927.
3. Doren, Alfred. Bosnische Krise, Agadir, Albanien. Berlin 1919.
4. Brandenburg, Erich. Von Bismarck zum Weltkriege. Berlin 1924.
5. Stieve, Friedrich. Deutschland und Europa 1890—1914. Berlin 1926.
6. Hoyos, Alexander. Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns. Berlin-Leipzig, 1922.
7. Bülow, Fürst von. Deutsche Politik. Berlin 1916.
8. Hartung, Fritz. Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles, 1871—1919. 3. Auflage. Bonn, Leipzig 1930.
9. Friedjung, Heinrich. Das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914. Band II. Berlin 1922.
10. Haller, Johannes. Die Aera Bülow. Berlin 1922.

11. Daniels, Emil. Englische Staatsmänner von Pitt bis Asquith und Grey. Berlin 1925.
12. The Cambridge History of British Foreign Policy. Band III. Cambridge 1923.
13. Gooch, G. P. Recent Revelations of European Diplomacy. London 1928.
14. Gooch, G. P. History of Modern Europe, 1878—1919. London 1924.
15. Boghitschewitsch, Dr. Kriegsursachen. Zürich 1919.
16. Boghitschewitsch, Dr. Serbien und der Weltkrieg, 1903—14. Band III. Berlin 1931.
17. Farrer, J. H. England unter Edward VII. London 1922.
18. Nicolson, Herald. Sir Arthur Nicolson. London 1930.
19. Lee, Sidney. Edward VII. Dresden. (Deutsche Uebersetzung.)
20. Fay, Sidney, Bradshaw. The Origins of the World War. Band I. New York 1930.
21. Ewart, John, S. The Roots and Causes of the War, 1914—18. Band II. New York 1925.
22. Schmitt, Bernadotte, E. The Coming of the War. 1914. New York 1930.
23. Seton-Watson, R. W. Die Südslawische Frage im Habsburgerreiche. Berlin 1913.
24. Dickinson, G. Lowes. The International Anarchy 1904—14. New York 1926.
25. Fabre-Luce, Alfred. La Victoire. Paris 1924.

III. Memoiren.

1. Asquith, H. H. The Genesis of the War. London 1923.
2. Grey of Fallodon, Viscount. Twenty-Five Years. Band I. London 1926.
3. Haldane, Viscount. Before the War. London 1920.
4. Steed, Henry, Wickham. Through Thirty Years, 1892—1922. Band I. London 1924.
5. Iswolski, A. P. Mémoires de Alexandre Iswolski, ancien ambassadeur de Russie à Paris, 1906—10. Paris 1923.
6. Schoen, Freiherr von. Erlebtes. Berlin 1921.
7. Bülow, Fürst von. Denkwürdigkeiten. Band II. Berlin.
8. Conrad, Hötzendorf v. Aus meiner Dienstzeit. Wien 1921—25.
9. Chirol, Valentine. Fifty Years in a Changing World. London 1927.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Erster Teil.

1. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina.
2. Die Stellung der europäischen Mächte zur Annexion.
3. Das Iswolsky — Greysche Konferenzprogramm.
4. England und der österreichisch-türkische Konflikt.
5. England und der bulgarisch-türkische Konflikt.
6. England und der österreichisch-serbische Konflikt.

Zweiter Teil.

1. Englands Verhältnis zu Rußland.
2. Englands Verhältnis zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn.
3. Die Pressehetze.
4. Die Kriegsgefahr.
5. Zusammenfassender Ueberblick über die englische Politik in der Bosnischen Krise.

Schluß: Die Folgen der Bosnischen Krise.

Einleitung.

Die vorliegende Arbeit versucht eine Deutung der Stellung Englands in der bosnischen Krise 1908/09 zu geben und die Ziele, Methoden und Ergebnisse der englischen Diplomatie während der Annexionskrise zusammenfassend darzustellen.

Die bosnische Krise vom Jahre 1908/09 war eine europäische Krise. Deshalb ist es unerläßlich, die Politik der übrigen europäischen Kabinette soweit mit zu behandeln, als es zum Verständnis der englischen Politik und Stellungnahme notwendig erscheint. Die britische Diplomatie muß also in den Rahmen der großen europäischen Politik hineingestellt und von dort aus betrachtet und beurteilt werden. Aus diesem Grunde war es nötig, die Vorgeschichte der Annexion, die großserbischen Aspirationen und die außerordentlich bedeutsame Unterredung zwischen Herrn Iswolski und Freiherrn von Aehrenthal in Buchlau zunächst in ihren Grundzügen zu erläutern, ferner die Gründe für die Rechtfertigung der Annexion anzuführen, da dies zum Verständnis der englischen Stellungnahme unerläßlich ist. Auf die außerordentliche Bedeutung, die Herr Iswolski und die russische Politik in dem Verlauf der Krise für die englisch-russischen Beziehungen einnimmt, ist mit gebührendem Nachdruck hingewiesen worden. Aus der österreichisch-ungarischen Annexionserklärung und der gleichzeitig erfolgenden Unabhängigkeitserklärung Bulgariens ergaben sich folgende drei Hauptkonflikte: 1. der österreichisch-türkische Konflikt, 2. der bulgarisch-türkische Konflikt, 3. der österreichisch-serbische Konflikt. Die Lösung des österreichisch-serbischen Konfliktes bereitete wegen der Unnachgiebigkeit Serbiens und wegen der Hoffnungen, die England und Rußland in Serbien erweckten, besondere Schwierigkeiten.

Die Kapitel 1—6 im ersten Teil der Dissertation suchen den Verlauf der Krise in den verschiedenen Phasen darzutun und dabei vor allem Englands Stellung zu der Krise klarzulegen, während der zweite Teil durch breiteres Eingehen auf die Stellung Englands zu Rußland wie zu Deutschland und Oesterreich—Ungarn überhaupt, sowie durch besondere Betrachtungen über die „Pressehetze" und die „Kriegsgefahr" die bosnische Krise und Englands Stellung noch ergänzend beleuchten soll.

Die Arbeit beruht im wesentlichen auf den englischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Aktenpublikationen, von denen mir die Documents besonders wertvoll waren. Großen Wert habe ich auch auf die im Ausland entstandene Literatur, namentlich die englische und amerikanische gelegt.

Die benutzten Quellen sind in den Fußnoten mit den allgemein üblichen Abkürzungen bezeichnet: B. D. = British Documents on the Origins of the War. G. P. = die große Politik der europäischen Kabinette. Ö. U. — Oesterreich-Ungarns Außenpolitik.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Universitäts-Professor Dr. Wätjen, dem ich dafür und für die Förderung meiner Arbeit zu aufrichtigem Dank verpflichtet bin.

Kapitel I.

Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn.

Am 11. September 1914 hielt Winston Churchill in einer Massenversammlung in London eine Rede, in der er das englische Volk ermahnte, im Kampf gegen Deutschland auszuharren, denn es sei der große Krieg, der bereits während der bosnischen Krise zu führen gewesen wäre.[1])

In der Tat bildet die Annexionskrise vom Jahre 1908/09 den eigentlichen Ausgangspunkt der Weltkriegsperiode, sie war die erste einer Reihe von Kraftproben zwischen den Mittelmächten und der Entente, die zum großen Teil auf der in beiden Lagern vorherrschenden Anschauung beruhte, daß es der einen oder der andern Machtgruppe gelingen werde, durch konsequentes Handeln die Koalition der Gegner zu sprengen und zu einer Verständigung zu zwingen. Die bosnische Krise führt uns so unmittelbar an das Problem der Entstehung des Weltkrieges heran und gewinnt noch dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß die beiden Provinzen Bosnien und die Herzegowina, die das Streitobjekt der damaligen Krise waren, im Juni 1914 der Schauplatz der Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgerpaares wurden und damit den unmittelbaren Anlaß zum Weltkriege gaben.

Der Berliner Kongreß vom Jahre 1878 hatte Oesterreich—Ungarn die Besetzung und Verwaltung der bisher unter türkischer Oberhoheit gewesenen Provinzen Bosnien und die Herzegowina übertragen. Damit viel der Doppelmonarchie eine Aufgabe zu, die zwar eine Erweiterung ihres Einflußbereichs auf dem Balkan bedeutete, ihr aber neben materiellem Aufwand und verhängnisvollen diplomatischen Schwierigkeiten und Verwicklungen, viel Mühe und Verdruß bereiten und — wenn man will — Anlaß zur Auflösung der österreich-ungarischen Monarchie werden sollte.

Bevor wir in die eigentliche Erörterung des Problems eintreten, mag zunächst ein kurzer Ueberblick die Bevölkerungstatsachen und die kulturellen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina darlegen. Geographisch und kulturell gehören beide Provinzen eng zusammen. Die Bewohner sind nach Abstammung und Sprache zu 96 % serbo-

---

[1]) Friedjung, Zeitalter des Imperalismus Bd. II S. 265.

kroatisch, und so ist denn auch die Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtssprache serbo-kroatisch. Doch wie auch in den andern Balkanländern wird die nationale Einheit gestört durch stark hervortretene religiöse Gegensätze. Es waren von den Bewohnern im Jahre 1910:

Griechisch-Orthodox	825 000
Mohammedanisch	612 000
Römisch-katholisch	442 000

Alle Orthodoxen betrachten sich ohne Ausnahme als Serben, alle Katholiken als Kroaten. Die Mohammedaner, die Abkömmlinge des alten slawischen Adels, haben ein starkes Nationalbewußtsein und neigen mehr den Kroaten zu. Der Rest der Bevölkerung besteht aus ½ % Deutschen und ½ % Juden.[2])

Oesterreich—Ungarn hatte während der Besetzung der beiden Provinzen für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung wie für die Erschließung des Landes große Summen aufgewandt. Bosnien und die Herzegowina verdanken somit in der Tat ihre gesamte wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die geordnete Verwaltung, den Ausbau von Verkehrswegen und Schulen nahezu ausschließlich der österreichisch-ungarischen Monarchie. Trotzdem war es nicht gelungen, die Bevölkerung als Ganzes für Oesterreich-Ungarn zu gewinnen. Die große Mehrzahl der griechisch-orthodoxen Serben blieb feindlich gesinnt, während sich die mohammedanische und im allgemeinen auch die römisch katholische Bevölkerung wenigstens Oesterreich gegenüber nicht gerade ablehnend verhielt.[3])

Auf diese beiden Provinzen Bosnien und die Herzegowina richteten nun die Verfechter der in Serbien vertretenen großserbischen Idee, die eine Zusammenfassung aller Serben zu einem großserbischen Reiche anstrebten, ihre Blicke. Im Jahre 1903 bereits war zur Verbreitung dieser Ideen in Belgrad der südslawisch-großserbische „Slavenski Jug" (Slawischer Süden) gegründet worden, ein Zusammenschluß, dem als „Südslawischer Wohltätigkeitsklub zu humanitären Zwecken" von allen Seiten, auch vom Hofe und der Regierung, reichliche Mittel zuflossen. Ihm gehörten junge Offiziere, Kaufleute, Professoren und Studenten an, denen die Vergrößerung ihres Vaterlandes zu einem „Großserbien" als Idealbild verschwebte. Die Tatsache, daß Regierung und Hof enge Beziehungen zu diesem Klub hatten, dessen Vorsitzende der Skupschtinapräsident zur Zeit des Paschitschen Regimes Herr L. Jowanowitsch und der bekannte Geograph und Universitätsprofessor Zwijitsch waren, zeigt, daß man in maßgebenden Kreisen von den Plänen und Absichten dieser Klubmitglieder unterrichtet war.[4])

Die Ziele der auswärtigen Politik Serbiens, wie sie auch der „Slavenski Jug" wünschte, wurden bereits in einer Denkschrift der

[2]) Seton Watson S. 8/9.
[3]) Friedjung Bd. II S. 202.
[4]) G. P. 26 I Nr. 8921.

Führer der beiden radikalen Parteirichtungen aus dem Frühjahr 1904 festgelegt: „Bündnis mit Montenegro auf einer von Belgrad vorgeschriebenen Grundlage, Verständigung mit Bulgarien, wirtschaftliche Emanzipation von Oesterreich—Ungarn, zielbewußte Förderung der handelspolitischen Interessen aller europäischen Staaten in Serbien auf Kosten Oesterreich—Ungarns, Förderung der südslawischen Bewegung in Oesterreich—Ungarn, Unterstützung aller politischen Parteien in der Monarchie, die mit Serbien sympathisieren, Förderung der Ziele der ungarischen Unabhängigkeitsparteien, systematische Diskreditierung der österreichisch-ungarischen Verwaltung in Bosnien und der Herzegowina . ." kurz, „die Vereinigung des Serbentums in einem politischen Staate mußte der Anfang und der Endzweck jeder serbischen Regierung sein."[5])

Diese großserbische Propaganda wurde auch in den beiden von Oesterreich—Ungarn verwalteten Provinzen aufs eifrigste betrieben. Sie erfaßte dort immer weitere Kreise und bedrohte die Ruhe und Sicherheit der österreichisch-ungarischen Monarchie. Im Sommer 1908 erreichte sie einen Umfang, der in Oesterreich zu ernster Besorgnis Anlaß gab.[6]) Es blieb unter diesen Umständen Baron von Aehrenthal, dem Leiter der österreichisch-ungarischen Politik, nichts anderes übrig, als energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In rascher Aufeinanderfolge spitzten sich die Gegensätze zu und führten Anfang Oktober 1908 zur Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich—Ungarn.

So beginnen im Jahre 1908 Orientfragen die Weltlage zu bestimmen. Nachdem in der Marokkokrise eine Ruhepause eingetreten war, sollte sich die Welt wieder einige Zeit intensiver mit orientalischen Fragen beschäftigen. Rußland hatte durch den unglücklichen Ausgang des japanischen Krieges eingesehen, daß seine ostasiatische Politik an der von Japan gesetzten Schranke zunichte wurde, und daß es deshalb wieder der Verwirklichung seines geschichtlichen Programms auf dem Balkan zustreben mußte.[7]) So fanden denn die großserbisch panslawistischen Aspirationen in Rußland die lebhafteste Unterstützung. Notgedrungen mußten sich daher auf dem Balkan alsbald die Linien der russischen und deutsch-österreichischen Politik gefährlich kreuzen, denn auch Deutschland und Oesterreich—Ungarn gedachten ihre dortigen Beziehungen weiter auszugestalten. Für England bot sich eine neue Gelegenheit, Deutschland entgegenzutreten, wie es auch in den Marokkoangelegenheiten dauernd den französischen Standpunkt gestützt hatte.

Ehe indes die englisch russischen Pläne praktische Gestalt annahmen und ehe die serbische Propaganda in Oesterreich-Ungarn ihre verhängnisvollen Wirkungen haben konnte, erfolgte von österreichischer Seite am 5. Oktober 1908[8]) die staatsrechtliche Eingliederung Bosniens

[5]) Vorgeschichte des Weltkrieges Bd. 10 S. 64.
[6]) G. P. 26 I Nr. 8912 ff.
[7]) Friedjung Bd. II S. 215.
[8]) Friedjung Bd. II S. 234.

und der Herzegowina in die Doppelmonarchie,[9]) jene Annexionserklärung, die das Gesamtproblem der europäischen Politik aufs schwerste belastete und zu einer Krise führte, die durch das Eingreifen Englands eine wesentliche Verschärfung erfuhr und durch die Rivalität zwischen Baron Aehrenthal, dem Leiter der österreichisch-ungarischen Politik und dem russischen Außenminister Iswolski außerordentlich kompliziert wurde. — Als Kompensation an die Türkei und zur Kundgebung der friedlichen Absichten Oesterreichs ordnete Kaiser Franz Joseph gleichzeitig die Räumung des Sandschaks von Novibazar von den dahin verlegten Truppen seiner Armee an.[10])

Die Lage wurde noch dadurch erschwert, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien ebenfalls am 5. Oktober 1908[11]) die Unabhängigkeitserklärung für Bulgarien einschließlich Rumeliens proklamierte,[12]) die in Bulgarien selbst mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, die Erregung Serbiens aber bedenklich steigerte und auch bei den Großmächten wegen ihres noch ungeklärten zukünftigen Einflusses in Bulgarien großes Mißtrauen hervorrief.

Um die Annexion Bosniens und der Herzegowina erfolgreich durchführen zu können, hatte Freiherr von Aehrenthal vorher eingehende Verhandlungen über die Annexion mit dem russischen Außenminister Iswolski geführt. Bereits Ende September 1907 fanden in Wien die ersten vertrauten Gespräche statt, in denen die Vorbereitungen zu jener Politik gelegt wurden, über deren Verlauf sich Aehrenthal und Iswolski ein Jahr später in Buchlau einig werden sollten.[13]) In einem Aide-Mémoire vom 19. Juni / 2. Juli 1908 bekannte sich das Petersburger Kabinett zu den Prinzipien der österreichisch-russischen Entente von 1897 und teilte seine Bereitwilligkeit mit, über die Frage der Aenderung des Artikels 25[14]) des Berliner Vertrages, d. h. die Annexion Bosniens und der Herzegowina einerseits und über die Frage Konstantinopels und der Meerengen andererseits in eine freundschaftliche Diskussion zu weit einzutreten.[15]) Für die weitere diplomatische Vorbereitung der Annexion glaubte Aehrenthal genug getan zu haben, als er sich in Salzburg am 4. September 1908 vom italienischen Außenminister Tittoni das Recht auf die Annexion bestätigen ließ,[16]) auch den deutschen Staatssekretär des auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen in Berchtesgaden am 5. September 1908 von seinem Vorhaben unterrichtete,[17]) und endlich sich gelegentlich der Zusammen-

---

9) G. P. 26 I Nr. 8978 Anm.
10) O. U. Bd. I Nr. 146.
11) Friedjung Bd. II S. 234.
12) G. P. 26 I Nr. 8969, 8970.
13) G. P. 22 S. 80/84.
14) Siehe Seite 68.
15) O. U. I Nr. 35 ff.
16) O. U. I Nr. 67.
17) G. P. 26 I Nr. 8934.

kunft mit Iswolski auf dem Schloß Buchlau[18]) in Mähren am 16. September 1908 der grundsätzlichen Geneigtheit Iswolskis versicherte.[19])

Die Unterredung Iswolskis mit Aehrenthal in Buchlau ist insofern von großer Bedeutung, als sie für die Beurteilung der Stellung, die Iswolski im Verlauf der Krise einnahm, wichtig ist. Obwohl in Buchlau keine schriftlichen Abmachungen getroffen wurden, auch bei den Gesprächen kein Zeuge anwesend war, besitzen wir über den Inhalt jener bedeutsamen Unterredung jetzt volle Aufklärung.[20]) Die Hauptpunkte der Annexion und die damit zusammenhängenden Balkanfragen wurden eingehend erörtert. Iswolski trug keine Bedenken zu erklären, daß Rußland, wenn Oesterreich—Ungarn gezwungen sein sollte, die Annexion auszusprechen, diesem Ereignis gegenüber eine freundliche und wohlwollende Haltung einnehmen würde. Gegenüber den russischen Interessen stellte Aehrenthal als Gegenleistung für die freundschaftliche Haltung Rußlands bei der Durchführung der Annexion eine gleiche freundschaftliche Haltung der Monarchie bezüglich einer Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen von Konstantinopel unter der Voraussetzung in Aussicht, daß die Selbständigkeit des Sultans und der türkische Besitz unangetastet bleibe und die Sicherheit und Unabhängigkeit Konstantinopels nicht bedroht werde.[21])

Es wurden ferner Besprechungen geführt über die Serbien und Montenegro eventuell zu gewährenden Konzessionen, die aber bald die Verschiedenheit der politischen Ziele konstatierten und zu einer Einigung nicht führten. So lehnte Aehrenthal den Vorschlag Iswolskis, Serbien durch eine Grenzberichtigung an der österreichisch-ungarischen Grenze für die Annexion günstig zu stimmen, mit aller Entschiedenheit ab.[22]) Man einigte sich aber über die Aufgabe der österreichisch-ungarischen Ansprüche auf die montenegrinische Küste, die Annexion Kretas durch Griechenland und die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, falls Fürst Ferdinand seine volle Souveränität erklären sollte.[23])

Ueber den Zeitpunkt der Annexion hatte Aehrenthal seinen russischen Kollegen ebenfalls nicht im unklaren gelassen. Auf die Frage Iswolskis, wann das Wiener Kabinett wohl den Augenblick als gekommen erachte, die Annexions Bosniens und der Herzegowina auszusprechen, erklärte Freiherr von Aehrenthal ausdrücklich, die Annexion müsse vor dem Zusammentreten der österreichisch-ungarischen Delegationen, das bereits für den 8. Oktober 1908 angesetzt war, also in den ersten

---

[18]) Schloß Buchlau in Mähren war Eigentum des österreichisch ungarischen Botschafters in Petersburg, Graf Berchtold, der die beiden Staatsmänner als Gäste auf sein Schloß geladen hatte.

[19]) O. U. I Nr. 80, 82.

[20]) Der Inhalt der Gespräche läßt sich ziemlich genau mit Hilfe der Angaben feststellen, die beide Minister in jenen Tagen dritten Personen gegenüber gemacht haben.

[21]) G. P. 26 I Nr. 8934.

[22]) G. P. 26 I Nr. 8930 Anm.

[23]) ebenda Nr. 8926 ff.

Oktobertagen ausgesprochen werden, daß aber jedenfalls Iswolski von ihm rechtzeitige Verständigung erhalte.[24]) Iswolski war also auf ein rasches Vorgehen in der Annexionserklärung, gegen die er sich durchaus nicht sträubte, sondern mit der er sich im Prinzip einverstanden erklärte, vorbereitet.

Die lose Form der Abrede erwies sich jedoch bald als ein Uebel und wurde Ursache eines langen Streites über den Inhalt des Abkommens. Obwohl Aehrenthal seine dem russischen Außenminister gegebene Zusage am 30. September einlöste und ihn in einem Briefe, den Iswolski jedoch erst am 4. Oktober 1908 in Paris in Empfang nahm, mitteilte, daß die Annexionserklärung am 7. Oktober 1908 ausgesprochen werde,[25]) behauptete Iswolski, von Aehrenthal getäuscht worden zu sein und wollte von einer vorherigen Erörterung der Annexionsfrage nichts wissen.[26])

Aus den Gesprächen in Buchlau ergibt sich aber, daß Iswolski in gleicher Weise an den Vorbereitungen der Annexion beteiligt war wie Aehrenthal, zu dessen Lasten man gewöhnlich die bosnische Krise allein geschrieben hat.[27])

Welche Gründe waren auf österreichischer Seite für die Annerion maßgebend? Der Hauptgrund war die schon anfangs ausgeführte panslawistische Propaganda für ein großserbisches Reich, zu dem auch die beider Provinzen Bosnien und die Herzegowina gehören sollten. Für Aehrenthal handelte es sich weniger um den Wunsch, den Glanz der Habsburgischen Krone zu erhöhen, als vielmehr darum, der mit russischem Beistand eifrig betriebenen Unterhöhlungsarbeit in dem südöstlichen Teil der Monarchie einen „rocher de bronze" entgegenzusetzen.[28]) Da Aehrenthal weder die Russen auf dem Balkan haben wollte, noch ein großserbisches Reich dulden konnte, „das seine Fangarme bis Laibach, Cilli und Triest ausstrecken würde",[29]) hielt er die Zeit für gekommen, Oesterreichs Einfluß auf dem Balkan zu stärken und die bereits in österreichischer Verwaltung sich befindenden beiden türkischen Provinzen fest in das Halsburgerreich einzufügen. Der Sieg der panslawistischen Bewegung hätte eben nicht nur den Verlust Bosniens und der Herzegowina, sondern vielleicht auch Dalmatiens, Kroatiens und Slavoniens bedeutet, wodurch der Bestand der Doppelmonarchie in verhängnisvoller Weise gefährdet war.[30])

Inzwischen hatten sich auch in der Türkei grundlegende Veränderungen vorbereitet, die von der jungtürkischen Bewegung ausgingen. Die anfängliche Militärrevolte im Juli 1908 wuchs zur ungeheuren Ueberraschung für die ganze Welt zu einer nationalen Bewegung großen

---

[24]) G. P. 26 I Nr. 8930 Anm.

[25]) Friedjung II S. 232.

[26]) G. P. 26 I Nr. 8946.

[27]) Ueber die Zusammenkunft in Buchlau handelt ausführlich: Eduard Ritter von Steinitz in „die Kriegsschuldfrage", Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, Jahrgang V, Seite 1151, Berlin 1927.

[28]) Schoen, Erlebtes S. 72.

[29]) G. P. 26 I Nr. 8937.

[30]) Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, S. 257.

Umfanges aus. Es entstand die sogenannte jungtürkische Revolution, die eine völlige Umwälzung der Staatsgrundlagen und die Einführung einer konstitutionellen Verfassung herbeiführe. — Was sollte nun aus den in österreichische Verwaltung übergegangenen beiden Provinzen Bosnien und die Herzegowina werden, wenn die türkische Verfassung ins Leben trat? Waren die beiden Provinzen noch als Bestandteile des ottomanischen Reiches anzusehen und sollten sie Abgeordnete zum Parlament in Konstantinopel wählen? Wenn das der Fall war, dann mußten die im türkischen Parlament beschlossenen Gesetze und Steuern auch für Bosnien und die Herzegowina Geltung haben.[31]) Und wie war es mit dem Eide der Abgeordneten zum künftigen bosnischen Landtag? Sollte bloß dem Kaiser Franz Joseph geschworen werden oder konnte es möglich sein, daß ein Teil der Abgeordneten die Forderung stellte, auch dem Sultan als nominellen Souverän den Eid zu leisten?[32]) Kaiser Franz Joseph mußte sich die Fragen stellen und sie zu lösen suchen, bevor etwa die neue türkische Regierung Verfügungen traf, die zu ernsten Konflikten führen konnten.

Wenn die Annexionserklärung vielfach als ungünstig beurteilt wurde, und sie als eine Mißachtung geheiligter Verträge, unangebrachte Herausforderung Europas und frivole Friedensstörung gebrandmarkt worden ist, so darf doch bei dieser Beurteilung die Zwangslage nicht unterschätzt werden, in der sich die österreichische Politik befand. Nichts lag Oesterreich-Ungarn ferner, als die Balkanstaaten zu provozieren. Sein einziges Ziel war die Notwehr: Notwehr zur Erhaltung seines Besitzstandes, wie dies das Recht eines jeden Gemeinwesens ist, Notwehr zur Erhaltung der Freiheit der Adria, wie sie Italien heute nicht minder kräftig verteidigt. Es galt, sich über Bedenken rein formaler Natur hinwegzusetzen, denn das moralische Recht Oesterreich—Ungarns, die beiden Provinzen nach 30-jähriger allgemein anerkannter Kulturarbeit, auf die anfangs kurz hingewiesen wurde, der Monarchie anzugliedern, war unbestreitbar.[33]) Die Einführung der Verfassung in der Türkei hatte eine völlig neue Situation geschaffen, und ohne Zweifel stand deshalb der Monarchie das Recht zu, von den Berliner Signatarmächten eine Aenderung der Rechtslage in Bosnien zu verlangen. Da dieser Weg sich aber infolge der durch Englands Einkreisungspolitik entstandenen Spannung als nicht gangbar erwies, mußte nach Unterhandlungen mit den meist interessierten Großmächten Europa vor die vollzogene Tatsache der Annexion gestellt werden.[34]) Praktisch war dieser staatsrechtliche Akt ohne jedes Gewicht, er berührte nirgendwo in der Welt ein reales Interesse einer Großmacht und änderte auch in Bosnien und der Herzegowina weiter nichts, „als daß der Name des Sultans in den öffentlichen Gebeten nicht mehr

[31]) Brandenburg S. 269.
[32]) Friedjung Bd. II, S. 233.
[33]) G. P. Bd. 26 I Nr. 8913. Kriegsschuldfrage, Jahrgang V, S. 1174/75.
[34]) Kriegsschuldfrage, Jahrgang VII, S. 315.

genannt, daß die türkische Fahne auf den Minaretten nicht mehr aufgezogen wurde, und daß türkische Münzen keinen Kurs mehr hatten,"[35]) denn in Wirklichkeit kam die faktische Souveränität über Bosnien der k. und k. Monarchie bereits seit 30 Jahren zu, und es handelte sich bei der Annexion nur mehr um die äußeren Tribute derselben, deren Uebernahme keinerlei Machtzuwachs Oesterreichs, keine Schwächung der Türkei und keine Störung des europäischen Gleichgewichts zur Folge hatte.[36]) Durch den Verzicht auf seine Rechte im Sandschak erlitt Oesterreich — Ungarn sogar eine territoriale Einbuße und leistete der Verbindung Serbiens mit Montenegro und damit dem Vordringen Rußlands unmittelbar Vorschub.

Aber dennoch mußten die Signaturmächte des Berliner Vertrages in der Annexion ohne ihre vorherige Befragung einen Bruch des internationalen Rechtszustandes erblicken und hatten deshalb auch das Recht, ihre Bedenken und Einwendungen geltend zu machen. Der europäische Charakter der Annexion kann nicht bestritten werden. Aber es ist bedauerlich, daß durch die scharfe Ablehnung der Annexion namentlich in England und Rußland, die jedes Verständnis für die Zwangslage vermissen läßt, in der Oesterreich—Ungarn sich infolge der in Serbien und in der Türkei entstandenen politischen Veränderungen befand und ferner durch die Parteinahme und Unterstützung, die gerade England und Rußland den Serben zuteil werden ließen, die Annexionskrise eine Verschärfung erhielt, die für den europäischen Frieden verhängnisvoll werden mußte.

Kapitel II.

Die Stellung der europäischen Mächte zur Annexion.

Die allgemeine Konstellation der europäischen Mächte in der Annexionskrise charakterisiert der russische Außenminister Iswolski treffend in einem Schreiben vom 23. Oktober 1908 an den russischen Botschafter in Paris. Er schreibt: „In der allgemeinen europäischen Situation hat sich eine radikale Aenderung vollzogen; unter dem Einfluß von politischen, ich möchte sagen historischen, unwandelbaren Notwendigkeiten haben sich die Mächte in zwei verschiedene Gruppen getrennt: auf der einen Seite Deutschland und Oesterreich—Ungarn — auf der andern Seite Rußland, Frankreich und England. Italien, durch den Dreibund gebunden, aber gleichzeitig sich zu Frankreich und zu uns hingezogen fühlend, scheint zu zögern; die Türkei wird sich auf die Seite derer stellen, die ihr neues Regime zu unterstützen verstehen und ihr eine uninteressierte Freundschaft zeigen."[1])

[35]) Daniels, S. 415.
[36]) O. U. Bd. I Nr. 592.
[1]) Siebert S. 41.

Als Oesterreich—Ungarn am 5 Oktober 1908 die definitive Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die Doppelmonarchie verkündete, rief dies unter den europäischen Mächten eine tiefgreifende Erregung hervor. In England entfesselte die Nachricht über den Entschluß der österreichischen Regierung einen Sturm des Unwillens, und man gefiel sich in Entrüstungen, die allerdings durchaus dem Vorteil des Landes und der Größe des Weltreiches dienten. England schien in den ersten Tagen nach der Annexionserklärung „von einem seiner bekannten Indignationsanfälle ergriffen zu sein,“[2]) öffentliche Meinung und Regierung verlangten aufs dringendste, daß der einseitige Schritt des Baron Aehrenthal, der ein Vertragsbruch sei, durch das gesamte Europa nachträglich gutgeheißen oder wenigstens registriert werde.[3])

Wie verhielten sich nun die englischen Staatsmänner gegenüber diesen folgeschweren Ereignissen? Die zahlreichen Weisungen und Unterweisungen des Staatssekretärs Sir Edward Grey und des Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge an die Botschafter und Gesandten, ihre Randbemerkungen zu den verschiedenen Berichten, auch die Bemerkungen König Edward VII. geben uns völligen Aufschluß über die Beweggründe, die damals die englische Politik leiteten und über die Art, wie diese sich auswirkte. Mit aller Klarheit geht aus den Akten, die über die Monarchenbegegnungen des Sommers 1908 berichten, hervor, daß die treibende Kraft in der großen europäischen Politik Englands König Edward VII. und die englischen Staatsmänner waren. Von der Stellung der englischen Regierung war deshalb auch in erster Linie die Art der Lösung des Problems abhängig. Alle englischen Staatsmänner, der König und die führenden Minister, waren sich in der Beurteilung der Annexion dahin einig, daß die österreichische Aktion eine schamlose Verletzung des öffentlichen europäischen Rechtes und eine einseitige Aenderung eines internationalen Vertrages sei.[4])[5]) Die Behauptung, die der damalige englische Premierminister Asquith in seinem Buche aufstellt, daß die österreichische Initiative vom deutschen Kaiser und vom Fürsten Bülow unterstützt wäre und Deutschland an der Annexion ebenso schuldig sei wie Oesterreich-Ungarn, wird durch die deutschen Akten schlagend widerlegt.[6]) Am 12. Oktober 1908 erklärte

---

[2]) O. U. I Nr. 781.

[3]) B. D. V Nr. 296, 330.

[4]) Asquith S. 41/42.

[5]) Gemeint ist der Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878, der die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich—Ungarn und die übrigen Balkanverhältnisse festgelegt hatte. Die englische Regierung berief sich ferner auf den Londoner Vertrag vom 13. März 1871, dem das auch von Oesterreich—Ungarn unterzeichnete Protokoll vom 17. Januar 1871 beigefügt worden war, in welchem man vereinbart hatte, daß internationale Verträge nur mit Zustimmung aller Kontrahenten aufgehoben oder abgeändert werden konnten. (Kriegsschuldfrage Jahrgang VIII S. 925).

[6]) G. P. 26 I Nr. 9035 Randbemerkung.

Asquith im Unterhaus, „es sei für England im Interesse des Wertes der Verträge unmöglich, eine Aenderung derselben anzuerkennen, die von einem einzelnen Staate ohne Zustimmung der andern Vertragsteile vorgenommen werde. England halte daran fest, daß die jüngsten Ereignisse im nahen Orient eine Beratung der Mächte zu dem Zweck erfordere, um zu einer Vereinbarung zu kommen, welche in gebührender Weise die Interessen der Türkei berücksichtige, die durch die letzten Veränderungen benachteiligt sein können."[7]) — Angesichts dieser Erklärung fällt dagegen in dem Asquithschen Buche nichts mehr auf als der Haß und die Ungerechtigkeit gegen Oesterreich-Ungarn. Kein Wort sagt er seinen Lesern davon, wo er die Annexion als großes internationales Verbrechen brandmarkt, daß Bosnien und die Herzegowina tatsächlich schon seit 1878 österreichische Provinzen waren.[8])

Der eigentliche Leiter der englischen Außenpolitik war Sir Edward Grey. Zum Verständnis seiner Tätigkeit als Staatssekretär des Foreign Office können vielleicht einige Urteile über seine politischen Fähigkeiten beitragen. Allgemein wird Grey Unselbständigkeit und Abhängigkeit von fremden Einflüssen vorgeworfen. Die oft ausgesprochene Vermutung, daß Beamte des Foreign Office auf Sir Edward Grey großen Einfluß ausübten, wird durch eine Erklärung des englischen Arbeiterführers Ramsay Macdonald in einer öffentlichen Rede im Oktober 1910 bestätigt, in der dieser sagte, Grey „habe sich nie von den Einflüssen der Beamten des Foreign Office frei machen können."[9]) Besonders war es Sir Charles Hardinge, der amtliche Reisebegleiter Edward VII, der damals einen großen Einfluß auf Grey ausübte. Aehrenthal äußerte im April 1906, Hardinge sei „ja jetzt der eigentliche Leiter der englischen auswärtigen Politik."[10]) Lord Rosebery, der einstige Lehrmeister Greys, sagte im September 1908: „Sir Edward Grey sei ein tüchtiger Minister, er leide aber an dem Fehler, daß er alles vom französischen Standpunkt aus betrachte und dieser Rücksichtnahme alles unterordne."[11]) Wilfrid Scawen Blunt, der enge Beziehungen zu Edward VII. hatte, schreibt in seinen Tagebüchern über Grey, daß seine Unkenntnis in auswärtigen Angelegenheiten erstaunlich gewesen sei, da er kaum eine fremde Sprache gekannt und kaum einmal eine Ferientour in Europa gemacht habe.[12])

Sir Edward Grey war gewiß kein großer Staatsmann, sondern vielmehr ein Engländer des Durchschnitts, dessen größter Fehler die Vorliebe für das Kompromiß des Augenblicks und der Mangel an theoretischem Durchdenken der Zukunft gewesen ist. Er muß deshalb in

---

7) G. P. 26 I Nr. 9035 Randb.
8) Daniels S. 413.
9) Lutz S. 320; G. P. Bd. 21 II, S. 505.
10) G. P. 25 I S. 10. G. P. 21 II S. 505.
11) G. P. 26 I S. 294. G. P. 25 I S. 226.
12) Lutz S. 118.

erster Linie als Sachverwalter der englischen Interessen betrachtet werden, der keine neuen Wege wies, weil er nicht weit genug blickte, sondern abhängig war von Vorurteilen, langsam in der Entscheidung, beeinflußbar im Entschluß.[13])

Sir Edward Grey zeigte denn auch ebenso wenig Verständnis für die verhängnisvolle Lage der um ihre Existenz schwer ringenden österreichisch-ungarischen Monarchie wie die andern englischen Staatsmänner und nahm bei Bekanntwerden des österreichischen Planes die gleiche scharfe und ablehnende Haltung gegen die Annexion.[14]) Einen Tag vor der Annexionserklärung, als das Gerücht über die Annexion bereits weitgehende Verbreitung gefunden hatte, ließ er durch den englischen Botschafter in Wien daran erinnern, daß Oesterreich-Ungarn Mitunterzeichner des Vertrages von London und des ihm angefügten Protokolls vom 17. Januar 1871 sei. In diesen Protokollen sei festgesetzt, daß die Verbindlichkeiten, die eine Macht eingegangen habe, nur unter voller Zustimmung der Mitunterzeichner und nach einer vorausgegangenen freundschaftlichen Verständigung gebrochen oder abgeändert werden könnten. Eine vorsätzliche Verletzung des Berliner Vertrages ohne eine vorherige Beratung mit den andern Mächten unternommen, von denen in diesem Fall die Türkei am meisten berührt werde, könnte von seiner Majestät Regierung niemals gutgeheißen oder anerkannt werden. „Wollen sie dies bitte der österreichischen Regierung vorhalten und ihr einprägen, wie notwendig es ist, daß sie ihren Entschluß, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren, erneut in Erwägung zieht.“[15])

Als Grey dann von Aehrenthal vor die vollendete Tatsache der Annexion gestellt wurde, erklärte er am 7. Oktober 1908: „Wir können keiner Macht oder keinem Staate das Recht zuerkennen, einen internationalen Vertrag ohne Zustimmung der andern beteiligten Parteien zu ändern. Das Ergebnis eines derartigen Vorgehens können wir solange nicht anerkennen, als bis die andern Mächte befragt worden sind, einschließlich und speziell in diesem Fall die Türkei, die eine der am meisten betroffenen Mächte ist. Wenn es in der auswärtigen Politik einreißen sollte, daß irgend eine einzelne Macht oder irgend ein Staat nach Belieben einen internationalen Vertrag verletzen könnte, so würde dies das öffentliche Vertrauen untergraben.“[16]) Eine endgültige Stellungnahme zu den einzelnen die bosnische Krise betreffenden Fragen lehnte Grey vor der Rücksprache mit Iswolsky aber ab.[17])

Dieses Argument der Vertragsverletzung, das man im Foreign Office gegen Aehrenthal ins Feld führte, mußte von diesem aufs schärfste zurückgewiesen und verurteilt werden. Wenn auch zugegeben werden muß,

---

[13]) Fay Bd. I S. 20. Kriegsschuldfrage, Jahrgang V, S. 353.
[14]) G. P. 26 I Nr. 9003.
[15]) Grey Bd. I S. 175/76. Lutz S. 112.
[16]) Schultheß, Jahrgang 1908 S. 325 Grey Bd. I S. 175.
[17]) B. D. Bd. V Nr. 355.

daß der englische Standpunkt theoretisch zwar einwandfrei war, denn er beruhte auf völkerrechtlichen Grundsätzen, so unterliegt die Stellungnahme Englands aber dennoch einem wohlverdienten Tadel, denn die Tradition und die historische Entwicklung Großbritanniens sind eben nicht gerade auf diese damals von England vertretene Ansicht eingestellt. Es lag ohne Zweifel eine Vertragsverletzung von seiten Oesterreichs vor, wie dies bereits ausgeführt worden ist, und man könnte die rechtliche Haltung Greys warm begrüßen und ihm aufrichtige Anerkennung dafür aussprechen, daß er es unternahm, „die Heiligkeit der Verträge zu schützen,"[18]) wenn nicht eigene Taten Greys seinen Worten brutal widersprechen würden. Hatte doch die englische Regierung, die die „vorsätzliche Verletzung oder Aenderung" eines Vertrages „ohne eine vorherige Beratung mit den andern Mächten niemals gutheißen oder anerkennen konnte," im Jahre 1904 aktiv daran teilgenommen, den internationalen Madrider Vertrag vom Jahre 1880, den Großbritannien selbst mit unterzeichnet hatte, in Gemeinschaft mit Frankreich und Spanien auf Kosten Deutschlands und Marockos, die beide Mitunterzeichner der Madrider Konvention waren, durch Geheimklauseln zu verletzen. Sir Edward Grey dann 1906 die Geheimklauseln ganz in dem Sinne aus, den die „Kolonialimperialisten Frankreichs", die offen von der „Tunifizierung Marockos" redeten, ihnen gaben. — Obschon die Akte von Algeciras, die die englische Regierung mit unterzeichnet hatte, ausdrücklich die Souveränität und Integrität Marockos bestätigte, hieß Sir Edward Grey als britischer Außenminister im Jahre 1911 den Marsch der Franzosen nach Fes öffentlich gut und ließ ihnen auf Grund der Geheimklauseln nach besten Kräften seine diplomatische und moralische Unterstützung zuteil werden. Er war sogar bereit, wenn aus diesem Vertragsbruch ein Krieg entstand, sich auf die Seite der Vertragsbrecher zu stellen. — Hat Sir Edward Grey ferner den Russen entgegengerufen, als sie den gemeinsamen Vertrag über Persien nicht hielten und die Unabhängigkeit Persiens antasteten, und sie sengend und brennend in Nordpersien einfielen und sich ständig in die inneren Angelegenheiten des Reiches mischten: „Seiner Majestät Regierung kann die vorsätzliche Verletzung eines von ihr mit unterzeichneten Vertrages niemals gutheißen oder anerkennen?"[19])

Es stand Grey gewiß nicht an, sich zum Moralrichter über den Bruch des Berliner Vertrages durch Oesterreich-Ungarn aufzuwerfen. Eine Vertragsverletzung lag vor, jedoch erhielt die Türkei, die allein tatsächlich dadurch geschädigt wurde, die freie Verfügung über den Sandschak von Novibazar zurück und eine beträchtliche Geldentschädigung in Aussicht gestellt. — Was aber erhielten die mit Hilfe Greys vergewaltigten Marockaner? Ein Rest von ihnen kämpft heute noch um die Freiheit, und den Persern brachte erst der Zusammenbruch Rußlands Erleichterung von ihrem Los. Diese englischen Rechtsbrüche

---

[18]) Lutz S. 193.
[19]) Lutz S. 113/14.

geschahen allerdings im Namen der Freiheit, der Nationalität, der Zivilisation, des Fortschritts und der Humanität, deshalb waren sie harmlos; schamlos war nur das Recht der Notwehr, ausgeübt von einer monarchischen Gewalt, die um ihre Existenz kämpfte.[20]) — Wenn Sir Charles Hardinge erklärte, „daß England seit den Tagen Napoleons immer die Integrität der Verträge verteidigt habe",[21]) so ist das nur ein Zeichen von zu sehr überspannter Selbstgerechtigkeit.

Der amerikanische Historiker Bernadotte E. Schmitt bemerkt in seiner Besprechung zu „British Foreign Policy": „Man könnte manches sagen über die Gewohnheit, kontinentale Staaten über die Heiligkeit der Verträge und die Niedertracht des Eroberns zu belehren, während Großbritannien selber die Verträge oft umgangen und weite Gebiete in Afrika und Asien erobert hat."[22])

Wenn auch das Foreign Office sich anfänglich eine gewisse Zurückhaltung auferlegte und es vermied, hetzerisch gegen die Mittelmächte aufzutreten, so entfalteten dennoch die englischen Politiker im Laufe der bosnischen Krise eine außerordentliche Aktivität gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und suchten namentlich in der Türkei und in Serbien Einfluß auf den Verlauf der Dinge zu gewinnen, um die britische Einflußsphäre auf dem Balkan zu vergrößern und zu stärken. Von besonderer Rücksichtnahme war die britische Politik während der bosnischen Krise auf die Türkei und auf das jungtürkische Regime beherrscht, da man letzteres als eine wirksame Waffe gegen die Stellung Deutschlands in Konstantinopel betrachtete. In diesem Sinne hatte man auch die jungtürkische Revolution in England allgemein mit großer Sympathie aufgenommen. In ganz überragender Weise trat jedoch der Wunsch Englands in die Erscheinung, Rußland in guter Stimmung zu erhalten und durch freundschaftliche und materielle Unterstützung der russischen Pläne Rußland als festes Glied in die Entente einzufügen. Die Einzelheiten dieser leitenden Gesichtspunkte des Foreign Office werden noch besonders betrachtet. Es ist gewiß nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß die englischen Politiker schon während des Winters 1908/09, besonders aber im Frühjahr 1909 ihre ganze Diplomatie aufboten, um den Sturm und die Entrüstung, die damals durch die slawische Welt gingen, für ihre Zwecke gegen die Mittelmächte auszunutzen, wobei sie besonders aus der antiösterreichischen Stimmung in Serbien Kapital zu schlagen suchten. — Der russische Außenminister Iswolsky bemühte sich anfangs ebenfalls, England als die treibende Kraft vorzuschieben, wenn er sagte: „L'attitude de l'Angleterre était beaucoup plus intransigeante que celle du gouvernement russe."[23])

Zu diesen allgemeinen politischen Gründen, die man in London gegen die Annexion ins Feld führte, kam die große persönliche Verstimmung

---

[20]) Daniels S. 413/14.
[21]) B. D. Bd. V, Nr. 521.
[22]) Daniels S. 413/14.
[23]) O. U. Bd. I Nr. 257.

gegen Aehrenthal. Grey empfand es als unwahrhaftig und hinterlistig, daß Aehrenthal „drei Tage vor Bulgariens Unabhängigkeitserklärung“, über die er bestimmt unterrichtet gewesen sei, es dem britischen Botschafter gegenüber für „unfreundlich“ erklärt habe, die Bulgaren vor solchem Schritte zu warnen, die doch keinerlei Beweis für solche Schritte gegeben hätten. Wenn Aehrenthal damals offen zugegeben hätte, es sei zu spät, so würde er selbst nicht so verärgert sein.[24] Zur Verstimmung König Edwards hatte besonders der Umstand beigetragen, daß vorher in London nicht irgend eine Andeutung der von Oesterreich vorbereiteten Veränderung gemacht worden war.[25]

In politischen Kreisen Oesterreichs suchte man damals die Erklärung für dieses ostentativ feindliche Verhalten Englands in der Tatsache, daß alle Versuche König Edwards, Oesterreich von Deutschland zu trennen, erfolglos geblieben waren.[26]

Auch in Paris berief man sich auf die internationalen Verträge und nahm im übrigen die gleiche Stellung, wie sie auch London eingenommen hatte. Clemenceau und Pichon billigten die Ansicht Greys vollkommen.[27] Frankreich hatte ebenfalls wie England ein großes Interesse an der Türkei, da dort beträchtliches französisches Kapital investie lag, weshalb man an der Erschütterung dieses Staatsgebäudes nicht mitwirken wollte, sondern an einer freien Entwicklung der Türkei interessiert war.[28]

Die Aufmerksamkeit der französischen Politik war ferner auf den unter der Asche glimmenden marockanischen Streit mit Deutschland gerichtet, der im Herbst 1908 aufs neue entbrannt war. Da konnte man weitere Komplikationen der Lage nicht gebrauchen. Clemenceau machte deshalb den Feldzug auch nur lässig mit, suchte Iswolski so gut wie möglich in seinem Konferenzplan zu stützen, ohne dabei eine scharfe Stellung gegen Deutschland einzunehmen und wünschte im übrigen keine Verdichtung der Verwicklungen bis zum Kriege. Er stand aber in der Reihe unserer Gegner und wäre gewiß nicht zur Seite geblieben, wenn es hart auf hart gegangen wäre.[29]

Der österreichische Botschafter in Paris, Baron Khevenhüller berichtet aber wiederholt in dem Sinne, daß England in Paris die treibende Kraft sei, während Frankreich zu hemmen suche. Am 11. November 1908 wußte er sogar zu berichten, England suche Frankreich zum Kriege gegen Deutschland zu treiben, weil Oesterreich jetzt am Balkan gebunden sei.[30][31]

---

24) Kriegsschuldfrage, Jahrgang VIII, S. 922.
25) O. U. Bd. I. Nr. 489.
26) Boghitschewitz, Kriegsursachen, S. 31.
27) B. D. V Nr. 333.
28) G. P. 26 I Nr. 9088 Schultheß, Jahrg. 1908 S. 340.
29) Schoen, Erlebtes, S. 82.
30) O. U. I, Nr. 550.
31) Siehe Seite 90.

In Italien rief das Annexionsereignis ebenfalls die größte Erregung hervor, das antiösterreichische Gefühl der öffentlichen Meinung war sehr stark. Es war in Rom kaum vorher eine solche Stimmung gegen Oesterreich-Ungarn vorhanden gewesen wie jetzt. Die italienische Presse war in der Besprechung der Balkanangelegenheiten ebenfalls wesentlich gegen Oesterreich eingestellt und begann eine heftige, mit französischen Geldmitteln betriebene Campagne gegen Oesterreich und Deutschland, deren Zweck die Sprengung des Dreibundes war. Es gelang den Franzosen sogar das Regierungsblatt „Popolo Romano" zu bestechen.[32]) Die Kammer kritisierte und verurteilte scharf das Vorgehen Oesterreichs auf dem Balkan, man bedauerte, daß das verbündete Oesterreich-Ungarn die einzige Macht sei, mit der Italien in einen Krieg geraten könne. Es tauchten auch Vorschläge auf, aus dem Dreibund auszutreten.[33])

Baron Aehrenthal hatte dem italienischen Außenminister Tittoni im September 1908 in Salzburg auf die Annexion vorbereitet,[34]) der Tittoni damals vorbehaltlos zugestimmt hatte. Auch nach der Annexion blieb er zunächst dabei, daß Italien zur Annexion nichts zu sagen habe. Da aber brach der Sturm der öffentlichen Meinung in Italien los, das Kabinett schien gefährdet und um es zu retten, behauptete Tittoni, in Salzburg nur rein theoretisch zugestimmt zu haben, ohne von einem Bevorstehen der Annexion zu wissen.[35]) Er erklärte am 4. Dezember 1908: „Das Bündnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, dem wir treu bleiben, darf kein Hindernis sein für unsere traditionelle Freundschaft mit England, für unsere erneute Freundschaft mit Frankreich und für unsere jüngste Verständigung mit Rußland."[36]) Tittoni setzte sich dann im weiteren Verlauf der Krise auch lebhaft für den Konferenzgedanken ein und trat sogar mit eigenen Vorschlägen für das Konferenzprogramm hervor. Im allgemeinen war aber die offizielle Haltung der italienischen Politik während der bosnischen Krise sehr zurückhaltend und im ganzen nicht unfreundlich gegen die Mittelmächte.

In London hatte man die Hoffnung, Italien unter Ausnutzung seiner Antipathien gegen Oesterreich und seiner Sympathien für England vom Dreibund abzusprengen und dadurch denselben zu zertrümmern.[37]) Sir Edward Grey schrieb im Januar 1919 an den englischen Botschafter in Rom: „Es ist besonderer Wunsch der englischen Regierung, soweit wie möglich in Uebereinstimmung mit Italien zu handeln, wie es in Aegypten, Somaliland, Abessinien und Creta der Fall gewesen ist."[38])

---

[32]) O. U. Bd. I, Nr. 264.
[33]) Schultheß, Jahrg. 1908, S. 358—61.
[34]) Siehe Seite 6.
[35]) Kriegsschuldfrage, Jahrg. IX S. 426/27.
[36]) Schultheß, Jahrg. 1908 S. 364.
[37]) Belgische Dok., Schwertfeger, Bd. IV, Nr. 68, S. 208.
[38]) B. D. V Nr. 509.

Wie von der österreichischen Botschaft aus Rom berichtet wird, wünschte man auch in italienischen parlamentarischen Kreisen, sich in der bosnischen Krise nicht allzuweit von England zu entfernen. Man darf auch hier einen intensiven Einfluß von seiten Englands vermuten, wie es auch Tittoni in der Unterredung mit Bülow in Venedig im April 1909 bestätigt, in der er mit Bitterkeit von der englischen Presse spricht, „die alles getan hätte, um die italienische öffentliche Meinung gegen Oesterreich aufzubringen, hinterher aber sich zurückgezogen habe. Die italienische öffentliche Meinung und das italienische Parlament hätten sich erst über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina erregt, nachdem dieselbe in England so scharf kritisiert worden wäre."[39])

In Serbien und allen Ländern, in denen Serben wohnten, wurde die Annexion als eine große nationale Katastrophe betrachtet. In Extrablättern wurde Anklage erhoben gegen Oesterreich-Ungarn wegen Verletzung des Berliner Vertrages und Kampf bis aufs äußerste gefordert. Zu der von der Presse betriebenen Hetze traten die der Aufpeitschung des nationalen Chauvinismus dienenden Straßenumzüge, Volksversammlungen, Demonstrationen, Sympathiekundgebungen vor den Gesandtschaften Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens und Boykott gegen österreichisch-ungarische Waren. Die Skupschtina wurde schleunigst einberufen, Kriegskredite wurden bewilligt, Mobilmachungsvorbereitungen getroffen und zur Einberufung der Reservisten geschritten. Um der serbischen Auffassung Sympathien im Auslande zu verschaffen, begab sich der Minister des Aeußern Milovanović nach Rom, London und Berlin, während der Kronprinz Georg in Begleitung des Ministers Nikola Pašić am Zarenhofe die militärische Unterstützung Rußlands erbitten sollte.[40])

Die von der Ententeseite, besonders von den Engländern Asquith und Nicolson[41]) wiederholt erhobene Behauptung, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn sei in der Wilhelmstraße im Interesse imperialistischer Pläne in Scene gesetzt werden, ist vollkommen unwahr und wird in ihrer Grundlosigkeit durch die deutsche Aktenpublikation klar widerlegt. Kaiser Wilhelm II., der damals in Rominten weilte und Aehrenthals Brief erst am Tage der Annexion selbst erhielt, fand es besonders kränkend, und war persönlich aufs tiefste in seinem Gefühl als Bundesgenosse verletzt, daß er „nicht im geringsten vorher von Seiner Majestät ins Vertrauen gezogen wurde."[42])

Die durch die Annexion geschaffene Situation beurteilt Kaiser Wilhelm folgendermaßen: „Die Tat Aehrenthals gewinnt immer mehr

---

[39]) O. U. Bd. I, Nr. 195. G. P. 26 II, Nr. 9507.

[40]) B. D. Bd. V, Nr. 308, 309, 315. Schultheß, Jahrg. 1908, S. 424/25. Friedjung Bd. II S. 252. Fay, Bd. I S. 378/79.

[41]) Nicolson S. 260. Asquith S. 41/42. Fay Bd. I S. 385.

[42]) G. P. 26 I, Nr. 8939 Anm.

den Schein eines Fähnrichstreiches! Uns hat er nichts gesagt; Iswolski und Tittoni so verschleierte Andeutungen gemacht, daß sie sich als total betrogen vorkommen; den Sultan total unberücksichtigt gelassen, auf den es doch vor allen Dingen ankommt; den Schein der Verabredung mit dem Vertrags- und Friedensbrecher Ferdinand auf seinen Herrn geladen; die Serben zur Siedehitze gebracht; Montenegro aufs äußerste gereizt, die Kretenser zur Empörung veranlaßt; unsere zwanzigjährige, mühsam aufgebaute Türkenpolitik über den Haufen geworfen, die Engländer erbost und an unsere Stelle befördert; die Griechen schwer geärgert durch seine Bulgarenfreundlichkeit; den Berliner Vertrag in Stücke geschlagen und das Konzert der Mächte auf das heilloseste verwirrt; die Ungarn aufgebracht, weil Bosnien an sie hätte angegliedert werden sollen; die Kroaten ampört, weil sie die Angliederung an sich beabsichtigten! Das ist eine Gesamtleistung, ein europäischer Rekord, wie ihn noch kein Diplomat je fertig bekommen hat. Ein weitblickender Staatsmann ist er jedenfalls nicht. Wir müssen danach trachten, in diesem heillosen Wirrwarr mit England wieder auf besseren Fuß zu kommen. Das geht in der Meerengenfrage". . . . „England und Deutschland sind die beiden Mächte, die anscheinend bei dem ganzen Rummel vorher nicht informiert wurden,[43]) haben also quasi freie Hand und sollten sich verständigen, um so mehr, da beide das Wohl der Türkei im Auge haben."[44])

Nachdem nun aber Deutschland vor die vollendete Tatsache der Annexion gestellt worden war, galt es, den österreichischen Schritt gutzuheißen und Oesterreich in der Anerkennung der Annexion durch die andern Mächte volle Unterstützung zu gewähren. Denn für Deutschland stand ein großes Interesse insofern auf dem Spiel, als es sich eventuell um nichts Geringeres als um die Großmachtstellung Deutschlands in Europa handelte. Deutschlands politische Stellung im Herbst 1908 war nämlich besonders schwierig, weil seine Politik sich gleichzeitig mit drei schwerwiegenden Problemen zu befassen hatte. Mit Frankreich stand es in der Auseinandersetzung über Marocko, mit England erreichten die Verhandlungen über den Flottenbau ein kritisches Stadium und die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" hatte die Lage außerordentlich erschwert. Fürst Bülow glaubte deshalb, die Bundestreue Oesterreichs keiner Gefahr aussetzen zu dürfen und erklärte: „Wie die gegenwärtige Lage in Europa ist, können wir dem österreichischen Wunsch nicht entgegentreten. Unsere Lage würde eine wirklich bedenkliche werden, wenn Oesterreich-Ungarn das Vertrauen zu uns verlöre und von uns abschwenkte. Gerade in großen orientalischen Fra-

---

[43]) Daß die deutsche Regierung von den Ereignissen vollkommen überrascht worden sei, ist unzutreffend, die Art des Vorgehens und der Zeitpunkt waren allerdings nicht bekannt. Im übrigen hatte es sich Baron Aehrenthal einen Monat vor der Annexionsverkündigung angelegen sein lassen, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Schoen, in seine Pläne einzuweihen, ohne jedoch den Zeitpunkt anzugeben. (Schoen, Erleb. S. 71).

[44]) G. P. 26 I Nr. 9026 Anm.

gen dürfen wir uns nicht in Widerspruch zu Oesterreich-Ungarn setzen, das auf der Balkanhalbinsel nähere und wichtigere Interessen hat als wir. Eine ablehnende oder auch nur zögernde und nörgelnde Haltung in der Frage der Annexion von Bosnien und der Herzegowina würde uns Oesterreich-Ungarn nicht verzeihen."[45])

Während Bismarck immer in der Lage war, die Politik Wiens aus der Ferne ruhig anzusehen, zeigte sich 1908 bereits mit voller Deutlichkeit, wie völlig damals bereits Berlin an Wien gekettet war, und wie die Isolierung Deutschlands damals schon das Wort Bismarcks von den Knochen des Pommerschen Grenadiers Lügen starfte. Das österreichische Bündnis war für Deutschland unentbehrlich geworden, und das Verhältnis zwischen beiden Mächten mußte sich deshalb auch von Grund aus verschieben. Bisher hatte die Leitung des Dreibundes in Berlin gelegen und Oesterreich in wichtigen internationalen Fragen seine Richtlinien von dort erhalten, jetzt mußte man aber in Deutschland auf alle Wünsche Oesterreichs die zarteste Rücksicht nehmen, um nicht auch den letzten Bundesgenossen zu verlieren.[46]) Nur bei der Leichtfertigkeit eines Bülow hatten die Dinge diese Entwicklung nehmen können. In welcher verhängnisvollen Weise wiederholte sich dieses Spiel im Juli 1914! Aus falsch verstandener Bundestreue zu einem bereits in voller Auflösung sich befindenden Reiche und zu dem vielfach deutschfeindlich eingestellten Herrscherhaus der Habsburger wurde Deutschland in einen Krieg verwickelt, der vielleicht hätte vermieden werden können, wenn Deutschlands Verhältnis zur Doppelmonarchie kraftvoller, energischer, unabhängiger und zielsicherer gewesen wäre. Im Jahre 1908 hätte noch die Möglichkeit bestanden, das Verhältnis zu Oesterreich zu bereinigen und umzugestalten, dadurch, daß Deutschland Oesterreich gegenüber seine Selbständigkeit wahrte und durchblicken ließ, daß es nicht gewillt sei, für ein morsches Reich aus rein dynastischen Zwecken das Blut seiner besten Söhne auf dem Schlachtfelde zu opfern. Leider nahm die Entwicklung einen anderen Weg.

Kapitel III.

Das Iswolski-Greysche Konferenzprogramm.

Die ersten entscheidenden Verhandlungen über die Lösung der Krise wurden im Foreign Office zwischen der englischen Regierung und dem russischen Außenminister Iswolski geführt. Letzterer befand sich damals gerade auf einer Europareise und begab sich am 9. Oktober 1908 nach London,[1]) nachdem er vorher in Desio mit dem italienischen Außenminister Tittoni eine Zusammenkunft gehabt hatte und auch in Paris gewesen war.[2]) Iswolski gewann insofern einen ent-

[45]) G. P. 26 I Nr. 8939.
[46]) Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, S. 261.
[1]) B. D. Bd. V Nr. 379.
[2]) G. P. 26. I Nr. 9008. ff. Friedjung Bd. II S. 231.

scheidenden Einfluß in der Annexionsfrage, als England auf die Zusammenarbeit mit Rußland den größten Wert legte, um ein harmonisches Zusammengehen beider Regierungen bei der Erledigung der Zentralasien betreffenden Fragen weiter zu sichern und um die englisch russische Entente zu festigen. Die Documents lassen deutlich erkennen, in welch hohem Maße die britische Politik in der Annexionskrise von russischen Wünschen bestimmt wurde. Sir Edward Grey war bereit, Rußland die weitgehendste diplomatische Unterstützung zu Gunsten Serbiens zu gewähren und suchte alles zu vermeiden, was ihn in einen Gegensatz zu Iswolski hätte bringen können. Aus dieser Perspektive müssen die englisch-russischen Verhandlungen in jenen Oktobertagen gesehen werden. Die gesamte englische Politik in der bosnischen Krise ist durch ein ängstliches Werben um Rußland[3]) charakteriesiert, daneben erst trat die Sorge um die Wahrung der Interessen am Goldenen Horn.

Nachdem Iswolski in Paris von der bereits vollzogenen Tatsache der Annexion erfahren hatte[4]) und die Franzosen in seine Konferenzpläne und Kompensationswünsche eingeweiht hatte, war er mit den größten Hoffnungen auf Unterstützung seiner politischen Aspirationen nach London gefahren. Das eigentliche Ziel dieser russischen Aspirationen war die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen, und solange dieses Ziel nicht erreicht war, wollte man wenigstens die Oeffnung der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe durchsetzen.[5]) In Buchlau hatte Iswolski für seine Zustimmung zur Annexion sich von Aehrenthal versprechen lassen, daß Oesterreich-Ungarn der Oeffnung der Meerengen keinen Widerstand entgegensetzen wolle. Nachdem Iswolski nun aber in Paris hatte erfahren müssen, daß dort eine wirkliche Unterstützung für sein Meerengenvorhaben nicht zu finden war, entdeckte er nun auch in London bald, daß England trotz der intimen Beziehungen zur Entente seinen Widerstand gegen die Oeffnung der Dardanellen aufrecht erhielt.

Aus diesen Kompensationswünschen Iswolskis ergaben sich erst die eigentlichen Komplikationen für England. Denn England hatte das Zarenreich bisher immer daran gehindert, nach Konstantinopel vorzudringen, weil es Rußland als Mittelmeermacht, das den Weg nach Indien bedrohte, nicht dulden konnte, und England ferner die Freundschaft der Türkei durch Begünstigung der russischen Wünsche nicht verscherzen wollte. Iswolski hatte gewiß gehofft, daß dieser Widerstand nach der zwischen London und Petersburg angebahnten Aussöhnung

---

[3]) B. D. Bd. V Nr. 835, 836.

[4]) Dem Versprechen, das Aehrenthal in seinem Schreiben vom 21. September 1908 seinem russischen Kollegen gegeben hatte, ihn über die endgültige Entscheidung über Bosnien und die Herzegowina „einen Augenblick früher" zu verständigen, ist Freiherr von Aehrenthal durch seinen am 30. September 1908 an Iswolski gerichteten Privatbrief nachgekommen, den Iswolski in Paris in Empfang nahm und in welchem als Datum für die Annexion der beiden Provinzen der 7. Oktober 1908 angegeben war. (Friedjung, Bd. II S. 232, 247).

[5]) Friedjung Bd. II, S. 218.

beseitigt sein würde. Das war jedoch ein schwerer Irrtum. Iswolski stieß in London auf unüberwindlichen Widerstand. England zeigte mit aller Deutlichkeit, daß es von seinem Prinzip, die Oeffnung der Dardanellen mit allen Mitteln zu verhindern, nicht abgehen wollte. Obwohl Iswolski jede passende Gelegenheit benutzte, um die Meerengenfrage aufzurollen und mit immer neuen Vorschlägen kam, und er seine Argumente mit viel Geschick und Nachdruck vorzubringen wußte, vermochte er doch nicht das geringste Zugeständnis Englands zu erreichen. Von englischer Seite wurden alle Vorschläge immer wieder mit der Begründung zurückgewiesen, daß die englische öffentliche Meinung ein solches Zugeständnis der englischen Regierung nicht verstehen und gutheißen werde.[6])

Obwohl Asquith und Grey im Interesse der englisch russischen Beziehungen Iswolskis Wünsche befürworteten, und auch König Edward scheinbar für sie eintrat, lehnte sie ein Kabinettsrat bestimmt ab.[7]) In einem Memorandum vom 14. 10. 1908 antwortete Grey dem russischen Außenminister, die Forderung auf Freigabe der Dardanellen sei zu verstehen und fände durchaus seine Billigung, im Prinzip habe er nichts dagegen einzuwenden, er wünsche im Gegenteil ein Uebereinkommen, das für Rußland und alle Staaten des Schwarzen Meeres annehmbar sei, dabei dürfe aber weder die Türkei noch irgend eine andere Macht benachteiligt werden. Im gegenwärtigen Augenblick könne aber der Türkei eine neue Belastungsprobe nicht zugemutet werden, dagegen sei er gern bereit, in einem günstigeren Augenblick die russischen Wünsche in Konstantinopel zu unterstützen.[8]) — Sir Edward Grey hatte sein Ziel erreicht, die Dardanellenfrage wurde zurückgestellt und vorläufig nur „akademisch" behandelt."[9])

Die am 15. Oktober 1908 veröffentlichte Kundgebung der englischen Regeriung enthielt folgendes über die Meerengenfrage: „Es besteht nicht die Absicht, die Dardanellenfrage der Konferenz zu unterbreiten. Diese Frage berührt in erster Linie Rußland und die Türkei, und Rußland wünscht nicht, diese Frage in einem der Türkei feindlichen Sinne zu erledigen oder eine Kompensationsforderung daraus zu machen."[10])

Nachdem die englische Auffassung in der Dardanellenfrage gesiegt hatte, war England nun um so eher bereit, in allen übrigen Angelegenheiten Rußlands Politik mit voller Kraft zu unterstützen. Um nicht mit völlig leeren Händen nach Rußland zurückzukehren, flüchtete Iswolski jetzt hinter den Konferenzgedanken, den er bereits in Paris mit Erfolg vertreten hatte.[11]) Grey selbst hatte sich anfangs mit diesem von Iswolski propagierten Konferenzgedanken wenig befreunden kön-

---

6) B. D. Bd. V Nr. 358, 364, 370, 371, 372, 373.
7) B. D. Bd. V Nr. 372.
8) ebenda Nr. 377, 388, 394.
9) G. P. 26 I Nr. 9039.
10) Schultheß, Jahrg. 1908, S. 326.
11) B. D. Bd. V. Nr. 304.

nen. Er hielt es vielmehr für wünschenswert, überhaupt keine Konferenz vorzuschlagen, bevor man sich nicht über die zu behandelnden Punkte und deren Regelung verständigt habe.[12]) Nun allerdings, nachdem Iswolski sich den englischen Wünschen betreffs der Dardanellenfrage gefügig gezeigt hatte, machte auch Grey in der Konferenzfrage keine weiteren Schwierigkeiten, sondern trat jetzt offen für Iswolski ein. Das geeignete Mittel, um den legalen Zustand wieder herzustellen, war jetzt auch nach Greys Ansicht die sofortige Einberufung einer Konferenz mit fest umgrenztem und bestimmtem Programm.[13]) Mit Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter Paul Cambon arbeitete Iswolski dann folgendes Konferenzprogramm aus:[14])

1. „Bulgarie, son statut juridique et ses obligations financières à l'égard de la Turquie.
2. Bosnie et Herzégovine.
3. Sandjak de Novi Bazar.
4. Stipulations de l'article 23 du Traité de Berlin, concernant les provinces de la Turquie d'Europe.
5. Article 61, concernant les provinces habitées par les Arméniens.
6. Stipulations de l'article 29,[15]) limitant les droits souverains du Monténegro.
7. Rectifications de frontières en faveur de la Serbie et du Monténegro sur la partie du territoire Bosno-Herzègovien qui avoisine la Sandjak de Novi-Bazar.
8. Droits des Etats Balcaniques en tant que riverains du Danube.
9. Questions des capitulations et des Bureaux de Postes étrangers en Turquie."[16])

Gegen Punkt 7 dieses Programms machte Grey von vornherein die Bedenken geltend, daß Oesterreich—Ungarn freiwillig eine territoriale Kompensation an Serbien nicht geben werde. Ferner hatte er zur Bedingung gemacht, daß territoriale Kompensationen nicht auf Kosten der Türkei vorgenommen würden, sondern nur die Abtretung eines Teiles von Bosnien und der Herzegowina in Frage kommen könne.[17]) Nach längeren Beratungen zwischen Grey, Iswolski und Cambon wurde dann Punkt 7 abgeändert in „Avantages à procurer à la Serbie et Monténegro."[18])

Diesem englisch-russischen Konferenzvorschlag nebst Konferenzprogramm schlossen sich die französische und die italienische Regierung an, so daß nunmehr der englisch-russisch-französischen Gruppie-

---

[12]) B. D. Bd. V, Nr. 314, 296, 321.
[13]) B. D. Bd. V, Nr. 364, 373, 378.
[14]) G. P. 26 I, Nr. 9044, 9062.
[15]) Siehe Seite 68.
[16]) B. D. Bd. V, Nr. 363, 390, G. P. Bd. 26 I, Nr. 9044, 9062.
[17]) B. D. Bd. V Nr. 388.
[18]) B. D. Bd. V Nr. 363.

rung, die auch die Sympathien Italiens hatte, in der Behandlung der Balkanfragen nichts mehr im Wege stand.[19])

Am 15. Oktober 1908 veröffentlichte die englische Regierung über das Ergebnis der Verhandlungen mit Iswolski folgende Kundgebung: „Der Austausch der Ansichten zwischen den Ministern Iswolski und Sir Edward Grey hat zu einer völligen Einigung über die angesichts der durch die jüngsten Ereignisse im Orient geschaffenen Lage zu ergreifenden Maßnahmen geführt. Man ist darüber einig geworden, daß hierzu die Einberufung einer Konferenz notwendig ist. Damit aber der beabsichtigte Zweck, die Wiederherstellung der Achtung vor dem Völkerrecht und die Schaffung von Genugtuung für die durch den Bruch internationaler Verträge Geschädigten erreicht wird, muß eine solche Konferenz genau umgrenzt werden. Was die Beratungsgegenstände einer Konferenz anbetrifft, so muß die erste Sorge die Entschädigung der Türkei sein" .... „ferner wird für eine wirksame Stärkung der jetzigen Verwaltung der Türkei gesorgt werden."[20])

Iswolski war über das Ergebnis seiner Londoner Verhandlungen bitter enttäuscht. Obwohl er während seines sechstägigen Aufenthaltes in der britischen Hauptstadt gesellschaftlich in geradezu glänzender Weise gefeiert worden war,[21]) hatte er diplomatisch eine vollkommene Niederlage erlitten. Was er in London erreicht hatte, war das Konferenzprogramm, das vorläufig aber nur erst auf dem Papier stand und noch keineswegs das Zustandekommen einer Konferenz garantierte. In seinem Hauptziel, der Oeffnung der Dardanellen, hatte er nichts erreicht und nur den hartnäckigen Widerstand Englands konstatiert. Das ganze Gebäude seiner Politik stürzte wie ein Kartenhaus zusammen, schweren Herzens fuhr er über den Kanal zurück und erachtete seine Stellung in Rußland als völlig erschüttert.[22]) Er empfand die englische Haltung als einen Bruch des Geistes der Entente und drohte mit einer Verschlechterung der guten Beziehungen zu England.[23]) Diesen Groll gegen England über seine Niederlage in London vergaß Herr Iswolski jedoch sehr bald, da er glaubte, daß sein diplomatisches Prestige weniger Schaden erleide, wenn er die Dardanellenfrage vorläufig ruhen lasse, und er sich nun in einer Front mit England gegen Oesterreich—Ungarn wende. Je klarer ihm seine Lage wurde, desto schärfer nahm er deshalb jetzt Stellung gegen die Annexion, der er doch anfangs durchaus zustimmend gegenüber gestanden hatte.[24]) Er machte kein Hehl daraus, daß er die Annexion nicht anerkennen werde und vertrat auch Serbien gegenüber jetzt den Standpunkt, daß er sich niemals mit der Annexion

---

19) B. D. Bd. V Nr. 354, 392; G. P. Bd. 26 I Nr. 9067 ff.
20) Schultheß, Jahrg. 1908 S. 326.
21) G. P. Bd. I Nr. 9056.
22) Friedjung Bd. II S. 262.
23) B. D. Bd. V Nr. 379.
24) G. P. 26 I Nr. 9040; Friedjung Bd. II S. 249.

Bosniens einverstanden erklärt habe, er werde alles tun, um die serbischen Interessen zu schützen und um für Kompensationen zu sorgen.[25])

Es ist unverkennbar, daß die russische Abneigung gegen die Annexion und die maßlose persönliche Erbitterung Iswolskis gegenüber Aehrenthal und Oesterreich—Ungarn in demselben Maße wuchs, wie die Aussicht auf die Oeffnung der Dardanellen schwand. Es schien Iswolski für die Festigung seiner Stellung in Rußland wegen seines Mißerfolges in London nunmehr notwendig zu sein, die mit Aehrenthal in Buchlau getroffenen Abmachungen in der Annexionsfrage einfach zu ignorieren. Die Folge dieser Haltung Iswolskis war, daß die gesamte Annexionskrise schließlich auf ein persönliches Duell zwischen Aehrenthal und Iswolski hinauslief, wobei die russische Politik ostentativ von der Englands sekundiert wurde.[26])

Im Foreign Office bemühten sich die Politiker eifrig, die Verstimmung, die Iswolski aus London mitgenommen hatte, zu beseitigen. Noch vor der Abreise wurde Iswolski ein Memorandum[27]) überreicht, in welchem man einen sehr versöhnlichen Ton fand, in zuvorkommender Weise den englischen Standpunkt betreffs der Oeffnung der Dardanellen erörterte, dem Konferenzprogramm zustimmte, mit großem Nachdruck die Uebereinstimmung der englisch-russischen Interessen hervorhob und auf ein gemeinsames Handeln besonderen Wert legte. — Um dem Zaren Vertrauen zu der Politik Iswolskis einzuflößen, schrieb König Edward persönlich einen Brief an den Zaren, in welchem er die großen diplomatischen Fähigkeiten Iswolskis und dessen Geschicklichkeit in der Behandlung politischer Fragen lobte, den außerordentlich guten Eindruck betonte, den Iswolski auf ihn gemacht habe und auf die persönlichen Beziehungen, die er mit Iswolski unterhalte, hinwies.[28]) Nachdem Iswolski also den englischen Standpunkt in der Dardanellenfrage acceptiert hatte, und man in dem Konferenzprogramm eine gemeinsame Basis für die Behandlung der durch die österreichische Annexionserklärung entstandenen Veränderungen und Schwierigkeiten auf dem Balkan gefunden hatte, suchten die Engländer die Stellung Iswolskis in Rußland mit allen Mitteln zu stützen, um das verabredete gemeinsame Vorgehen in den Balkanangelegenheiten[29]) nicht durch einen Ministerwechsel in Rußland in Frage zu stellen. Sir Arthur Nicolson, der englische Botschafter in Rußland, verstand es denn auch vortrefflich, die in London geknüpften Fäden weiter zu spinnen und das englisch-russische Einvernehmen zu fördern.[30])

---

25) Friedjung Bd. II S. 262 ff.; Brandenburg S. 273/74.

26) G. P. 26 I Nr. 9075; G. P. 26 II Nr. 9507; Fay Bd. I S. 381, Stieve S. 85.

27) B. D. Bd. V Nr. 377, 378, 394.

28) B. D. Bd. V Nr. 409. Sidney Lee: King Edward VII, Bd. II, S. 639—42.

29) B. D. Bd. V Nr. 412.

30) Siehe Seite 63 ff.

Deutschland und Oesterreich—Ungarn waren unter der Voraussetzung, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina auf einer Konferenz nicht zur Diskussion gestellt wurde, bereit, an einer solchen teilzunehmen. Sie lehnten die Konferenz nicht grundsätzlich ab, stellten aber die Vorbedingung, daß vorher wirklich volle Einigung über die auf der Konferenz zu behandelnden Fragen erzielt werde. Sie begründeten ihre Stellungnahme mit der Erklärung, daß es sich bei der Annexion nur um eine staatsrechtliche Ratifikation eines längst bestandenen ustandes handle, der nach dem Schlußabsatz von Artikel 25 des Berliner Vertrages ausschließlich zwischen Oesterreich—Ungarn und der Türkei zu regeln sei.[31]) Bei der Beurteilung dieser Stellung der Mittelmächte zur Konferenz darf nicht außer acht gelassen werden, daß eine Konferenz für die Mittelmächte wirklich eine große Gefahr bedeutete, denn die Aussichtslosigkeit ihres Erfolges war von vornherein insofern wahrscheinlich, als Deutschland und Oesterreich—Ungarn von England, Rußland, Frankreich und Italien ständig überstimmt werden konnten, wie dies in Algeciras bereits der Fall gewesen war. Trotz dieses Bedenkens war Baron Aehrenthal bereit, an einer Konferenz unter den oben angeführten Voraussetzungen teilzunehmen, um auch seinerseits an der Beseitigung der bestehenden Spannungen beizutragen.[32]) Fürst Bülow stand dem Konferenzgedanken wegen seiner schlechten Erfahrungen weniger sympathisch gegenüber. Er suchte vielmehr eine Lösung der Krise in der Weise, daß jedes Kabinett einzeln, also nicht auf einer Konferenz, seine Zustimmung zur Annexion durch Notenaustausch aussprechen möchte.[33]) In diesem Sinne intervenierte er auch in Wien. Auch Kaiser Wilhelm riet Oesterreich—Ungarn von einer Konferenz ab, indem er sagte, „aus ihm zugekommenen Informationen habe er die Gewißheit erlangt, daß England die Konferenz wünsche, um über die österreichisch-ungarische Aktion in Bosnien und der Herzegowina vor der ganzen Welt die schärfste Kritik zu üben. Auch hoffe man in England auf der Konferenz, die voraussichtlich für Oesterreich—Ungarn und Deutschland ungünstige Gruppierung der Mächte in auffälliger Weise demonstrieren zu können, das wäre ein zweites Algeciras."[34])

Am 14. November 1908 antwortete Freiherr von Aehrenthal ausführlich auf das von Iswolski und Grey vorgeschlagene Konferenzprogramm, indem er zu jedem der vorgeschlagenen Programmpunkte den österreichischen Standpunkt darlegte und verteidigte.[35]) Die weiteren Verhandlungen über die Konferenz, die besonders zwischen Oesterreich—Ungarn und Rußland geführt wurden, zogen sich bis Ende Dezember hin und waren vollkommen ergebnislos.

---

[31]) G. P. 26 I, Nr. 9018, 9019, 9028, 9061, Anlage I.
[32]) O. U. Bd. I Nr. 390, 280.
[33]) G. P. 26 I, Nr. 9011, 9028.
[34]) O. U. Bd. I Nr. 294.
[35]) B. D. Bd. V Nr. 491 Anlage II.

Indessen bemühte sich auch England tatkräftig um die Einberufung der Konferenz. Für die englische Regierung war allerdings die notwendige Voraussetzung für die Annahme eines jeden Konferenzprogrammes die Billigung der türkischen Regierung. Sir Edward Grey war darum ernstlich bemüht, die Zustimmung der Pforte zu dem Londoner Konferenzprogramm zu bekommen.[36]) Er ließ in Konstantinopel wiederholt auf die Vorteile hinweisen, die die Türkei auf einer Konferenz erzielen könnte und gab die Versicherung, daß England auf der Konferenz für die Türkei eintreten und soviel wie möglich an materieller Entschädigung herausschlagen würde. Ferner erklärte Grey, daß eine Grenzberichtigung für Serbien und Montenegro nicht auf Kosten der Türkei geschehen solle.[37])

Freiherr von Aehrenthal war der festen Ueberzeugung, daß England in Konstantinopel alles unternehme, um die österreichischen Unterhandlungen mit der Türkei zu erschweren. Die „Wiener allgemeine Zeitung" berichtete sogar über eine Unterredung des britischen Botschafters mit dem Großwesir Kiamil Pascha, in welcher der britische Botschafter dem Großwesir gesagt haben sollte, daß England nicht einsehen könne, aus welchem Grunde die Türkei direkte Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn führe. Der Standpunkt der englischen Regierung sei von Anfang an der gewesen, daß Veränderungen internationaler Verträge nur mit Zustimmung aller Mächte vorgenommen werden könnten. Durch eine direkte Verständigung mit Oesterreich-Ungarn werde aber die Konferenz fraglich werden und dadurch, daß der englische Standpunkt nicht zum Durchbruch gelange, eine allgemeine Rechtsunsicherheit Platz greifen, da durch das österreichische Vorgehen internationale Verträge wertlos zu werden schienen. England, das der Türkei soeben Beweise seiner aufrichtigen Freundschaft gegeben habe, wünsche, daß sich die Türkei dem englischen Standpunkt der Unverletzlichkeit der Verträge anschließe und diesem Standpunkt dadurch Rechnung trage, daß es die bereits mit Oesterreich—Ungarn begonnenen Verhandlungen abbreche und den Konferenzgedanken unterstütze.[38]) Sir Edward Grey bestritt allerdings, daß er gegen die direkte Verständigung der Türkei mit Oesterreich—Ungarn wirke und betonte, er wünsche nur, daß eine etwaige österreichisch-türkische Verständigung der Konferenz zur Genehmigung vorgelegt werde.[39]) Wie weit sich der englische Einfluß in Konstantinopel gegen eine österreichisch-türkische Verständigung geltend gemacht hat, läßt sich im einzelnen nicht ermitteln, daß man ihn mit allen Mitteln aufgeboten hat, kann aber nicht in Abrede gestellt werden.[40])

Der Großwisir Kiamil Pascha hatte aber für eine Konferenz keine Sympathien und lehnte es ab, eine zustimmende Erklärung zu dem

---

[36]) B. D. V Nr. 446, 388; G. P. 26 II Nr. 9203, 9215.
[37]) B. D. V Nr. 388.
[38]) G. P. 26 II Nr. 9213.
[39]) B. D. Bd. V Nr. 407, G. P. 26 II, 9219, O. U. Bd. I, Nr. 408.
[40]) B. D. Bd. V Nr. 406;

3

vorgeschlagenen Konferenzprogramm zu geben. Er erklärte sich nur unter der Bedingung für eine Konferenz, daß die Punkte Bosnien und Herzegowina, Nowibazar, sowie Artikel 23 und 61 des Berliner Vertrages ausscheiden und das Konferenzprogramm auf die bulgarische Frage beschränkt werde. Er hielt aber eine prinzipielle Einigung mit Bulgarien ohne Konferenz für durchaus erreichbar, wollte jedoch bezüglich der Konferenz den Faden nicht abschneiden, da nach seiner Ansicht die Konferenz ein durchaus wirksames Pressionsmittel bildete, um Bulgarien zu angemessenen Konzessionen zu bewegen.[41]) Eine Beschränkung der Konferenz auf die bulgarische Frage lehnte Sir Edward Grey natürlich ab, da die England interessierenden Fragen nicht zur Diskussion standen, auch England durch eine solche Konferenz seine Ziele nicht im geringsten erreichte.

Obwohl nur wenig Hoffnung bestand, die Türkei für das Konferenzprogramm zu gewinnen, versuchte England immer wieder, die Türkei zur Zustimmung zum englisch-russischen Konferenzprogramm zu veranlassen. Aber alle Mühe war vergebens. Trotz aller Versprechungen auf materielle und moralische Unterstützung gelang es der britischen Diplomatie nicht, die Türkei für die Konferenz zu interessieren. Am Goldenen Horn setzte man allen englischen Machenschaften zum Trotz die direkten Verhandlungen mit Oesterreich—Ungarn fort.[42])

Es entspricht nicht den historischen Tatsachen, wenn man Deutschland und Oesterreich—Ungarn für das Scheitern der Konferenz allein verantwortlich machen will. Der englisch-russische Konferenzplan lag zu sehr im Interesse der Ententemächte, so daß Deutschland und Oesterreich—Ungarn nicht zustimmen konnten, ohne sich selbst zu kompromittieren. Vor allem aber war es die Türkei, die den englisch-russischen Wünschen ernsten Widerstand entgegensetzte. Mit dem vorläufigen Scheitern der Konferenz gab nun England aber noch keineswegs den Konferenzgedanken auf, sondern warf ihn bei jeder passenden Gelegenheit wieder in die Wagschale und suchte ihn zu realisieren.[43])

Kapitel IV.

England und der österreichisch-türkische Konflikt.

Die Absicht Englands und Rußlands die durch die Annexion hervorgerufenen Balkanwirren auf einer Konferenz zu regeln, mußte als gescheitert angesehen werden. Die Diskussion über die Konferenz war ergebnislos verlaufen. Inzwischen hatten aber auch schon die österreichisch-türkischen Sonderverhandlungen begonnen, die als Ziel eine Kompensation für die Türkei für die durch die Annexion der beiden Provinzen verloren gegangenen Hoheitsrechte ins Auge faßte.

[41]) G. P. 26 II, Nr. 9215, 9223. B. D. Bd. V Nr. 404.

[42]) B. D. Bd. V Nr. 456; siehe Seite 32 ff.

[43]) Siehe Seite 32, 54 ff.

Schon gleich nach der Annexionserklärung hatte die Pforte auf das schärfste gegen die Verletzung des Berliner Vertrages protestiert und suchte durch Boykott österreichischer Waren auf Oesterreich—Ungarn einen Druck auszuüben.[1]) Dieser Boykott nahm immer weitere Dimensionen an und belastete besonders schwer die österreichisch-türkischen Unterhandlungen. Wie weit England den Boykott unterstützt hat, läßt sich im einzelnen nicht ermitteln. Er lag selbstverständlich im englischen Interesse, und wir besitzen auch verschiedene Zeugnisse, die England einen erheblichen Anteil an dem türkischen Boykott zuschreiben. So wurde Achmed Riza, der als Abgeordneter des Konstantinopeler Komitees Ende November 1908 in London weilte, von König Edward mit den Worten empfangen: „Capital trick, jour boykott, go on!"[2]) Auch kamen der österreichischen Regierung aus den syrischen Häfen Beirut und Haifa Berichte zu, nach welchen die britischen Konsuln zum Boykott des Handels mit Oesterreich—Ungarn anspornten.[3])

Die Frage, in welchem Maße England die österreichisch-türkischen Verhandlungen zu unterbinden versucht hat, muß hier noch einmal gestellt und zu beantworten versucht werden.[4]) Sie ist aus den verschiedenartigen, sich oft widersprechenden Berichten der verschiedensten Diplomaten nicht leicht zu beantworten.

Wie aus den belgischen Gesandtschaftsberichten hervorgeht, waren es England und Rußland, die durch eine intrigante Politik den direkten Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Türkei bei jeder Gelegenheit in Konstantinopel entgegenarbeiteten.[5]) Baron Aehrenthal war ebenfalls der Ansicht, daß England in Konstantinopel alles unternehme, um die österreichischen Verhandlungen zu erschweren.[6]) Der gleichen Ansicht sind der deutsche und österreichisch-ungarische Gesandte in Konstantinopel, die wiederholt der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß England alle seine politischen Kräfte am Bosporus gegen die Mittelmächte mobil gemacht habe. So berichtet Freiherr von Marschall von geheimen Verhandlungen, die zwischen Kiamil Pacha und dem englischen Gesandten Lowther stattfanden. Er schreibt: „Mein englischer Kollege ist jetzt täglich auf der Pforte und verbringt mit seinem ersten Dragoman regelmäßig 1 Stunde bei Kiamil Pacha."[7]) Diese Unterredungen hatten den Zweck, wie Grey selbst an Lowther schreibt, „die Türkei vor den heimtückischen Ratschlägen falscher Freunde zu bewahren."[8]) Der Großwisir Kiamil Pacha stand trotz seiner Bedenken gegen den englisch-russischen Konferenzplan[9]) denn auch

---

1) O. U. Bd. I Nr. 268; G. P. 26 II Nr. 9253.
2) O. U. Bd. I Nr. 730, 781.
3) Friedjung Bd. II S. 253.
4) Siehe Seite 27.
5) Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV Nr. 36.
6) G. P. 26 I Nr. 9161.
7) G. P. 26 I Nr. 9017.
8) B. D. Bd. V Nr. 561.
9) Siehe Seite 26 ff.

weitgehend unter englischem Einfluß. Er ließ Grey durch den türkischen Botschafter in London sagen, daß die türkische Regierung zu England mehr Vertrauen habe als zu allen andern Mächten. Die Türkei würde keine Entscheidung treffen über die gegenwärtigen Fragen, bevor sie nicht den Rat Englands eingeholt habe.[10]) Um Deutschland zu verdächtigen, verbreitete England in Konstantinopel die Version, Deutschland habe Oesterreich—Ungarn zur Annexion veranlaßt.[11]) Die Gesandten Englands, Rußlands und Frankreichs sollen sogar durch Bestechung der Parteien das türkische Parlament für ihre Zwecke zu sichern gesucht haben.[12])

Die Documents lassen die englische Politik allerdings in dieser Hinsicht harmloser und sachlicher erscheinen. Daß aber England an der Entwicklung der Türkei lebhaft interessiert war und sich mit allen Kräften für die türkischen Belange einsetzte, geht auch aus den Documents hervor. Allerdings betonte Sir Edward Grey immer wieder, daß er sich einem österreichisch-türkischen Uebereinkommen, das die Türkei voll befriedige, nicht widersetzen werde.[13]) Andererseits steht aber auch fest, daß Sir Edward Grey es niemals zugelassen hätte, wenn der Türkei durch Oesterreich—Ungarn demütigende Bedingungen aufgezwungen worden wären. Wir werden auch nicht fehlgehen in der Annahme, daß Sir Edward Grey der Türkei seine Bedingungen, unter denen die Türkei der Annexion zustimmen konnte, suggeriert hat. Diese Ratschläge, die er in Konstantinopel erteilte, brauchten eine direkte Spitze gegen Oesterreich—Ungarn durchaus nicht zu haben, so daß Grey nicht Unrecht hatte, wenn er die österreichischen Verdächtigungen bestritt.

Wie schon ausgeführt worden ist, wurde Englands Stellung in der bosnischen Krise gerade durch Rücksicht auf das jungtürkische Regime geleitet, mehr noch als durch die Verstimmung gegen den Vertragsbruch Aehrenthals. Der Schwerpunkt der englischen Politik lag fraglos in Konstantinopel, und den Vorgängen am Goldenen Horn wandte England deshalb auch zunächst sein größtes Interesse zu. England war nämlich gerade dabei, die Türkei in sein System von Bündnissen und Freundschaften aufzunehmen. Die Jungtürken waren als Freiheitshelden gefeiert worden, und nun glaubte man, die Reformarbeit sei durch den Schritt Baron Aehrenthals gestört worden. Diese türkophile Politik Englands war durchaus von der Zustimmung der gesamten Nation getragen und lag schon allein im Hinblick auf die zahlreichen mohammedanischen Untertanen durchaus im Interesse Englands begründet; denn gegenüber der Stimmung in Indien und Aegypten hatte England mit ernsten Gefahren zu rechnen und brauchte zu ihrer Abwendung die Türkei

---

10) B. D. Bd. V Nr. 406.
11) O. U. Bd. I Nr. 605.
12) Ebenda Nr. 755.
13) Siehe Seite 26 ff.

und den Islam.[14]) So war denn auch nach der Annexionserklärung König Edwards erste Frage an den österreichischen Botschafter Mensdorff: „Ist die türkische Regierung einverstanden?" Und auch Sir Edward Grey sagte: „Ja, wenn sie das vorher mit der Türkei abgemacht hätten, wäre nichts einzuwenden. Wie soll man aber die tiefe Verletzung des türkischen Selbstgefühls darüber wieder gutmachen, daß die Regierung in Konstantinopel überhaupt nicht informiert und vor ein fait accompli gestellt wurde."[15])

Ueber das Verhältnis Englands zur Türkei sagte Grey am 7. Oktober 1908: „Im gegenwärtigen Falle würde es sehr wünschenswert sein, keine Zeit zu verlieren und der Türkei zu versichern, daß in jeder Revision des Berliner Vertrages die Interessen und der Status der Türkei volle Berücksichtigung finden werden. Wir wünschen, daß das Ergebnis aller Veränderungen des Vertrages nicht sein würde, die neue Regierung in der Türkei zu entmutigen, sondern sie vielmehr zu unterstützen. Wir werden unsern Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen."[16]) „Was die Beratungsgegenstände der Konferenz anbetrifft, so muß die erste Sorge die Entschädigung der Türkei sein."[17]) England war also bereit, — so viel steht fest — dem jungtürkischen Regime seine volle Unterstützung in politischer und moralischer Beziehung zu gewähren.

Um das jungtürkische Regime zu stützen und um in den österreichisch-türkischen Verhandlungen seinen Einfluß geltend zu machen, schlug Sir Edward Grey als Kompensation an die Türkei eine von der österreichischen Regierung der Türkei zu zahlende Geldentschädigung vor.[18]) Auch Sir Fairfax Cartwright, der Ende November 1908 als englischer Botschafter nach Wien kam, versuchte in dieser Richtung auf die österreichische Regierung einzuwirken. Er glaubte, daß der Betrag von 2—3 Millionen Pfund die Türkei befriedigen werde, denn sie brauche notwendig Geld.[19]) In der Geldentschädigung die der Türkei wegen der großen Schwierigkeiten in finanzieller Hinsicht von größtem Nutzen war und auch als ein außenpolitischer Erfolg des neuen Regimes gebucht werden konnte, erblickten die englischen Politiker mit Recht das beste Mittel zur materiellen und moralischen Festigung des jungtürkischen Regimes. Deshalb suchten sie diese auch mit aller Energie bei Oesterreich durchzusetzen. Den türkischen Wünschen auf wirtschaftlichem Gebiete entgegenzukommen, lehnten die Engländer ab, gewiß mit Rücksicht auf ihren eigenen Handel. Sir Charles Hardinge war der Ansicht, daß es schwierig sei, etwas zu finden, was

---

[14]) G. P. 26 I Nr. 9132, 9059.
[15]) Ö. U. Bd. I Nr. 228.
[16]) Schultheß Jahrg. 1908 S. 325.
[17]) Ebenda S. 326.
[18]) B. D. Bd. V Nr. 483, 317, 296; G. P. 26 I Nr. 9020; G. P. 26 II Nr. 9226; Ö. U. Bd. I Nr. 662..
[19]) Ö. U. Bd. I Nr. 663.

die Türkei befriedigen könne. Auch eine Erhöhung der Einfuhrzölle sei eine internationale Frage, also nicht etwas, was Oesterreich speziell bieten könne.[20]) Sir Edward Grey betonte, wie die Documents erweisen — das muß noch einmal erwähnt werden — daß er direkten Verhandlungen, die zwischen Oesterreich—Ungarn und der Türkei in dieser Richtung geführt würden und zu einem für die Türkei annehmbaren Ergebnis führten, keine Hindernisse in den Weg lege. Er halte es vielmehr für seine Pflicht, den Weg für solche Verhandlungen zu ebnen. Andererseits lehnte er es aber entschieden ab, der Türkei den Rat zu geben, der Annexion zuzustimmen und auf die österreichischen Vorschläge einzugehen.[21]) Vielmehr hielt er seinen Vorschlag der Geldentschädigung für den einzig richtigen und speziell für die Türkei annehmbarsten und wertvollsten Weg zur Lösung der Krise.

Die Bemühungen der englischen Regierung um die Lösung der türkischen Krise waren aber nicht mit dem gewünschten Erfolg gekrönt. Einerseits fand das Londoner Konferenzprogramm nicht die Billigung der Türkei, wie es England wünschte,[22]) andererseits erlitt die englische Diplomatie noch eine besondere Niederlage durch den Sturz des Großwisirs Kiamil Pascha, der vollkommen unter englischem Einfluß stand[23]) und sich Oesterreich gegenüber wenig verhandlungsbereit gezeigt hatte. Seinem Sturz hatte England vergebens mit allen Kräften entgegen gearbeitet, hatte es aber nicht verhindern können, daß Hilmi Pascha, der seit jeher als Freund eines Anschlusses der Türkei an die Mittelmächte sich betätigt hatte, seinen Platz einnahm. Dieser Regierungswechsel in der Türkei wurde als ein neuer Erfolg der Deutschen über die Engländer in Konstantinopel gedeutet und erweckte bei den Engländern große Verstimmung.[24])

In der Konferenzangelegenheit vertrat Hilmi Pascha noch energischer als Kiamil Pascha[25]) die Ansicht, daß finanzielle Fragen, wie Zollerhöhungen und Monopole für eine politische Konferenz ganz ungeeignet seien. Er hatte auch wenig Interesse an der von England gewünschten Konferenz und lehnte sie ab.[26]) Dem österreichischen Zivilagentenvertreter in Saloniki sagte Hilmi Pascha vertraulich, die Türkei „wünsche eine engeres Verhältnis zum Wiener Kabinett, weil das Mißtrauen gegen England sowohl wegen dessen Beziehungen zu Rußland und auch deshalb in Zunahme begriffen sei, weil die englische Regierung durch Anträge z. B. in der Regiefrage immer offenkundiger danach strebe, die Pforte in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen."[27])

---

20) ebenda Nr. 662.

21) B. D. Bd. V Nr. 402, 528.

22) Siehe Seite 27.

23) B. D. Bd. V Nr. 569, 404; G. P. 26 I Nr. 9017; G. P. 26 II Nr. 9209.

24) Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV Nr. 41 S. 140.

25) Siehe Seite 27.

26) G. P. 26 II Nr. 9527; siehe Seite 109 ff.

27) O. U. Bd. I Nr. 551.

Es lag im Interesse Oesterreichs, die neue Chance in der Türkei auszunutzen und sich möglichst bald mit der Türkei zu verständigen. Die Verhandlungen im einzelnen hatten einen schwierigen Verlauf genommen. Im Vertrauen auf Englands diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung war man in Konstantinopel anfangs nicht geneigt, auf Aehrenthals Wunsch einer türkischen Zustimmung zu der Annexion von Bosnien und der Herzegowina ohne weiteres einzugehen. Auch Baron Aehrenthal bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Er lehnte die verlangte Geldentschädigung ab und hielt einen Handelsvertrag als das geeignetste und speziell für die Türkei wünschenswerteste Form einer Kompensation,[28]) während man türkischerseits darauf ausging, soviel Geld wie möglich aus den Veränderungen herauszuschlagen. Die Türkei stellte an Oesterreich die Forderung der Uebernahme eines Teiles der ottomanischen Staatsschuld, ein Vorschlag, der von England suggeriert war und dem englischen Vorschlag der Geldentschädigung entsprach.[29])

Im Januar 1909 bereitete sich allmählich eine Einigung zwischen Oesterreich und der Türkei vor.[30]) Die Türkei hatte erkannt, daß siie von keiner Großmacht ernstliche Unterstützung bekommen würde und nahm daher im Prinzip das österreichische Anerbieten einer Entschädigungssumme von 2½ Millionen türkische Pfund für den Verlust an Kroneigentum und als Ersatz für die Aufgabe der nominellen Souveränität über die annektierten Provinzen an. Der formelle Abschluß der Verhandlungen fand am 26. Februar 1909 statt, das Protokoll zwischen Oesterreich—Ungarn und der Türkei wurde am 15. April 1909 in Wien ratifiziert.[31])

Oesterreich—Ungarn konnte mit dem Endresultat der Verhandlungen durchaus zufrieden sein. Selbst Sir Edward Grey drückte seine große Befriedigung über die Einigung aus, denn Oesterreich—Ungarn hatte sich ja zu der von ihm geforderten Geldentschädigung an die Türkei bereit erklärt, er hatte also seine Forderung durchsetzen können. Er wünschte allerdings, daß dieses Protokoll, da es eine Veränderung des Berliner Vertrages bedeute, den Signatarmächten zur Anerkennung vorgelegt werde, dieses sollte nach seiner Ansicht auf einer Konferenz geschehen, die jetzt einzuberufen sei, zumal die Bedingungen, die Oesterreich—Ungarn als Vorbedingungen für die Konferenz gestellt habe, erfüllt seien, so daß einer Konferenz jetzt nichts mehr im Wege stehe.[32])[33])

---

[28]) O. U. Bd. I Nr. 754; G. P. 26 II Nr. 9255.
[29]) O. U. Bd. I Nr. 443, 768.
[30]) B. D. Bd. V Nr. 534.
[31]) O. U. Bd. II Nr. 1522.
[32]) B. D. Bd. V Nr. 676.
[33]) Siehe nähere Angaben über die Konferenzwünsche Sir Edward Greys auf Seite 54 ff.

Kapitel V.

England und der bulgarisch-türkische Konflikt.

Wie bereits ausgeführt ist, war durch die gleichzeitig erfolgte Unabhängigkeitserklärung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien der Konfliktstoff, der durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina gebildet war, beträchtlich vermehrt worden. Die Türkei verlor zu gleicher Zeit ihre Souveränitätsrechte über die beiden von Oesterreich annektierten Provinzen und über Ostrumelien. Der Verlust Ostrumeliens bedeutete für die Türkei den weitaus härteren Schlag, denn es bestand die Gefahr, daß ein starkes Bulgarien unmittelbar an der türkischen Grenze nach weiterem Einfluß in Mazedonien strebte. Für die Türkei stand daher die Forderung nach Schutz gegen die aggressiven Tendenzen Bulgariens, den bisher die autonome Provinz Ostrumelien gewährt hatte, im Vordergrunde des Interesses, während die bosnische Frage nicht so sehr im Bereich ihrer Lebensinteressen lag.[1]) Der Sultan und die jungtürkischen Kreise protestierten deshalb auch nachdrücklich gegen die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und appellierten eindringlich an die Signatarmächte des Berliner Vertrages, Verfügungen zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung in Bulgarien und Ostrumelien und zur Aufrechterhaltung der türkischen Interessen zu treffen.[2])

Die Selbständigkeit Bulgariens konnte auch den Engländern nicht gleichgültig sein, denn ein selbständiges und starkes Bulgarien war ein gutes Bollwerk gegen das Vordringen der Mittelmächte auf dem Balkan. Der englische Gesandte in Sofia, George Buchanan, der mit aller Energie bei seiner Regierung für die bulgarische Sache eintrat,[3]) lenkte die Aufmerksamkeit Englands auf die außerordentlich bedeutsame Schlüsselstellung Bulgariens auf dem Balkan und wies darauf hin, daß Fürst Ferdinand ohne Zweifel mit Hilfe Oesterreichs seine Krone erlangt habe, und daß der österreichische Einfluß in Bulgarien groß sei. Die bulgarisch-österreichische Politik verfolge aber nicht in allen Teilen die gleichen Interessen, das Einvernehmen werde vielmehr aufhören, sobald sich die Wege der beiden Länder kreuzten und das sei in Mazedonien der Fall. Die natürliche Neigung Bulgariens ginge dahin, mit der Türkei zusammenzugehen. Wenn aber die türkische Regierung ihre Forderungen überspanne, und eine Einigung zwischen der Türkei und Bulgarien nicht erzielt würde, sehe sich Fürst Ferdinand isoliert und werde mit Oesterreich—Ungarn gehen. Es sei daher Aufgabe der englischen Politik, Bulgarien in die antiösterreichische Linie, bestehend aus der Türkei, Serbien und Montenegro einzube-

---

1) G. P. Bd. 26 II Nr. 9209; B. D. Bd. V Nr. 375.

2) Schultheß Jahrg. 1908 S. 414.

3) George Buchanan: My Mission to Russia and other Diplomatic Memories. Bd. I S. 79. London 1923.

ziehen und eine Balkankoalition zu schaffen, die eine solche Macht darstelle, daß Oesterreich—Ungarn vor einem weiteren Vordringen auf dem Balkan zurückschrecke.[4])

Am Goldenen Horn durfte allerdings wegen des dortigen scharfen Gegensatzes zu Bulgarien nicht der Verdacht aufkommen, daß England auch in Sofia seine Hand im Spiele hatte. Zur Unabhängigkeitserklärung nahm Sir Edward Grey deshalb auch nur offiziell Stellung. Die von Bulgarien aufgestellte Theorie, daß der ostrumelische Tribut an die Türkei durch die Unabhängigkeitserklärung aufgehoben sein sollte, bezeichnete Grey als unhaltbar.[5]) Die offizielle Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens lehnte er vor der Anerkennung durch die Türkei ab, ließ aber andererseits erklären, daß die englische Regierung stets ein wohlwollendes Interesse an dem Wohlstand und Fortschritt Bulgariens gehabt habe, der Unabhängigkeitserklärung aber nicht zustimmen könne, da England keiner Macht das Recht der einseitigen Aenderung eines internationalen Vertrages einräumen könne.[6])

Sir Edward Grey war nun bemüht, den von Buchanan aufgezeichneten Gedanken der Balkanblocks in die Tat umzusetzen. Zu diesem Zweck suchte er zunächst eine Einigung zwischen Bulgarien und der Türkei zu schaffen,[7]) um sie dann in der Balkankoalition mit Serbien und Montenegro als wirksames Bollwerk gegen die Mittelmächte zu vereinigen. Die Wirksamkeit der englischen Politik in dieser Richtung kennzeichnen uns auch die belgischen Akten. Ein Bericht des belgischen Vertreters in Belgrad an seine Regierung vom 12. Juni 1908 meldet, daß die gegenwärtige Hauptsorge der englischen Regierung zu sein scheine, dem österreichisch-deutschen Einfluß im Orient den Weg zu sperren. Auch das englische Balkankomitee treibe seine Propaganda nicht im serbischen, sondern fast ausschließlich im bulgarischen Interesse und ließe dadurch Bulgarien als den stärksten und innerlich festesten der Balkanstaaten eine gewisse Ermutigung zuteil werden.[8]) Sir Edward Greys Bemühungen liefen also auf eine Vermittlung zwischen Bulgarien und der Türkei hinaus.

Um zu verhüten, daß Oesterreich-Ungran sich mit Bulgarien und der Türkei einigte, ließ Grey durch den englischen Botschafter in Konstantinopel wiederholt Schritte beim Großwisir unternehmen, um denselben auf die Gefahren eines österreichisch-bulgarischen Bündnisses aufmerksam zu machen und ihn zu bewegen, den Bulgaren gegenüber Entgegenkommen zu zeigen und womöglich ein Bündnis abzuschließen. Er machte der Pforte den Vorschlag, die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien anzuerkennen und als Kompensation eine Geldent-

---

[4]) B. D. Bd. V Nr. 436.
[5]) O. U. Bd. I Nr. 344.
[6]) B. D. Bd. V Nr. 319.
[7]) B. D. Bd. V, Nr. 473, 373.
[8]) Belg. Dokumente, Schwertfeger, Bd. IV Nr. 17, S. 84.

schädigung zu fordern.[9]) Auch bei anderen Gelegenheiten suchte Grey die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei mit allen Mitteln zu fördern, um sie unter seinem Einfluß zu einem möglichst raschen Abschluß ohne vorherige Einmischung Deutschlands und Oesterreichs zu bringen. Dem bulgarischen Geschäftsträger in London gab er den Rat, bei seiner Regierung dringend dahin zu wirken, daß sie das Angebot der Pforte zu Verhandlungen über eine finanzielle Entschädigung ohne politische Bedingungen annehme, da es eine gute Verhandlungsgrundlage biete und ein Zeichen von Mäßigkeit von seiten der Türkei sei.[10])

Aber auch diese Verhandlungen gingen nicht so vonstatten, wie es England wünschte. Durch die zwischen Oesterreich und der Türkei geführten Verhandlungen gewann auch Baron Aehrenthal einen nicht geringen Einfluß auf den bulgarisch-türkischen Streitfall, und Baron Aehrenthal legte selbstverständlich großen Wert darauf, die österreichische Einflußsphäre in Bulgarien nach Möglichkeit zu vergrößern. Große Schwierigkeiten bereitete auch die Türkei, die keineswegs bereit war, eine Verständigung um jeden Preis mit Bulgarien zu suchen. Der Großwisir erklärte, daß die Anerkennung Ostrumeliens als ein Teil Bulgariens durch die Großmächte in nächster Zukunft einen allgemeinen Krieg im nahen Osten zur Folge habe, dem aber ein jetziger Krieg vorzuziehen sei, weil die Aussichten für die Türkei wegen der schwachen Rüstungen Bulgariens augenblicklich noch gut seien.[11]) Die Jungtürken waren entschlossen, die bulgarische Frage auf alle Fälle in einem für die Türkei günstigen Sinne zu lösen, ja, sie waren bereit, deswegen mit Bulgarien Krieg zu führen.

Wie schon ausgeführt ist, war das Ziel der englisch-russischen Balkanpläne der Balkanbund[12]), der alle Balkanstaaten nebst der Türkei umfassen sollte. In der Dumarede vom 25. Dezember 1908 bezeichnete Iswolski den Zusammenschluß Bulgariens, Serbiens, Montenegros und der Türkei als das Ziel der russischen Balkanpolitik. Die freundlichen Worte, die Iswolski für Bulgarien und die Türkei fand, beweisen, daß auch Iswolski die Hoffnung hegte, die Türkei und Bulgarien trotz der zwischen diesen beiden Ländern bestehenden großen Gegensätze in der von ihm und England in Aussicht genommenen antiösterreichischen Front vereinigen zu können.[13]) England hatte also in Rußland einen Partner, der auf dem Balkan gleiche Ziele zu verwirklichen suchte.

Einen Einblick in die Methode der englischen Diplomatie zur Verwirklichung der Balkanpläne gibt uns ein Bericht des österreichischen Vertreters in Sofia, der folgendes nach Wien schreibt: In den letzten

9) B. D. Bd. V Nr. 432, 370, 375.
10) ebenda Nr. 473.
11) B. D. Bd. V Nr. 382.
12) B. D. Bd. V Nr. 493, 515.
13) G. P. 26 II Nr. 9297.

Wochen sind wiederholt englische Gäste durchgekommen, welche auf ihren Orientreisen nach Belgrad und Konstantinopel auch Sofia mit einer allerdings nur kurzen Anwesenheit beglückt haben. Diese diplomatischen Dilettanten gehören zu den Leuten, die gegenwärtig in ihrem Lande nicht ohne Einfluß sind, namentlich der Präsident des Londoner Balkankomitees, Mr. Burton, ferner Mr. Evans, die beide viel dazu beigetragen haben, ihre heuchlerische Entrüstung über den durch Oesterreich-Ungarn begangenen „Rechtsbruch" sowie durch die plötzlich entdeckte aufdringliche Liebe zur Türkei die jetzige Spannung hervorzurufen. Alle diese Reisenden versuchen gegen die Monarchie zu intrigieren, indem sie bei ihren Unterredungen, die sie sich bei den hiesigen Politikern zu verschaffen wußten, immer das Thema von der Ersprießlichkeit eines Anschlusses Bulgariens an Serbien und die Türkei predigten.[14])

Während England und Rußland sich öffentlich auf diplomatischem Wege bemühten, den Boden für die Konferenz zu ebnen, und die Konferenzfrage unter den Großmächten debattiert wurde, führte Sir Edward Grey bereits im geheimen mit den Balkanstaaten Verhandlungen über den Abschluß eines Balkanbundes. Besonders eifrig wurden die Verhandlungen in Belgrad und Sofia geführt. Die Verhandlung über den Abschluß des Balkanbundes gestalteten sich dadurch besonders schwierig, weil sowohl die Türkei als auch Serbien die Bulgaren aus dem Bunde ausschließen wollten, aber auf Bulgarien legte England ja gerade den größten Wert.[15]) Wie Grey sich den Balkanbund dachte, geht aus einer seiner Anweisungen an den Botschafter in Belgrad, Whitehead, hervor. Grey führte darin aus, daß der Balkanblock im Interesse Englands liege, er aber keiner Konvention seine Zustimmung geben könne, die gegen irgend eine Macht gerichtet sei. Ein von sämtlichen Balkanstaaten abgeschlossenes Bündnis müsse einen rein defensiven Charakter haben und dürfe vor allem nicht gegen Bulgarien oder gegen irgend eine andere Macht gerichtet sein. Gerade auf Bulgarien müsse das Hauptgewicht gelegt werden, denn ein Balkanbund ohne Bulgarien werde die Balkanhalbinsel gegen keine Angriffe sichern, zumal Bulgarien dann gezwungen sei, sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland anzuschließen.[16]) Das sollte aber gerade verhindert werden, denn nur der Zusammenschluß aller Balkanstaaten lag im englischen Interesse, zumal der Ausschluß eines Balkanstaates kriegerische Streitigkeiten der Balkanvölker unter sich bedeutet hätte, die dann wiederum den Mächten zu Interventionen Veranlassung gaben, die die englischen Interessen gefährden konnten. Ferner konnte natürlich nur der Zusammenschluß aller Balkanvölker dem vordringenden Germanentum auf dem Balkan einen wirksamen Riegel vorschieben.

---

14) Ö. U. Bd. I Nr. 692.
15) B. D. Bd. V Nr. 468.
16) ebenda Nr. 468, 469.

Besonders intensive aber streng vertrauliche Verhandlungen führte der englische Gesandte in Belgrad, Whitehead, mit der serbischen Regierung, denn Serbien hatte von allen Balkanvölkern wegen seines Gegensatzes zu Oesterreich-Ungarn das größte Interesse an der Balkankonvention.[17]) Die serbische Regierung arbeitete daher auch verschiedene Vorschläge aus und bat die englische Regierung um Unterstützung dieser Pläne und um Intervention in Konstantinopel.[18]) Bei der Abfassung dieser serbischen Vorschläge war Whitehead nach Anweisungen, die er aus London erhalten hatte, führend beteiligt. Da Serbien im Balkanbund das einzige Druckmittel gegen Oesterreich-Ungarn erblickte, war es eifrig bemüht, durch verschiedene Vorschläge und Vertragsentwürfe die türkische Regierung für den Plan zu gewinnen. Wenn der Balkanbund Serbien auch nur bedingte Vorteile brachte, so war doch vorläufig die Hauptsache, daß die antiösterreichische Front geschaffen und die Annexion nicht anerkannt wurde. Diese serbischen Wünsche hat England neben Rußland nach besten Kräften unterstützt.[19]) Wie vorsichtig man dabei operierte, geht daraus hervor, daß der serbische Außenminister Spalaikovitch den englischen Botschafter dringend bat, die mit ihm geführten Verhandlungen über den Balkanbund geheim zu halten. Die Informationen, die er ihm gegeben habe, seien nur für die englische Regierung bestimmt.[20])

Doch auch betreffs des Balkanbundes erlitten die englisch-russischen Bemühungen Schiffbruch. Es gelang ihnen weder die Türkei, noch Bulgarien für ihre Pläne zu gewinnen, da einmal die Gegensätze der Balkanvölker untereinander, besonders zwischen Bulgarien und der Türkei, zu groß waren, und zum andern auch Bulgarien wenig Vertrauen zu Rußland hatte. Der bulgarische Kabinettsdirektor Dobrovic gab den Oesterreichern die Versicherung, daß Bulgarien keinerlei Interesse daran habe, sich der türkisch-serbischen Gruppe anzuschließen. Oesterreich könne versichert sein, „daß, solange König Ferdinand König von Bulgarien sei", alle Versuche erfolglos bleiben würden. „In einem Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei werde Bulgarien nicht auf der Seite der Gegner der Monarchie stehen, sondern sich neutral verhalten, da durch Anschluß an die Türkei und Serbien nichts zu holen wäre."[21])

Der bulgarisch-türkische Gegensatz erwies sich also viel schwieriger, als man in England und Rußland angenommen hatte. Bulgarien drohte, seine Forderungen der Türkei gegenüber im Frühjahr 1909 mit kriegerischen Mitteln durchsetzen zu wollen und hatte auch bereits Vorbereitungen zur Mobilisierung seines Heeres getroffen.[22]) Um nun

---

17) B. D. V Nr. 477, 482.
18) ebenda Nr. 440 ff.
19) B. D. Bd. V, Nr. 462, 463.
20) ebenda Nr. 462.
21) Ö. U. Bd. I Nr. 746.
22) G. P. 26 II, Nr. 9312, 9313, 9314.

einen bulgarisch-türkischen Krieg zu verhüten und um vor allen Dingen angesichts des bevorstehenden Abschlusses der türkisch-österreichischen Verhandlungen einen entscheidenden Eingriff der Mittelmächte auch in die bulgarisch-türkische Angelegenheit zu verhindern, machte der russische Außenminister Iswolski Ende Januar 1909 einen **Vermittlungsvorschlag**, nach welchem **Rußland** die von Bulgarien an die Türkei zu zahlende Geldentschädigung in der Höhe von 82 Millionen Franc in der Weise übernehmen wollte, daß es diese Summe der Türkei für noch zu zahlende Kriegsentschädigung an Rußland gutschrieb.[23])

Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß dieser Vorschlag als ein äußerst geschickter diplomatischer Schachzug des Herrn Iswolski gegen die Bestrebungen des Baron Aehrenthal anzusehen ist, denn auf diese Weise geriet Bulgarien in weitgehende Abhängigkeit von Rußland und wurde dadurch Oesterreich entzogen. In **England** trat man mit großer Wärme für den Vermittlungsvorschlag ein.[24]) König Edward bezeichnete dem türkischen Botschafter gegenüber den russischen Vorschlag als „einen für die Pforte sehr vorteilhaften".[25]) Das Foreign Office holte sogar über den Vorschlag ein Gutachten kompetenter Finanzleute ein, aus dem es dann die Ueberzeugung gewann, daß der russische Vorschlag die Interessen der Türkei vollkommen sicher stellte.[26]) Auch die „Times" machte in einem Leitartikel die Türkei auf die Notwendigkeit aufmerksam, den russischen Vorschlag anzunehmen, da sie sonst Gefahr laufe, sich für den Sieg der türkischen Sache unerläßliche Sympathien zu verscherzen.[27]) Die Befürchtung, Bulgarien könne zu sehr unter russischen Einfluß geraten, bezeichnete der Privatsekretär Sir Edward Greys, Mr. Tyrrel, in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in London als gegenstandslos. Die Bulgaren, die bisher ihr eigenes Interesse dadurch gefördert hätten, indem sie die beiden mächtigen Nachbarn gegeneinander ausspielten und sich vortrefflich dabei gestanden hätten, würden auch in Zukunft diese Politik weiter verfolgen.[28])

Die **Türkei** machte aber zunächst nochmals Schwierigkeiten, erklärte sich mit der Höhe der Zahlung nicht einverstanden, lehnte den russischen Vorschlag aus politischen und finanziellen Gründen ab und formulierte einen Gegenvorschlag, in welchem Beseitigung der gesamten Kriegsentschädigung gefordert wurde.[29]) Auch die Stellung der **bulgarischen** Regierung war äußerst unnachgiebig,[30]) so daß vorerst alle englischen Vorstellungen wirkungslos blieben. Die Situation wurde noch dadurch erschwert, daß Bulgarien an der türkischen Grenze

---

[23]) G. P. 26 II Nr. 9315.
[24]) B. D. Bd. V Nr. 561, 562; G. P. 26 II Nr. 9318.
[25]) ebenda Nr. 9230.
[26]) ebenda Nr. 9325.
[27]) ebenda Nr. 9325.
[28]) ebenda Nr. 9325.
[29]) G. P. 26 II Nr. 9331; B. D. Bd. V Nr. 590.
[30]) ebenda Nr. 625.

beträchtliche Truppenmassen konzentrierte und zum Frühjahr mit dem Einmarsch in die Türkei drohte.[31]) England lag natürlich daran, die günstige Gelegenheiit, die der russische Vermittlungsvorschlag bot, auf alle Fälle auszunutzen, zumal es mehr als die andern Staaten ein Interesse an der friedlichen Entwicklung der Türkei hatte. Ein bulgarisch-türkischer Krieg hätte aber eine derartige Erschütterung des türkischen Staatswesens mit sich gebracht und ernstliche Gefahren für die Zukunft der Türkei heraufbeschworen, die auch für die englische Politik in Aegypten und Indien hätten verhängnisvoll werden müssen. Aus diesem Grunde machte England nochmals energische Anstrengungen zur Vermittlung zwischen Bulgarien und der Türkei. Nach längeren Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei, in die auch England mit entscheidend eingriff,[32]) gelang es dann endlich, ein Uebereinkommen zwischen Bulgarien und der Türkei auf der von Iswolski vorgeschlagenen Basis zu erzielen. Bulgarien erklärte sich bereit, als Entschädigung an die Türkei 125 Millionen Franc zu zahlen. Das Verständigungsprotokoll zwischen der Pforte und Bulgarien wurde am 19. April 1909 in Konstantinopel unterzeichnet.[33])

In England fand das bulgarisch-türkische Uebereinkommen allgemeine Zustimmung, da es die Unabhängigkeit der Türkei garantierte. König Edward nannte den Vorschlag sehr praktisch, „denn auf diese Weise habe die ganze Zahlerei an Rußland ein Ende, und die Türkei sei frei zum selbständigen Handeln." Ferner könne Rußland die Zahlungen nicht mehr zu Handelsgeschäften mißbrauchen und auch nicht mehr die Dardanellenfrage hineinschmuggeln.[34]) In Petersburg war es der englische Botschafter Sir Arthur Nicolson, der die staatsmännische Weisheit des Herrn Iswolski am lautesten pries und in einem Leitartikel der „Times" den russischen Minister begeistert feierte.[35])

Die Anerkennung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien als souveräner Herrscher war durch Rußland bereits am 21. Februar 1909 gelegentlich der Beerdigung des Großfürsten Wladimir in Petersburg erfolgt.[36]) Nach der Unterzeichnung des bulgarisch-türkischen Protokolls erfolgte nun auch die offizielle Anerkennung Bulgariens gemeinsam durch England und Frankreich ohne Deutschland und Oesterreich—Ungarn. Dieser die Mittelmächte ausschließende Schritt hatte die ausgesprochene Tendenz, Deutschland und Oesterreich—Ungarn bei Bulgarien zu diskreditieren und die Interessen der Orientbahngesellschaft zu schädigen. Daß Deutschland die Interessen der Orientbahngesellschaft schützte, dessen Gesellschaftskapital zur Hälfte auf Deutschland entfiel, bevor es zur Anerkennung Bulgariens schritt und den geschädigten deutschen Interessen

---

31) Siehe Seite 38.
32) B. D. Bd. V Nr. 589, 590.
33) G. P. 26 I/ Nr. 9352; Text des Protokolls: B. D. Bd. V Nr. 853.
34) G. P. 26 II Nr. 9330 Randb.
35) ebenda Nr. 9326.
36) ebenda Nr. 9338.

zu ihrem Recht verhalf, kann nicht als eine Intrige Deutschlands bezeichnet werden, sondern war nicht mehr als desssen staatliche Pflicht.[37])

König Edward VII., der am 23. April 1909 auf der Insel Malta im Mittelmeer weilte, telegraphierte von dort aus direkt an den König Ferdinand von Bulgarien ein Glückwunschtelegramm.[38])

Der Verlauf der Anerkennung Bulgariens zeigt deutlich, mit welcher Energie England für Bulgarien eintrat und alle Schritte im Interesse Bulgariens, soweit sie nicht gegen die Türkei gerichtet waren, rückhaltlos unterstützte. Es ist schwer zu glauben, daß England nur aus Friedensliebe und der Heiligkeit der Verträge in diesem Fall anders handelte, als es sonst zu tun beliebte. England wußte, welch bedeutender Faktor Bulgarien unter den Balkanvölkern bildete und deshalb suchte es gerade in Bulgarien im Interesse der Erhaltung der Türkei und zur Stärkung des englisch-russischen Einflusses auf dem Balkan eine größere Einflußsphäre zu gewinnen.

Kapitel VI.

England und der österreichisch-serbische Konflikt.

Weitaus gefährlichere Formen und größere Gefahren im Verlauf der bosnischen Krise zeigte der österreichisch-serbische Konflikt. Infolge der unversöhnlichen Haltung Serbiens und der übertriebenen von Rußland und England genährten serbischen Aspirationen führte er bis fast an den Rand eines Krieges. Die Geschichte dieses Konfliktes ist streng genommen die Geschichte der Annexionskrise selbst, deren eingehendes Studium in geradezu erstaunlicher Weise in ihren Grundzügen bereits die europäische Gesamtlage umreißt, ohne die ein Verständnis der Krise von 1914 nicht gewonnen werden kann. Englands Beziehungen zu Serbien sind dabei ebenso klar und deutlich, wie sie auch der Türkei und Bulgarien gegenüber waren. Die Gegnerschaft Englands zu Oesterreich—Ungarn und Deutschland tritt aber hier mit größerer Deutlichkeit in die Erscheinung. Wie aus den deutschen und österreichisch-ungarischen Akten hervorgeht, ist Serbiens herausfordernde Haltung während des ganzen Konfliktes auf Einflüsterungen nicht nur von Petersburg, sondern eben auch von London zurückzuführen. Im Juni 1906 hatte die liberale englische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Serbien wieder aufgenommen. Es geschah dies in der richtigen Erkenntnis, daß Serbien mit seinen großserbischen Aspirationen einen geeigneten Angriffspunkt bieten würde, um in die durch Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn von der Nordsee bis zum Aegäischen Meer reichen-

[37]) G. P. 26 II Nr. 9359.
[38]) B. D. Bd. V Nr. 851.

den politischen Einflußsphäre einen Keil zu treiben.[1]) Der Hauptgrund für die starke Parteinahme Englands für Serbien lag aber darin, daß England mit Rücksicht auf Rußland handelte, das man um Asiens willen in guter Stimmung halten wollte.[2]) Aus diesen Gründen ließ Sir Edward Grey Serbien seine volle diplomatische und moralische Unterstützung angedeihen und suchte alles zu vermeiden, was in Belgrad auch nur die leiseste Verstimmung hervorrufen oder den Verdacht aufkommen lassen konnte, daß England einen Druck auf Serbien ausüben wollte. Deshalb unterstützte Sir Edward Grey auch die Kompensationsforderungen Serbiens.

In Serbien war die Freude um so größer, als Edward VII. bis zu diesem Augenblick der serbischen Regierung ständig vorgehalten hatte, sie diene einem durch Königsmord auf den Thron gelangten Herrscher. Diese Einstellung Englands war nun auf einmal nicht mehr da, so daß durch die slawische Welt die Ahnung ging, Großbritannien habe dem großserbischen Traum sein Herz geöffnet.[3]) Inzwischen machte auch Serbien selbst große Anstrengungen, um die Sympathien Englands und der anderen Mächte zu gewinnen.[4])

Die Auffassung, die Baron Aehrenthal von der englischen Politik und deren Motive hatte, trifft allerdings nicht den wahren Sachverhalt. In einem Aufsatz in der „Neuen Freien Presse" vom 6. Januar 1909 hat Aehrenthal seine Ansicht von der britischen Politik folgendermaßen gekennzeichnet: „Alle Teile der Monarchie sind sich völlig einig in der Meinung, daß alles Leid, das uns seit der Annexion angetan ist, von England kommt . . . Englands Handlungsweise kann nicht Rechtfertigung finden in der Tatsache, daß es für die Erhaltung seiner eigenen Lebensinteressen kämpfe. Nein: Englands Zweck ist, uns zu erniedrigen, indem es durch ein schlagendes Beispiel zeigt, daß keine Nation dem deutschen Reiche Treue halten kann, ohne sich selbst zu schädigen. Das ist das vorherrschende Gefühl, das die gegenwärtige britische Politik beeinflußt und die einzige bewegende Kraft, die jetzt ihre ganze Diplomatie antreibt."[5]) Die Documents beweisen jedoch, daß Aehrenthal hier die britische Politik falsch beurteilte. Es kann nämlich keine Rede davon sein, daß das Foreign Office von vornherein die Dinge hätte auf die Spitze treiben wollen, um evtl. sogar einen österreichisch-serbischen Krieg zu entfesseln und um dadurch die Doppelmonarchie zu erledigen. Sir Edward Grey suchte im Gegenteil jede serbische Aktion zu verhindern, die zum Kriege mit Oesterreich—Ungarn geführt hätte.[7]) Am 8. Oktober 1908 ließ Grey sogar der serbischen Regierung dringend raten, Mäßigung zu zeigen und korrekte

[1]) Boghitschewitsch, Kriegsursachen S. 31.
[2]) Kriegsschuldfrage, Jahrg. VIII S. 931; B. D. V Nr. 836.
[3]) Friedjung Bd. II S. 250.
[4]) Ö. U. Bd. I, Nr. 533.
[5]) Kriegsschuldfrage, Jahrg. VIII S. 917.
[7]) B. D. Bd. V Nr. 452.

Haltung zu bewahren.[8]) Zugleich entriet er jedem Offensiv-Allianze-Gedanken gegen Oesterreich—Ungarn und teilte auch Montenegro mit, daß kein Staat, der einen Konflikt hervorrufe, von England weder Unterstützung noch Sympathien erwarten könne.[9]) Nichtsdestoweniger war Grey aber gewillt, nur im engsten Einvernehmen mit Rußland zu handeln und Rußland in seiner serbischen Politik jede diplomatische Unterstützung zu geben, soweit dies eben nicht zum Aeußersten führte.[10])

Der serbisch österreichische Konflikt wäre gewiß eher beigelegt worden, wenn nicht Iswolski durch die beiden unglücklichen Worte seines Konferenzprogrammes „compensations territoriales"[11]) in Serbien die tollsten Hoffnungen erweckt hätte. Auf Grund dieser Anregung Iswolskis forderte Serbien als territoriale Entschädigung einen Streifen Bosniens für sich, einen Streifen der Herzegowina für Montenegro und ferner die Richtigstellung der Grenze an gewissen Punkten.[12]) Diese Kompensationsforderungen Serbiens waren rechtlich gänzlich unhaltbar, denn Serbien war durch die Annexion ja gar nicht geschädigt worden und hatte deshalb auch kein Recht, sich überhaupt einzumischen, geschweige denn Kompensationen zu fordern.[13]) Es war daher selbstverständlich, daß Baron Aehrenthal jede Diskussion über eine derartige Forderung Serbiens ablehnte, trotzdem erklärte er sich aber bereit, Serbien durch einen Handelsvertrag gewisse Vergünstigungen auf wirtschaftlichem und verkehrspolitischem Gebiet zu gewähren,[14]) insbesondere durch Gewährung eines freien Verkehrs durch Bosnien an die Adria.

Ueber die Stellungnahme des Foreign Office zu den serbischen Kompensationsforderungen gibt der Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London, Gruitsch, vom 10. Oktober 1908 Aufschluß. Sir Charles Hardinge billigte darin die serbischen Wünsche bezüglich der Adriabahn, der Einräumung eines günstigen Handelsvertrages und setzte auch den serbischen Wünschen nach teritorialen Kompensationen in Bosnien keinerlei Widerspruch entgegen.[15]) In einer am 15. Oktober 1908 erlassenen Kundgebung setzte sich die englische Regierung für die serbischen Wünsche öffentlich ein. Es hieß darin: „Es besteht Hoffnung, daß Mittel gefunden werden, um den Wünschen der kleineren Balkanstaaten entgegen zu kommen, mit dem Vorbehalt, daß dies nicht auf Kosten der Türkei geschieht."[16]) Die englische Regierung erklärte sich also bereit, für die serbischen Kompensationswünsche einzutreten,

---

[8]) B. D. V Nr. 337.
[9]) ebenda Nr. 415.
[10]) Ueber die Auswirkungen dieser englischen Stellungnahme siehe Seite 97 ff.
[11]) Siehe Seite 23.
[12]) Schultheß Jahrg. 1908 S. 425.
[13]) Ewart Bd. II S. 930.
[14]) B. D. V Nr. 491.
[15]) G. P. 26 I Nr. 9098 Anm.
[16]) ebenda Nr. 9098 Anm.

obwohl sie sich von Anfang an bewußt war, daß die serbischen Forderungen rechtlich unhaltbar waren, denn am 27. II. 1909 erklärte Sir Charles Hardinge dem serbischen Geschäftsträger, daß zwar eine Verletzung serbischen Interessen vorliege, jedoch irgend welche Rechte Serbiens auf Grund der Annexion verneint werden müßten.[17]) Ebenso klar erkannte man in London, daß die russische Unterstützung der serbischen Forderung zu weit ging, die in Serbien unerfüllbare Illusionen erweckte. So bemerkte der engliche Botschafter in Petersburg, Sir Arthur Nicolson in einem Schreiben an Grey: „Es ist bedauerlich, daß Rußland, wie dies, fürchte ich, unzweifelhaft der Fall ist, Serbien bis vor kurzem Hoffnungen eröffnete, es werde territoriale Entschädigungen erhalten und Rußland werde jedes diplomatische und friedliche Mittel anwenden, um sie ihm zu verschaffen. Es wäre besser und vielleicht anständiger gegen Serbien gewesen, wenn man ihm von Anfang an die wahre Lage auseinander gesetzt hätte."[18])

Auch Sir Edward Grey zweifelte von vornherein im Hinblick auf Oesterreich—Ungarn an der Verwirklichung der serbischen Forderung auf eine territoriale Kompensation.[19]) So war denn auch auf seine Veranlassung Punkt 7 des Konferenzprogrammes, der ursprünglich eine territoriale Kompensation für Serbien forderte, in: „Avantages à procurer à la Serbie et Monténegro" abgeändert worden.[20]) Wenn die englische Regierung trotzdem den Gedanken einer territorialen Kompensation an Serbien unterstützte und Serbien die ausdrückliche Zusicherung dieser Unterstützung gab, so geschah dieses mit Rücksicht auf Rußland, wie dies deutlich aus einem Schreiben Greys an Nicolson vom 27. Oktober 1908 hervorgeht. Grey schreibt: „Ich selbst habe nicht viel Sympathie mit dem Geschrei der Serben und Montenegriner nach territorialen Kompensationen. Wenn sie Oesterreichs Fortschreiten fürchten, täten sie besser, sich still zu verhalten, ihre eigenen Häuser in Ordnung zu bringen, Freundschaft mit der Türkei zu schließen und zu hoffen, daß sie unter dem neuen Regime erstarkt. Aber ich will nicht Iswolski die kalte Schulter in der serbischen Frage zeigen, wenn die Russen darauf erpicht sind, und ich will mein Bestes tun, ihn zu unterstützen."[21]) Und am 23. Januar 1909 schreibt er ebenfalls an Nicolson: „Ich habe Rußland meine diplomatische Unterstützung bei den Kompensationen für Serbien und Montenegro versichert, und Sie können Iswolski zusichern, daß ich meine Absicht nicht geändert habe."[22])

Sir Edward Grey befaßte sich deshalb auch mit konkreten Vorschlägen. Als territoriale Kompensation an Montenegro schlug er die Abtretung von Spizza und an der Dalmatischen Küste die beiden türki-

---

17) B. D. V Nr. 623.
18) ebenda Nr. 690. 525, 567.
19) D. Bd. V Nr. 356; G. P. 26 I Nr. 9106.
20) Siehe Seite 23.
21) D. Bd. V Nr. 412.
22) B. D. Bd. V Nr. 528. Kriegsschuldfrage Jahrg. VIII S. 928.

schen Enklaven Suttorina und Klek vor; als territoriale Kompensation an Serbien die Abtretung von Kossovopolye südlich von Mitrovitza bis nördlich von Kachanik. Die Abtretung von Kossovopolye begründete Grey damit, daß sie erstens eine Verbesserung der serbischen Grenze bedeute und zum andern dort das sogenannte Amselfeld liege, auf dem die Serben 1389 ihre Unabhängigkeit verloren hätten. Eine andere territoriale Entschädigung für Serbien glaubte Grey an der serbisch-bulgarischen Grenze am Timok in der Nähe von Bregova gefunden zu haben. Wie er aber sofort hinzufügte, setzte er wenig Hoffnung in die Verwirklichung dieser Vorschläge.[23]) Daß Grey wirklich Kompensationen an Serbien versprochen hat, geht auch daraus hervor, daß er dem französischen Botschafter Cambon erklärte, das Londoner Kabinett habe der russischen Regierung seine diplomatische Unterstützung in der Frage der Kompensation Serbiens und Montenegros versprochen. Er möge die französische Regierung darüber verständigen, um jedes Mißverständnis zu vermeiden.[24]) Auch die englische Presse betätigte sich in dieser Hinsicht für die Wünsche Serbiens. Bedeutende Zeitungen, wie „Daily Telegraph" und andere machten Propaganda für die Serbien zu gewährenden territorialen Kompensationen.[25]) Daß eine solche Zusicherung seitens einer Großmacht für Serbien eine außerordentliche Stärkung des Selbstbewußtseins und eine eben solche Ermutigung zum Widerstand und zur Unnachgiebigkeit bedeuten mußte, bedarf keiner weiteren Worte.

Zu dem auch von Serbien propagierten Gedanken einer Autonomie Bosniens und der Herzegowina hatte das Foreign Office wenig Vertrauen, da nach dessen Ansicht die Autonomie der beiden Provinzen nur dann von Bestand sei, wenn sie von der Bevölkerung selbst ausginge und getragen würde, von außen her könne man sie den Provinzen schlecht aufzwingen.[26])

Serbien war gewillt, seine Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen. In Verhandlungen mit Oesterreich—Ungarn ließ es sich nicht ein, es setzte vielmehr seine Hoffnungen auf Rußland und England und glaubte unter den Schutze dieser Mächte sich jede Herausforderung erlauben zu können. Die Kriegsvorbereitungen wurden fortgesetzt, die Reservisten vorläufig unter der Fahne behalten. Zahlreiche „Banden" wurden gebildet und mit allem Kriegsmaterial versehen, an der Grenze Bosniens aufgestellt. Die Seele der serbischen Kriegspartei war der Kronprinz Georg, der durch seine verhetzenden Reden das Volk zum Kriege gegen Oesterreich—Ungarn zu begeistern suchte.[27]) In Rußland und anderen europäischen Ländern setzte eine lebhafte serbische Agitation ein.[28]) Die brüske, kriegerische Einstellung der Serben

[23]) B. D. Bd. V Nr. 400; G. P. 26 II Nr. 9387.
[24]) Siebert S. 73.
[25]) B. D. Bd. V Nr. 430.
[26]) ebenda Nr. 522.
[27]) G. P. 26 I Nr. 9107.
[28]) O. U. Bd. I Nr. 553, 554.

4*

wird treffend charakterisiert durch die Worte des Führers der altradikalen Partei, der in der Skupschtina erklärte: „Zwischen uns und Oesterreich—Ungarn kann es nur dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Oesterreich—Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen."[29]) Auch Milovanovič, der als einer der gemäßigten Politiker Serbiens galt, sagte: „Den Balkanvölkern droht von Oesterreich—Ungarn Gefahr, und das Gleichgewicht muß gegen Oesterreich—Ungarn verteidigt werden . . . Oesterreich—Ungarn muß aufhören, ein Balkanstaat zu werden."[30]) Dabei war man zu keinerlei Zugeständnissen bereit. In einer Instruktion der serbischen Regierung an den Gesandten Simič in Wien wurde dieser sogar angewiesen, in der Frage der wirtschaftlichen Kompensationen „eine vollkommen reservierte Haltung einzunehmen." Wenn die Diskussion auf diesen Gegenstand gelenkt werde, so solle er antworten, daß er eine diesbezügliche Instruktion nicht besitze und daß es ganz unbegründet sei zu glauben, die königliche Regierung sei geneigt, ihren politischen Prinzipien zu entsagen, und „daß endlich diese sogenannten ökonomischen Kompensationen für Serbien einen faktischen Wert nicht besäßen".[31])

Angesichts dieses serbischen Chauvinismus und der immer größer werdenden Kriegsgefahr, erklärte Sir Edward Grey auf eine Anregung Baron Aehrenthals, einen gemeinsamen Schritt der Mächte in Belgrad zu unternehmen, um dort zur Ruhe und Maßigung zü mahnen: England habe zu warten, bis Rußland wünsche, daß in Belgrad etwas unternommen werden sollte.[32]) Grey läßt also den Ereignissen in Serbien vollkommen freien Lauf, er selbst unternimmt ohne Einwilligung Iswolskis nichts, um Serbien zur Ruhe zu bringen und weist im Gegenteil darauf hin, daß das Solidaritätsgefühl der Slaven auf dem Balkan und in Rußland außerordentlich groß sei, daß eine gewaltige Erregung diese Völker ergriffen habe und es an Oesterreich—Ungarn liege, wenn der Konflikt verstärkt anstatt abgeschwächt werde. Er verlangte also ein Entgegenkommen von Oesterreich—Ungarn.[33])

Der englische Gesandte Mr. Whitehead erteilte zwar hier und da ebenfalls wie die übrigen Geschäftsträger Ratschläge zur Ruhe und Mäßigung,[34]) daneben wurde aber so viel von Sympathien gesprochen und besonders durch die serbenfreundliche Haltung der englischen Presse[35]) ein so weitgehendes Interesse gezeigt, daß die Serben solche Ratschläge bald vergaßen und sich der unfreundlichen Worte nicht mehr erinner-

---

[29]) Friedjung II S. 266.
[30]) ebenda S. 266.
[31]) Vorgeschichte des Weltkrieges Bd. 10 S. 67.
[32]) B. D. Bd. V Nr. 501.
[33]) G. P. 26 II Nr. 9376; B. D. V, Nr. 606.
[34]) G. P. 26 I Nr. 9098, 9109.
[35]) Siehe Seite 79.

ten.[36]) Mr. Withehead begann die Serben gesellschaftlich so heranzuziehen, wie es in Belgrad von seiten einer fremden Vertretung noch nie geschehen war. Er suchte auch den serbischen Export zu fördern und nach Aegypten, und Malta zu lenken.[37]) In der englischen Presse war eine weitgehende Sympathie für Serbien zu konstatieren.[38]) Wenn Englands Stellung zu Serbien anfangs auch durchaus korrekt war,[39]) was unbedingt zugegeben werden muß, so änderte England im Laufe der Krise seine Haltung jedoch derart, daß sogar Rußland in seiner serbenfreundlichen Haltung übertroffen wurde.[40]) Der italienische Außenminister Tittoni äußerte damals die Ansicht, daß England nicht davor zurückschrecken werde, seinen Botschafter in Wien abzuberufen und Kriegsschiffe in die Adria zu entsenden.[41]) Tittoni hatte übrigens von vornherein eine pessimistische Auffassung von der englischen Politik, er begegnete sich hier in seiner Anschauung durchaus mit der Aehrenthals.[42]) Welche verhängnisvollen Wirkungen mußte dies Verhalten Englands in Serbien zur Folge haben! Es steigerte die Angriffslust der Serben und rief bei ihnen die Ueberzeugung hervor, auf alle Fälle neben der Unterstützung Rußlands auch auf die unbedingte Hilfe Englands rechnen zu können.

Wie sehr man sich in Serbien der Unterstützung Englands und Rußlands bewußt war, ist daraus zu ersehen, daß die Debatte in der Skupschtina über auswärtige Politik am 3. Januar 1909 mit der einstimmigen Annahme einer Resolution schloß, welche England, Rußland, Frankreich und Italien für ihre Sympathien den serbischen Interessen gegenüber dankte, um weitere moralische und materielle Unterstützung bat und die Autonomie Bosniens und der Herzegowina unter der Souveränität der Türkei forderte.[43])

Etwas Positives wurde aber in der österreichisch-serbischen Angelegenheit in den Monaten Oktober bis November 1908 nicht geschaffen. Die Mächte begnügten sich damit, in Belgrad einige Mal zur Ruhe und Mäßigung zu mahnen, um sich nicht plötzlich vor die Tatsache eines serbischen Einfalles in Bosnien gestellt zu sehen. Dessen ohngeachtet aber gingen die serbischen Rüstungen weiter. Im übrigen setzte man alle Hoffnungen auf eine Konferenz und glaubte, daß Oesterreich—Ungarn doch endlich der Front der europäischen Mächte weichen müsse. Die englischen Politiker waren inzwischen in Konstantinopel und Sofia eifrig beschäftigt und agitierten dort, wie auch in Serbien, für den Balkanbund.

---

[36]) O. U. Bd. I Nr. 870, 526, 527.
[37]) ebenda Nr. 870.
[38]) ebenda Nr. 526, 527.
[39]) Siehe Seite 42 ff.
[40]) Lee Bd. II S. 633; siehe Begründung Seite 60.
[41]) O. U. Bd. I Nr. 489.
[42]) Siehe Seite 18.
[43]) O. U. Bd. I Nr. 834.

Erst das Jahr 1909 brachte auch im österreichisch-serbischen Konflikt die Entscheidung. Die internationale Lage hatte während der ersten Wochen des Jahres 1909 durch das Scheitern des Iswolski-Greyschen Konferenzprogrammes und durch die Unnachgiebigkeit und die Herausforderungen Serbiens eine Verschlechterung erfahren, die die Großmächte veranlaßte, endlich etwas Entscheidendes in der österreichisch-serbischen Krise zu unternehmen. Die Rüstungen Serbiens hatte die Doppelmonarchie selbstverständlich mit Gegenmaßnahmen beantwortet, die aber von Iswolski übertrieben dargestellt wurden,[44]) und in denen dieser deutliche Beweise für die Absicht Oesterreichs erkennen wollte, Serbien anzugreifen.[45]) Iswolski war bestrebt, die Sachlage so hinzustellen, als ob die Provozierungen von Oesterreich ausgingen, während Serbien sich durchaus korrekt verhalte. In demselben Sinne äußerte sich auch Sir Arthur Nicolson, der Iswolski in seinen politischen Bestrebungen bekanntlich gern stützte. Nicolson unterstrich ebenfalls das korrekte Verhalten Serbiens und kritisierte scharf die Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung.[46])

Sir Edward Grey dachte nicht anders. Er hatte ebenfalls alarmierende Nachrichten erhalten über die kriegerischen Maßnahmen, die Oesterreich in nächster Zeit angeblich vorzunehmen beabsichtigte. Diese Vergewaltigung Serbiens konnte Sir Edward Grey selbstverständlich nicht zulassen, denn nach seiner Ansicht hatte Serbien ja nichts unternommen, was in der benachbarten Doppelmonarchie als Herausforderung oder Drohung hätte aufgefaßt werden können. Serbien sei ruhig, war Greys Antwort, und werde warten, bis die Mächte sich mit der Angelegenheit befassen würden. Den Krieg wollte Sir Edward Grey selbstverständlich nicht, denn er war sich darüber im klaren, daß ein österreichisch-serbischer Waffengang nicht zu lokalisieren war, denn Iswolski wäre dann gezwungen gewesen, wegen der slawophilen Stimmung in Rußland zu Gunsten Serbiens in den Krieg einzugreifen. Dem Eingreifen Rußlands wären dann aber andere Mächte gefolgt und das hätte einen allgemeinen europäischen Krieg bedeutet. Es lag Sir Edward Grey ja aber gerade daran, den Krieg wegen der ungenügenden Rüstungen Rußlands zu vermeiden.[47]) [49])

Dieser drohenden Gefahr eines kriegerischen Eingreifens der Doppelmonarchie glaubte Sir Edward Grey durch einen gemeinsamen Schritt der Mächte in Wien entgegentreten zu müssen. Durch diesen Schritt in Wien, an dem sich auch Deutschland beteiligen sollte, hoffte er eine friedliche Lösung der Krise erzielen zu können.[49]) Diesen Plan unterbreitete Sir Edward Grey Herrn Iswolski, der auch

---

[44]) Siehe Seite 85 ff.
[45]) G. P. 26 II Nr. 9364 ff.; B. D. V Nr. 571.
[46]) G. P. 26 II Nr. 9387.
[47]) B. D. Bd. V Nr. 585.
[48]) Ueber die drohende Kriegsgefahr siehe Seite 84 ff.
[49]) B. D. Bd. V Nr. 577, 585, 586, 587; G. P. 26 II Nr. 9376.

sogleich erfreut zustimmte, denn auf diese Weise schien es ja möglich, von Oesterreich Konzessionen zu erlangen, die ihm einen Rückzug ohne allzu großen Verlust an Prestige ermöglichten.[50]) Die französische Regierung gab ebenfalls ihre Zustimmung,[51]) und um Italien für die Demarche in Wien zu gewinnen, gab Grey, nachdem er dazu die Zustimmung Iswolskis erhalten hatte,[52]) dem englischen Botschafter in Rom am 19. Februar 1909 die Anweisung, bei der italienichen Regierung dahin zu wirken, daß auch sie sich sofort entschließen möge, an dem gemeinsamen Schritt in Wien teilzunehmen. Es sei wünschenswert, sofort zu handeln.[53]) Die italienische Regierung zögerte anfangs, willigte dann aber ein.[54])

Nun mußte noch die deutsche Regierung von der Notwendigkeit eines Schrittes in Wien überzeugt und für die Beteiligung an demselben gewonnen werden. Zu diesem Zweck führten der englische und der französische Botschafter in Berlin längere Verhandlungen mit Fürst Bülow, Freiherrn von Schoen und Kiderlen-Wächter. Die Verhandlungen verliefen aber ergebnis.[55]) Die deutsche Regierung lehnte den Schritt in Wien mit der Begründung ab, daß eine Aktion zur Beseitigung des österreichisch serbischen Gegensatzes in Belgrad einzusetzen habe, da von Serbien die Provokationen ausgegangen seien, und Serbien die ersten Kriegsvorbereitungen getroffen habe. Nicht von der österreichischen Regierung, sondern von der serbischen habe man Garantien für den Frieden zu fordern.[56]) Sir Edward Grey erklärte darauf, daß weitere Schritte in Belgrad nicht möglich seien, da nach seiner Ansicht Serbien nichts unternommen habe, wodurch die Situation seit der letzten Demarche in Belgrad verschlechtert worden sei.[57]) Die serbischen Armeen hätten keine Kriegsvorbereitungen getroffen, und die serbische Regierung habe keine Schritte unternommen, die verletzend auf Oesterreich hätten wirken können. Alle Resolutionen und Reden der Skupschtina seien nur „Gestikulationen" und ohne jede Bedeutung. Uebrigens würde auch eine Aktion in Belgrad ohne Rußland zwecklos sein. Von Rußland könne aber nicht verlangt werden, daß es Serbien anheimstelle sich auf Gnade und Ungnade Oesterreich—Ungarn anzuvertrauen.[58]) Wenn diese Beurteilung Serbiens durch Sir Edward Grey wirklich seine ehrliche Ueberzeugung wiedergibt, so zeigt sie deutlich, wie wenig er die tatsächliche Lage in Serbien kannte, und wie sehr er den Ernst und die Tragweite des politischen Konfliktes zwischen der Doppelmonarchie und dem Königreich Serbien unterschätzte.

---

[50]) B. D. Bd. V Nr. 577.
[51]) ebenda Nr. 586.
[52]) ebenda Nr. 578, 581.
[53]) ebenda Nr. 587, 593, 595.
[54]) ebenda Nr. 595.
[55]) ebenda Nr. 615 ff.; G. P. 26 II Nr. 9379 ff.
[56]) G. P. 26 II Nr. 9385; O U. Bd. I Nr. 1028.
[57]) Siehe Seite 46.
[58]) B. D. Bd. V Nr. 599, 606.

Baron Aehrenthal seinerseits wies erneut darauf hin, daß er wiederholt erklärt habe, nur dann gegen Serbien vorgehen zu wollen, wenn Serbien durch aggressive Handlungsweise dazu eine Veranlassung gebe. Die englischen und russischen Aeußerungen über die militärischen Vorbereitungen Oesterreichs seien lediglich Verdächtigungen. In Wirklichkeit führe die serbische Presse seit Monaten einen unerhört heftigen Kampf gegen die Monarchie, in den Straßen Belgrads und in öffentlichen Versammlungen werde der Krieg gepredigt. Diesem herausfordernden Treiben Serbiens gegenüber, das sich vor den Toren der Monarchie abspiele, habe er einen beispiellosen Langmut bewiesen. Die Frage sei wohl gestattet, ob England sich etwa seitens einer südamerikanischen Republik nur einen Bruchteil der Provokationen habe gefallen lassen, wie sie Oesterreich von seinem unmittelbaren Nachbarn schon seit langer Zeit mit unerhörter Geduld hingenommen habe, ohne bisher andere als die notwendigsten militärischen Defensivmaßnahmen ergriffen zu haben. Sir Edward Grey werde wohl selbst zugeben müssen, daß es Oesterreich schwer fallen werde, eine noch größere Nachsicht zu bekunden.[59])

Die Demarche in Wien wurde nicht ausgeführt. Deutschland hatte ihr energisch widersprochen und auch Italien sie nur wenig unterstützt.[60]) Tittoni hatte den englischen Vorschlag zwar gutgeheißen, aber von vornherein wenig Vertrauen in seine Verwirklichung setzen können, da er nicht glaubte, daß Deutschland bereit sein würde, irgend welche Schritte gegen Wien zu unternehmen.[61]) Dieser Ansicht waren auch der französische und italienische Botschafter in Wien, die ebenfalls an dem gewünschten Erfolg des Unternehmens zweifelten. Auch nach ihrer Ansicht hatte die Demarche in Belgrad zu erfolgen.[62])

Die englischen Versuche, auch Berlin in die Front gegen die Doppelmonarchie einzubeziehen und sie dadurch zum Nachgeben zu zwingen, waren ergebnislos verlaufen, die Verhandlungen waren wiederum auf einem toten Punkt angelangt. Da sah sich die französische Regierung angesichts der allgemeinen Beunruhigung und der Ungewißheit über den endgültigen Abschluß der Krise veranlaßt, in Petersburg friedliche Ratschläge zu erteilen. Es hieß in der Mitteilung der französischen Botschaft vom 26. Februar 1909: „Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.“[63]) Das war ein

59) O. A. Bd. I Nr. 1054.
60) B. D. Bd. V Nr. 593.
61) B. D. Bd. V Nr. 607.
62) ebenda Nr. 592.
63) Siebert S. 74; B. D. Bd. V. Nr. 612.

offenes Wort, das von Paris aus in Petersburg gesprochen worden war. Sir Edward Grey hat sich zu einer solchen energischen Sprache in Petersburg, von wo aus die serbischen Unruhestifter ihre hauptsächlichste Unterstützung bekamen, niemals entschließen können. Er suchte im Gegenteil alles zu vermeiden, was in Petersburg auch nur die geringste Verstimmung hätte hervorrufen können. So erklärte er dem französischen Botschafter Cambon: Der einzige Weg, um den Krieg zu vermeiden, sei der Verzicht Serbiens auf territoriale Kompensationen. Er könne aber der serbischen Regierung diesen Rat ohne die Zustimmung der russischen Regierung nicht erteilen, denn hinter dem Rücken derselben könne er nichts unternehmen.[64]) Nachdem die geplante Demarche in Wien gescheitert war, und Serbien es nach wie vor ablehnte, mit Oesterreich in Unterhandlungen zu treten, sondern weiter auf seine unerfüllbaren Forderungen bestand, erkannte also auch Sir Edward Grey, daß auf dem bisherigen Wege eine friedliche Lösung der Krise nicht zu erreichen war, sondern die Unnachgiebigkeit Serbiens und vor allem die Forderung der territorialen Kompensation unbedingt den Krieg zur Folge haben mußte. Wenn aber Serbien seine territorialen Forderungen fallen lasse, scheine es, so sagte Sir Edward Grey, daß Oesterreich—Ungarn zu beträchtlichen wirtschaftlichen Konzessionen bereit sei, und auch Deutschland die ökonomischen Forderungen Serbiens in Wien unterstützen werde.[65]) Dem serbischen Geschäftsträger in London gab Grey nun endlich zu verstehen, daß Serbien unmöglich verlangen könne, daß irgend eine Großmacht die territorialen Forderungen Serbiens vertrete. Ein Festhalten an denselben würde den casus belli bedeuten, und wenn Rußland zu Gunsten Serbiens zu den Waffen greife, bei Deutschland auf jeden Fall der casus foederis eintreten.[66]) In diesem Sinne intervenierte die englische Regierung auch in Petersburg. Grey forderte jetzt von Iswolski die klare Entscheidung, ob er gewillt sei, Serbien für die Durchsetzung der territorialen Forderungen den Beistand der russischen Waffen zu geben oder ob er gewillt sei, im kritischen Augenblick im Interesse des Friedens dieser serbischen Forderung seine Unterstützung zu versagen.[67]) Sir Charles Hardinge teilte dem russischen Botschafter in London mit, daß Rußland, da es auf Serbien den größten Einfluß besitze, in Belgrad erklären solle, daß es die unerfüllbaren serbischen Forderungen nicht mehr unterstützen könne. Durch diese Aktion werde auch das Wiener Kabinett in hohem Maße beruhigt und die Möglichkeit einer friedlichen Lösung erhöht.[68])

Herr Iswolski war über die französische und englische Schwenkung in der österreichisch-serbischen Krise außerordentlich verärgert, sprach

---

64) B. D. V Nr. 611.
65) ebenda Nr. 621.
66) ebenda Nr. 623.
67) ebenda Nr. 621.
68) Siebert S. 75/76.

von einer unerhörten Zumutung und einer Mißachtung der Alliance,[69]) sah sich aber angesichts der militärischen Schwäche Rußlands gezwungen, auf alle Fälle den Krieg zu vermeiden und Serbien keine weitere Unterstützung in der territorialen Forderung zu geben.[70]) Deshalb leistete er der englischen Anregung Folge und gab, von den Vertretern Frankreichs, Englands und Italiens unterstützt, in Belgrad am 2. März 1909 den dringenden Rat: 1. territoriale Ansprüche fallen zu lassen, 2. mit Bezug auf Erlangung wirtschaftlicher Konzessionen den Mächten zu vertrauen und 3. von allen provozierten militärischen Maßnahmen abzusehen.[71]) Sir Edward Grey war über diesen Schritt Iswolskis sichtlich erfreut und versprach aufs neue weitgehendste Unterstützung der wirtschaftlichen Forderungen Serbiens, soweit sie durch diplomatische Verhandlungen erreicht werden könnten. Er erklärte abermals ausdrücklich, daß er nicht gewillt sei, Serbien in seinen Verhandlungen mit Oesterreich allein zu lassen, er fühle sich jetzt vielmehr moralisch verpflichtet, wenn Serbien auf die territorialen Forderungen verzichte, diesem das beste Abkommen zu sichern, was erzielt werden könnte.[72]) Baron Aehrenthal beharrte jedoch auf seinem alten Standpunkt, er verlangte direkte Verhandlungen mit Serbien und lehnte die Meditation der Mächte ab. Am 1. März 1909 formulierte er als Bedingung einer Lösung des serbischen Konfliktes die Forderung nach direkter, präziser und klarer Erklärung Serbiens, daß es auf seine politischen Kompensationsansprüche verzichte und entschlossen sei, von nun an gegenüber der Monarchie die Pflichten guter Nachbarschaft zu erfüllen.[73]) Am 5. März 1909 ließ Aehrenthal in Belgrad eine entsprechende Note überreichen, in der die Verhandlungen über den österreichisch serbischen Handelsvertrag von einer Aenderung der Haltung Serbiens zur Annexion und der Wiederaufnahme freundnachbarlicher Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn abhängig gemacht und Serbien auf den Weg direkter Verhandlungen mit der Doppelmonarchie verwiesen wurde.[74])

Grey war über dieses Verlangen Aehrenthals sehr betroffen und sagte, er habe gehofft, daß, nachdem Rußland durch seinen Schritt in Belgrad eine wirklich große Anstrengung für den Frieden gemacht habe, die österreichische Regierung sich in Form- und Detailfragen ebenfalls entgegenkommend zeigen und es nicht ablehnen würde, mit den europäischen Mächten über die wirtschaftlichen Vorteile für Serbien zu diskutieren. Oesterreich-Ungarn habe zwar das Recht, moralische Garantien für das künftige Verhalten Serbiens zu verlangen, er würde

[69]) B. D. Bd. V Nr. 612.

[70]) B. D. Bd. V Nr. 635.

[71]) Siebert S. 78; B. D. V Nr. 619, 624; O. A. Bd. II Nr. 1094; G. P. 26 II Nr. 9410, 9415.

[72]) B. D. V Nr. 626, 627.

[73]) G. P. 26 II Nr. 9417, 9419. O. U. Bd. II Nr. 1087; B. D. V Nr. 643, 735.

[74]) O. U. Bd. II 1109.

aber „nicht nur enttäuscht, sondern auch verzweifelt sein", wenn durch Ablehnung jeglicher Diskussion zwischen den Mächten über die „avantages économiques" in der jetzigen günstigen Lage wieder eine Verschlimmerung eintrete.[75]) Serbien sei auch im Verhältnis zur Monarchie zu schwach und werde bei Verhandlungen, die es allein mit der Monarchie führen müsse, in eine derartige Inferiorität versetzt werden, daß man es den Serben nicht verärgern könne, wenn sie lieber ihr Schicksal in die Hände der Großmächte legten.[76])

Am 10. März 1909 erklärte die serbische Regierung in einer in den europäischen Hauptstädten übergebenen Zirkularnote, daß Serbien keinen Krieg mit Oesterreich Ungarn zu provozieren beabsichtige, auch keinerlei territoriale, politische oder wirtschaftliche Kompensationen fordere. Da die bosnische Krise vielmehr eine europäische Frage sei, überlasse es seine Angelegenheit vorbehaltlos den Mächten.[77]) Diese von Iswolski inspirierte Note stellte einen starken Rückzug Serbiens dar, befriedigte jedoch nicht völlig in Wien, da sie nicht von einer Aenderung der serbischen Politik sprach und deutlich die Tendenz zu erkennen gab, die Annexion offen zu lassen.[78])

In London fanden diese österreichischen Argumente wenig Verständnis. Grey erachtete es als durchaus selbstverständlich, daß Serbien an die Mächte appellierte und die Anerkennung der Annexion verweigerte.[79])

Unverkennbar war die Lage außerordentlich schwierig. Sie drohte mehr und mehr in diplomatische Fronten zu erstarren, während die militärischen Rüstungen in Oesterreich und Serbien eine unerträgliche Spannung geschaffen hatten. England machte seine Zustimmung zur Aenderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages von der vorhergehenden Erledigung sämtlicher Streitpunkte abhängig und Rußland erklärte, daß es Serbien nicht auf Grund des österreichisch türkischen Protokolls, das inzwischen abgeschlossen war, zur Anerkennung der Annexion zwingen könne, zu der weder Rußland noch die andern Mächte ihre Zustimmung gegeben hätten.[80])

Die schon sehr gespannte Lage erfuhr nun noch dadurch eine Verschärfung, daß Serbien am 14. März 1909 in Wien eine Antwortnote auf die österreichische Note vom 5. März 1909 überreichte, in der in einer brüsken Weise Kritik an dem Verhalten der österreichischen Regierung in Bezug auf den Handelsvertrag geübt und jede direkte Unterhandlung mit Oesterreich über handelspolitische Fragen abgelehnt wurde.[81])

---

75) Ö. U. Bd. II Nr. 1087.
76) ebenda Nr. 1117.
77) Ö. U. II Nr. 1160; B. D. V Nr. 662.
78) Ö. U. II Nr. 1161, 1176, 1177; B. D. V Nr. 667, 674.
79) B. D. V Nr. 674; Ö. U. Nr. 1193.
80) B. D. V Nr. 647, 768.
81) B. D. V Nr. 683.

In Oesterreich wurde diese Note als die unverschämteste Antwort bezeichnet, die Serbien hätte geben können, und die Oesterreich „leider zu scharfen Schritten zwingen" werde.[82])

Auch in England rief diese serbische Antwort einiges Befremden hervor. Man bezeichnete sie als eine „freche Antwort", als „anmaßend im Gesamtinhalt" und verurteilte den Ton, durch den Serbien sich selbst und die Mächte sehr zu seinem eigenen Nachteil ins Unrecht gesetzt habe und fürchtete, daß Oesterreich Ungarn mit einem Ultimatum an Serbien antworten werde.[83]) Mr. Tyrrel, der Privatsekretär Greys, glaubte übrigens die merkwürdige Fassung der serbischen Note dadurch erklären zu können, daß König Peter seinen Thron retten wolle und darauf rechne, daß die Mächte nunmehr eine solche Pression ausüben würden, daß er auf deren Zwang zur Nachgiebigkeit hinweisen könne.[84]) Sir Edward Grey ließ sich allerdings auch jetzt noch nicht aus der Ruhe bringen. Er hatte vielmehr nach wie vor den dringenden Wunsch, Serbien zu helfen und vor der angeblichen Vernichtung durch Oesterreich-Ungarn zu bewahren. Als „Minute" schrieb er unter die ihm von Whitehead mitgeteilte serbische Note: „Nothing to be done but to wait for the effect of this upon Austria."[85])

Baron Aehrenthal hatte von Anfang an ausdrücklich erklärt, die serbische Entschädigungsfrage sei eine Angelegenheit Oesterreichs und Serbiens, in die sich eine andere Macht nicht einzumischen habe. Nun hatte sich aber Serbien in der Note auf die europäischen Mächte berufen und an eine Konferenz appelliert und jede Kompensation von Oesterreich-Ungarn abgelehnt. Sir Edward Grey nahm nun den von Serbien vorgebrachten Gedanken einer Konferenz willkommen auf und propagierte von neuem die Konferenz als notwendiges und alleiniges Mittel zur Lösung der Krise auf friedlichem Wege.[86]) Er bezeichnete die jetzige Haltung Oesterreichs bezüglich einer Konferenz als unzulässig. Im Herbst 1908 habe Oesterreich sich noch ausdrücklich bereit erklärt, mit den andern Mächten auf Grund eines vorher festgelegten Programmes die mit der Annexionskrise zusammenhängenden Fragen auf einer Konferenz zu verhandeln. Inzwischen habe Oesterreich seine Verhandlungen mit der Türkei abgeschlossen, es sei auch ein Uebereinkommen zwischen Bulgarien und der Türkei gesichert, und auch Serbien habe die schriftlich formulierte Erklärung abgegeben. Die von Oesterreich gestellten Vorbedingungen für die Konferenz seien erfüllt, es stände daher einer solchen nichts mehr im Wege. Auf Oesterreich-Ungarn falle die alleinige Verantwortung, wenn es sich weiter ablehnend verhalte.[87]) Baron Aehrenthal lehnte

82) Ö. U. II Nr. 1207, 1210, 1211.
83) B. D. V Nr. 683.
84) Ö. U. Bd. II Nr. 1220.
85) B. D. Bd. V Nr. 683; G. P. 26 II, 9445.
86) B. D. Bd. V Nr. 674, 695.
87) ebenda Nr. 674.

aber das Anerbieten Greys mit der Begründung ab, daß eine Entschädigung Oesterreichs an Serbien keine europäische Angelegenheit sei, weil Serbien nicht zu den Signatarmächten des Berliner Vertrages gehöre. Grey wandte dagegen ein, daß im Interesse der Erhaltung des Friedens alle Fragen des nahen Ostens als Ganzes behandelt werden müßten und nur eine insgesamt erzielte und von allen Mächten anerkannte Einigung dauerhaft sein könnte.[88]) Um die Konferenz auf alle Fälle zu sichern, beabsichtigte Grey im Einverständnis mit Iswolski das Konferenzprogramm auf drei Punkte zu beschränken und zwar:

1. Die österreichisch-türkischen Vereinbarungen bezüglich der Annexion.
2. Die türkisch-russischen Vereinbarungen bezüglich Bulgariens.
3. Die österreichisch-serbischen Vereinbarungen in der vorgesehenen Weise.[89])

Wie schon bei den österreichisch-türkischen Verhandlungen ausgeführt wurde, verlangte Grey zweifellos deshalb so energisch die Konferenz, um ein definitives österreichisch-türkisches Uebereinkommen, bei dem England nicht zurate gezogen wurde, zu vereiteln.[90])

Sir Edward Grey ließ denn auch nichts unversucht, die Türkei von der Notwendigkeit einer Initiative auf Einberufung der Konferenz zu bewegen.[91]) Er stellte sogar Gegenleistungen für ein Nachgeben der Türkei in der Konferenzangelegenheit in Aussicht, so Erhöhung der Zölle und andere Vorteile. Gerade das Angebot auf Erhöhung der Zölle, dem England bisher mit Rücksicht auf seinen eigenen Handel ablehnend gegenüber gestanden hatte, läßt kaum einen Zweifel darüber möglich, daß England mit der Einberufung einer Konferenz einen bedeutenden politischen Zweck verfolgte.[92]) Die Türkei lehnte aber ab, sodaß die englischen Konferenzwünsche auch diesmal zu keinem Ziel führten.[93])

Mit dem Verzicht der Türkei auf den Konferenzgedanken war dieser endgültig erledigt. Auch der italienische Außenminister Tittoni, der Mitte März den Konferenzgedanken neu angeregt hatte, kam jetzt nicht mehr auf ihn zurück.[94])

Der russische Außenminister Iswolski, mit dem England ja bekanntlich nach Verschiebung der Meerengenfrage in allen Angelegenheiten Hand in Hand ging, unterstützte natürlich wieder aufs eifrigste die englische Propaganda für die Konferenz. Er schrieb am 15. März 1909 dem russischen Botschafter in London, daß nach Ansicht der russischen Regierung „die direkte Verständigung zwischen Oesterreich-

---

88) B. D. V Nr. 643 ff., 651.
89) G. P. 26 II Nr. 9520.
90) siehe Seite 31.
91) G. P. 26 II Nr. 9523.
92) ebenda Nr. 9523.
93) ebenda Nr. 9527.
94) ebenda Nr. 9519, 9507.

Ungarn und der Türkei die Notwendigkeit nicht ausschließt, die Frage Bosniens und der Herzegowina einer Konferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrages zu unterbreiten. Die russische Regierung ist also bereit, sich schon jetzt mit Oesterreich-Ungarn und den andern Signatarmächten ins Einvernehmen zu setzen, um das definitive Zusammentreten der Konferenz herbeizuführen, welche sich sowohl mit der bosnisch-herzegowinischen Frage, als auch mit den andern Punkten des von allen Mächten angenommenen Programms zu beschäftigen hätte."[95]) Iswolski bat, den Inhalt dieser Mitteilung der englischen Regierung zu übermitteln.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad ihren Fortgang. Oesterreich-Ungarn hatte die serbische Not abgelehnt und verlangte eine zufriedenstellende Erklärung. Deutschland legte sich bei diesen österreichisch-serbischen Verhandlungen die größte Zurückhaltung auf und handelte auch ohne Frage richtig, denn jeder Schritt, von seiten Deutschlands unternommen, mußte in Belgrad von vornherein als ein Unternehmen eines Bundesgenossen Oesterreichs auf Ablehnung stoßen. Vielmehr trat Sir Edward Grey nun wieder ganz und gar in den Vordergrund, um eine Einigung zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn auf alle Fälle zu vermitteln.[96]) Seine Konferenzwünsche hatten zu keinem positiven Ergebnis geführt, deshalb sah er sich jetzt gezwungen, auf dem Wege der Verhandlung eine Einigung zwischen Wien und Belgrad herbeizuführen. Dieser Schritt war Sir Edward Grey dadurch möglich geworden, daß Iswolski am 15. März 1909 durch den russischen Gesandten in Belgrad hatte dringend empfehlen lassen, sich mit dem österreichischen Gesandten über den Text der an Oesterreich Ungarn abzugebenden Note zu einigen. Im übrigen werde Rußland, selbst wenn es zu einem österreichisch serbischen Kriege kommen sollte, sich völlig ruhig verhalten.[97]) Inzwischen ließ auch die serbische Regierung trotz der in London und Berlin ausdrücklich erfolgten Versicherung, die von Oesterreich verlangte Erklärung nicht geben zu können, durchblicken, daß sie sich zwar nicht einem Druck Oesterreichs, wohl aber einer gemeinsamen Pression der Mächte beugen würde.[98])

So kam es, daß etwa zur gleichen Zeit, als Deutschland in Petersburg intervenierte, auch Grey sich zu einer Vermittlungsaktion entschloß. Bei dieser Vermittlungsaktion handelte es sich darum, mit Baron Aehrenthal eine Vereinigung zu erzielen über die von Serbien in Wien abzugebende Note. Ueber den Text dieser serbischen Note hatte bisher eine Einigung nicht erzielt werden können. Sir Edward Grey glaubte, die „serbische Note müßte sich auf Versicherungen von

---

95) Siebert S. 94/95.
96) B. D. V Nr. 688, 702, 707; G. P. 26 II Nr. 9455.
97) B. D. V Nr. 790; O. U. II Nr. 1223, 1224.
98) O. U. II Nr. 1258, 1282.

Friedensbereitschaft, auf den Wunsch gut nachbarlicher Beziehungen und auf die Bereitwilligkeit beschränken, unmittelbare Verhandlungen ökonomischer Natur aufzunehmen, die die Interessen der beiden Staaten betreffen."[99]) In diesem Sinne intervenierte Grey am 17. März 1909 in Wien und legte folgende Richtlinien für den Entwurf der Note vor:[100])

„Serbien hätte Versicherung abgeben können, es würde keine Maßnahmen treffen, die direkt oder indirekt Schwierigkeiten oder Unruhe im österreichischen Gebiet hervorrufen würden, es würde sich, indem es seine Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit behaupte, an alle Verpflichtungen von Freundschaft und guter Nachbarschaft halten. Es würde sich das österreichische Angebot, in direkte Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages einzutreten, mit Vergnügen zunutze machen und, wenn erwünscht, könnte es hinzufügen, daß es ihm nicht zustände, Aenderungen am Berliner Vertrag vorzunehmen, daß es aber das, was von den Mächten, die Teilnehmer am Vertrag seien, ordnungsgemäß anerkannt worden sei, akzeptieren würde."[101])

Zu gleicher Zeit ließ Grey in Petersburg anfragen, ob Rußland einer Vermittlung auf der oben skizzierten Grundlage zustimme.[102]) Rußland äußerte sich zustimmend, desgleichen Frankreich. Baron Aehrenthal dagegen hielt diesen englischen Entwurf für nicht annehmbar, da er inhaltlich unbefriedigend und auch zu allgemein gehalten sei. Vor allen Dingen hatte er daran auszusetzen, daß kein Wort über die Abrüstung Serbiens darin enthalten war.[103]) Am 18. März brachte Cartwright die Angelegenheit in Wien nochmals zur Sprache. Er erklärte, daß seine Regierung entschlossen sei, eine von Oesterreich zu textierende serbische Erklärung an Oesterreich bei der serbischen Regierung durchzusetzen und bat Aehrenthal, selbst eine solche Erklärung zu entwerfen, nachdem er die englische Formulierung ablehne. An dieses Angebot knüpfte die englische Regierung lediglich die Bedingung, daß Oesterreich keinen Angriff auf Serbien unternehme, solange die englische Vermittlung im Zuge sei. Aehrenthal nahm das englische Angebot an und erklärte, daß Oesterreich zwar die militärischen Vorbereitungen nicht rückgängig machen könne, da sie notwendig geworden seien, jedoch „niemals die Absicht gehabt habe, die Integrität und Unabhängigkeit Serbiens zu bedrohen, solche Absichten beständen jetzt und auch für die Zukunft nicht."[104])

Bereits am 19. März übermittelte Baron Aehrenthal dem britischen Botschafter folgenden neuen Entwurf:

---

99) Siebert S. 95; B. D. V Nr. 702.

100) B. D. V Nr. 715.

101) O. U. II, Nr. 1252; B. D. V Nr. 697; G. P. 26 II Nr. 9455, 9456; Kriegsschuldfrage, Jahrg. 1932, S. 801.

102) B. D. V Nr. 702.

103) O. U. II Nr. 1278; B. D. V Nr. 704, 715; G. P. 26 II Nr. 9455.

104) O. U. II Nr. 1278, 1282, 1336.

„Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien und Herzegowina geschaffene fait accompli in seinen Rechten nicht berührt wurde. Es erklärt, daß es nach Kenntnisnahme der in Konstantinopel zwischen Oesterreich-Ungarn und dem ottomanischen Reich getroffene Vereinbarung, durch die der neue Zustand materiell geregelt wird, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit letzten Herbst eingenommen hat, aufgebe, und es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Gemäß seinen friedlichen Erklärungen wird Serbien seine Armee auf den Stand vom Frühjahr 1908 bezüglich ihrer Organisation, Standortverteilung und Effektivstärke zurückführen. Es wird seine Freiwilligen und Banden entwaffnen und entlassen und die Bildung neuer irregulärer Einheiten an den Grenzen Oesterreich-Ungarns und der Türkei verhindern.

Oesterreich-Ungarn, dem es fernliegt, die Auferlegung von Beschränkungen der normalen Entwicklung der serbischen Armee zu fordern, beschränkt sich, die Rückgängigmachung außerordentlicher Maßnahmen zu verlangen, die eine Drohung an seine Adresse enthalten."[105])

Ueber diesen österreichischen Entwurf war Grey wiederum enttäuscht. Er erklärte, er erkenne zwar an, daß die von Serbien in Wien überreichte Note nicht habe befriedigen können, und daß Oesterreich von Serbien eine befriedigende Erklärung verlangen könne. Dieses habe er mit seinem Entwurf zu erreichen gehofft, der inhaltlich durchaus befriedigend, in der Form tadellos und ohne Zweideutigkeiten sei. Der österreichische Entwurf enthalte aber Entschuldigungen Serbiens, die für das Königreich eine direkte Demütigung bedeuteten und auch eine indirekte Demütigung für Rußland und England seien. Er enthalte zu sehr den Charakter einer Abbitte, sodaß er Serbien nicht aufgezwungen werde könne, und er auch R u ß l a n d s E i n w i l l i g u n g dazu nicht durchsetzen werde, denn er enthalte zwei Punkte, die die russische Regierung nicht befürworten könne, „nämlich die Erklärung, daß durch das österreichisch türkische Abkommen die Annexionsfrage geregelt sei und allgemeines Versprechen, daß Serbien seine Politik ändern wolle."[106])

Am 21. März wurde in Wien ein neuer englischer Entwurf überreicht, nachdem auch Iswolski sich zur Vermittlung in Wien bereit erklärt und nach Belgrad entsprechende Weisungen gegeben hatte. Dieser Entwurf kam der Aehrenthalschen Textierung weitgehend entgegen und stimmte in seinem ersten Teil mit diesem überein, enthielt aber kein Wort über die Abrüstung, sondern endete mit der Erklärung, daß sich Serbien „demgemäß den Entschließungen fügen wird, welche die Mächte in Bezug auf den Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden."[107])

---

105) Ö. U. II Nr. 1280, 1286; B. D. V Nr. 713, 720, 721.
106) G. P. 26 II Nr. 9466; B. D. V Nr. 725, 739.
107) Ö. U. II Nr. 1296; B. D. V 732.

Auch diesen Entwurf lehnte Aehrenthal ab und verlangte eine klare Gewähr dafür, daß Serbien alle Absichten auf die annektierten Provinzen aufgebe und erklären solle, daß es seine Oesterreich gegenüber betriebene Politik ändern wolle, und daß es in Zukunft normale und gutnachbarliche Beziehungen zu diesem Lande zu unterhalten beabsichtige. Dann müsse die Demarche der Mächte, um wirksam zu sein, „von einer kategorischen Erklärung begleitet sein, daß Serbien, wenn es verweigere, sich diesen Ratschlägen zu fügen, seinem Schicksal überlassen werde.“ Ferner könne er erst dann die Erklärung Serbiens, daß es jede von den Mächten gebilligte Aenderung des Berliner Vertrages anerkennen werde, annehmen, wenn die Mächte einzeln und schriftlich in Wien ihre Zustimmung zu der Unterzeichnung des österreichisch-türkischen Protokolls auf der Konferenz zusichern würden. — Zugleich wurde ein neuer Entwurf beigefügt, der der ersten Aehrenthalschen Textierung fast unverändert entsprach.[108]) Daraufhin wurde von englischer Seite ein entsprechend geänderter Entwurf überreicht, der aber wiederum von Aehrenthal abgelehnt wurde, da der Text zulasse, daß Serbien versichern könne, es habe nur zu Verteidigungszwecken gerüstet, und der dritte Absatz die Annahme ermögliche, daß die Mächte in Zukunft eine Art Protektorat über Serbien ausüben wollten.[109]) Sir Edward Grey blieb aber bei seinem Vorschlage, der alles, was Oesterreich verlange, sowohl dem Inhalt als auch der Form nach enthalte, ohne Serbien unnötig zu demütigen. Diese Demütigung wollte Grey vor allem verhüten.

In der Aehrenthalschen Textierung lag gewiß nicht der Versuch einer Demütigung weder für Serbien noch für Rußland. Sir Edward Grey schien sich nicht Rechenschaft davon zu geben, daß die provozierende Haltung Serbiens in der Hauptsache auf die Stellungnahme der englischen und russischen Regierung, die den Serben stets das Rückgrad gestärkt hatten, zurückzuführen war. Wenn Grey wirklich im Interesse einer friedlichen Lösung wirken wollte, hatte er jetzt die beste Gelegenheit dazu. Es hätte seiner Autorität und seinem Einfluß gelingen können, Serbien zur Abgabe einer befriedigenden und den Frieden sichernden Erklärung zu veranlassen. Stattdessen entwickelte Grey jetzt aber eine diplomatische Kleinarbeit und Pedanterie über die Textierung der serbischen Note, die jedes Verständnis für die wirkliche Lage, in der sich die Doppelmonarchie befand, vermissen läßt. Baron Aehrenthal sah in der englischen Taktik weitere Verschleppungsversuche und die Befürchtung, daß England eine zustimmende Erklärung in der Annexionsfrage überhaupt nicht geben werde. Die Abrüstung Serbiens war für Oesterreich eine Forderung sine qua non. Oesterreich hatte das gute Recht, die Abrüstung Serbiens zu verlangen, da Serbien mit seinen Rüstungen begonnen hatte und die Kriegsdrohungen von Ser-

---

108) O. U. II Nr. 1313, 1323; B. D. V Nr. 732, 743.
109) B. D. V Nr. 747.

5

bien ausgingen. Wenn Serbien seine Truppenstärke auf den Friedensstand zurückgeführt hatte, war man auch am Ballplatz bereit, seinerseits Serbien die Zustimmung zu geben, daß es nicht angegriffen werde.[110]) Grey hielt aber die Forderung auf Abrüstung mit der Würde eines Landes für nicht vereinbar.[111])

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Wien und London ihren Fortgang, ohne daß man sich auf einen Entwurf einigen konnte. Diese englische Verschleppungspolitik ermöglichte es Serbien immer wieder ausweichend zu erklären, es könne den durch die Annexion geschaffenen Zustand nicht acceptieren, solange die Anerkennung der Annexion durch die Mächte zweifelhaft sei. Wie aus den verschiedenen Aktenpublikationen hervorgeht, zeigten die andern Mächte, namentlich Frankreich und Italien weit mehr Entgegenkommen als England. Gerade die Verhandlungen über die von Serbien an Oesterreich-Ungarn abzugebende Erklärung sind ein Beweis dafür, in welcher Weise England die Verhandlungen zu verschleppen und die Lösung des Konfliktes zu erschweren suchte. In diesem letzten Stadium der Krise brachte England Serbien weit mehr Sympathien entgegen als Rußland. Iswolski erklärte am 25. März, daß er jeder Formel zustimmen werde, über welche sich Grey mit Aehrenthal einigen würde.[112]) Auch in Petersburg ließ Grey erklären, daß er an einer Demütigung Serbiens nicht mitwirke, die diesem durch Gewalt oder Gewaltandrohung aufgenötigt werden könne.[113]) Vor allen Dingen verlangte Grey von Oesterreich die bündige Erklärung, daß es Serbien nicht durch militärische Maßnahmen zwingen werde, von Oesterreich diktierte Bedingungen anzunehmen, es im Gegenteil wohlwollend (leniently, moderately, generously) behandeln werde. Er werde nur dann die Annexion anerkennen, wenn für Serbien eine friedliche und befriedigende Lösung der zwischen Oesterreich und Serbien bestehenden Differenzen gefunden sei.[114]) Der wirkliche Widerstand ging jetzt also nicht mehr von Iswolski aus, sondern von Sir Edward Grey, der fieberhaft arbeitete, um soviel wie möglich an materiellen und moralischen Vorteilen für Serbien zu erreichen.

Am 25. März wurde englischerseits eine neue Formulierung vorgeschlagen, die wiederum eine Abschwächung des österreichischen Textes war, und deshalb auch von Aehrenthal abgelehnt wurde, weil Serbien ausdrücklich zugeben müsse, daß dessen Haltung Oesterreich gegenüber nicht korrekt gewesen sei und daß es diese Haltung ändern werde. In dem englischen Entwurf kam dies nur verschleiert zum Ausdruck. Der englische Text hatte folgenden Wortlaut:

---

110) O. U. Bd. II Nr. 1278.
111) B. D. Bd. V Nr. 698.
112) O. U. II 1358.
113) B. D. V Nr. 757.
114) ebenda Nr. 770.

„Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien-Herzegowina geschaffene fait accompli in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen fügen wird, welche die Mächte in Bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte folge leistet, verpflichtet es sich, sich einer Haltung des Protestes und des Widerstandes in der Bosnisch-Herzegowinischen Frage zu enthalten und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn so zu lenken, um künftighin mit diesem letzteren auf dem Füße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Im Vertrauen auf die friedlichen Versicherungen der österreichisch-ungarischen Regierung wird Serbien seine Armee auf den Stand vom Frühjahr 1908 bezüglich ihrer Organisation, Standortverteilung und Effektivstärke zurückführen. Es wird seine Freiwilligen und Banden entwaffnen und entlassen und die Bildung neuer irregulärer Einheiten auf seinem Gebiete verhindern."[115])

Auf Grund dieses englischen Vorschlages sollte jedoch endlich eine Einigung erzielt werden. Baron Aehrenthal erklärte sich bereit, den Text anzuerkennen, nachdem einige Aenderungen vorgenommen waren. Er verlangte neben einigen unbedeutenden Wortänderungen, daß im zweiten Absatz der Satz eingefügt wurde: „Im Vertrauen auf die friedlichen Absichten Oesterreich-Ungarns." Durch diese Worte sollte der Langmut zum Ausdruck kommen, den Oesterreich Ungarn Serbien bisher bewiesen hatte. Mit diesen Aenderungen erklärte sich der englische Botschafter Cartwright einverstanden.[116])

Auch Sir Edward Grey sah sich nunmehr gezwungen, diese letzte Formulierung anzuerkennen.[117]) Er erklärte sich im Interesse des Friedens schließlich bereit, den zwischen Cartwright und Aehrenthal vereinbarten Text in Belgrad zur Annahme zu empfehlen. Er schrieb an Whitehead, daß, obwohl er seiner Textierung den Vorrang gäbe, er den mit Aehrenthal vereinbarten Text anerkenne, denn die gegenwärtige Form sei die beste, die hätte erreicht werden können. Es sei deshalb von Wichtigkeit, daß er von Serbien wörtlich angenommen werde, da keine weiteren Modifikationen möglich seien. Wenn die serbische Regierung den Text nicht annehme oder auch nur die geringsten Aenderungen daran vornehme, müsse er die Situation als verändert betrachten und könne sich für die Frage nicht mehr interessieren.[118]) Am 26. März telegraphierte Grey nach Petersburg, es erscheine der englischen Regierung „in Anbetracht des allgemeinen Tenors der Note kaum der Mühe wert zu sein, die Sache des allgemeinen Friedens durch Haarspaltereien über die Auslegung bestimmter Worte aufs Spiel zu

---

115) B. D. V Nr. 785; O. U. II Nr. 1353; Kriegsschuldfrage, Jahrg. 1932, S. 803.

116) O. U. II Nr. 1364, 1367; B. D. V Nr. 766.

117) O. U. II Nr. 1380.

118) B. D. V Nr. 771, 780, 781; G. P. 26 II Nr. 9466; Text der Note siehe Seite 67.

setzen. . ." Es erscheine politischer, jedweden zwischen Aehrenthal und Cartwright vereinbarten Text anzunehmen „und damit denen, die ein von einem Angriff auf Serbien gefolgtes Ultimatum zu erzwingen wünschen, den Boden unter den Füßen zu entziehen."[119]) Sir Edward Grey hielt es ferner für wünschenswert, daß Aehrenthal auch in Rußland, Frankreich und Italien die Erklärung abgebe, Serbien nicht anzugreifen, damit diese in der Lage seien, in Belgrad zwecks Erreichung der Abrüstung die friedlichen Absichten Oesterreich Ungarns zu bestätigen. Diese Erklärung gab Aehrenthal den Botschaftern der genannten Länder am 28. und 29. März.[120])

Die englische Regierung hatte also im Prinzip den österreichischen Standpunkt acceptiert. Das war nicht von ungefähr geschehen. Der Grund hierfür ist nämlich darin zu suchen, daß der russische Außenminister Iswolski am 25. März 1909 einen von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Vermittlungsvorschlag angenommen und der Annexion zugestimmt hatte.[121]) Aus welchem Grunde hatte Deutschland, das bisher äußerste Zurückhaltung gewahrt hatte, seine Vermittlung in Petersburg angeboten? Hierfür waren verschiedene Gründe maßgebend. Das Verhältnis Oesterreichs zu Serbien hatte sich derartig zugespitzt, daß ein Krieg unvermeidlich schien. Durch das Eingreifen Sir Edward Greys, der sich zum Anwalt der serbischen Interessen aufwarf, wurden neue Schwierigkeiten bereitet. Die Unentschiedenheit Iswolskis munterte die Serben immer wieder zu neuer provokatorischer Haltung auf. Die Situation war derartig verfahren, daß sich die deutsche Regierung zur Verhütung eines Krieges veranlaßt fühlte, einzugreifen. Die Lage erfuhr noch dadurch eine besondere Schärfe, daß das Wiener Kabinett Iswolski wissen ließ, daß es die in ihren Händen befindlichen Dokumente über Iswolskis früher gegebenen Zusagen dem Zaren vorzulegen und zu veröffentlichen beabsichtige. Herr Iswolski suchte dies zu verhindern und bat deshalb um die Vermittlung der deutschen Regierung.[122]) Unter diesen Umständen erneuerte Deutschland in Petersburg seinen Vorschlag für eine formale Sanktion der Annexion durch Notenaustausch, und bat die russische Regierung, hierzu ihre Zustimmung zu geben, da nach Ansicht der deutschen Regierung dadurch die formale Anerkennung der Annexion gesichert sei, Herr Iswolski aus seiner mißlichen Lage befreit würde und gleichzeitig Oesterreich-Ungarn befriedigt werde.[123]) Da Rußland sich zu einem Kriege wegen der noch nicht überwundenen Niederlage im japanisch-russischen Kriege nicht bereit fühlte, konnte sich Rußland nur für die diplomatische Beendigung des Streites entscheiden. Der

---

[119]) B. D. V Nr. 785, 786, 771: Ö. U. II Nr. 1382; Kriegsschuldfrage, Jahrg. 1932, S. 796.

[120]) Ö. U. II Nr. 1380, 1393, 1405; B. D. V Nr. 781, 789.

[121]) B. D. Bd. V Nr. 801; G. P. 26 II Nr. 9437, 9441.

[122]) G. P. Bd. 26 II Nr. 9437.

[123]) B. D. Bd. V Nr. 742.

Zar war sofort mit dem deutschen Vorschlag einverstanden und schrieb am 22. März 1909 an Kaiser Wilhelm, daß er herzlich darüber erfreut sei, daß Deutschland diese Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs geschaffen habe, er werde Iswolski zur Annahme anweisen.[124]) Herr Iswolski zögerte aber trotzdem mit der Annahme des ihm von Deutschland eröffneten Ausweges.[125]) Da ließ Fürst Bülow ihm durch den deutschen Botschafter, Graf Pourtalês sagen, Deutschland erwarte eine präzise Antwort mit ja oder nein: „jede ausweichende, verklausolierte oder unklare Antwort würden wir als eine Ablehnung betrachten müssen; wir würden uns dann zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn Iswolski zufallen, nachdem wir einen letzten aufrichtigen Versuch gemacht, Herrn Iswolski behilflich zu sein, die Situation in einer für ihn annehmbaren Weise zu klären."[126]) Obgleich Iswolski die deutsche Regierung um Vermittlung gebeten hatte, konnte er sich jetzt nicht für die Annahme des deutschen Vorschlages entschließen, stimmte dann aber „zähneknirschend" zu. Es lag ihm nämlich daran, bei den andern Mächten seinen Umfall zu verschleiern und die Sachlage so hinzustellen, als wenn Deutschland ihn zur Annahme gezwungen hätte. Deshalb teilte er auch nach London und Paris mit, er betrachte die deutsche Demarche als eine zwischen Wien und Berlin verabredete, keinen Widerspruch zulassende Aktion. Die Alternative sei gewesen: Annahme des Vorschlages oder Invasion in Serbien. Da man Serbien nicht anders habe schützen können, habe man nachgeben müssen.[127]) Auch in den panslawistischen Kreisen steigerte sich die Verstimmung gegen Deutschland. Diese Stimmung dominierte in solcher Weise, daß auch die leitenden Stellen gezwungen waren, mit ihr zu rechnen.[128])

Besonders erbittert war der englische Botschafter Sir Arthur Nicolson, der dann auch sein Möglichstes tat, um die Stimmung gegen Deutschland zu verschärfen.[129]) Als Iswolski ihm von seinem Entschluß der Annahme des deutschen Vorschlages Mitteilung machte und die Gründe dafür auseinanderlegte, war er zunächst so verwirrt, daß er nichts sagen konnte. Er sah in der russischen Zustimmung eine Kapitulation und Demütigung Rußlands und machte es Iswolski zum Vorwurf, daß er zugestimmt habe, ohne sich vorher mit London und Paris in Verbindung gesetzt zu haben.[130]) Bei allen Gelegenheiten gab Nicolson seiner Verstimmung und Enttäuschung über die Wendung, die die Dinge genommen hatten, Ausdruck. Er selbst und sein amtlicher Stab

---

124) G. P. 26 II Nr. 9465.
125) ebenda Nr. 9464.
126) ebenda Nr. 9460.
127) Siebert S. 104/05.
128) Ö. U. Bd. II Nr. 1468; Bogh. Kriegsursachen, S. 29.
129) Ö. U. Bd. II Nr. 1468.
130) B. D. Bd. V Nr. 753, 754.

waren bestrebt, „die Gefühlssaiten nachhaltig erklingen zu lassen", um hierdurch die Kluft zu vertiefen, die die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan zwischen Rußland und den Zentralmächten gebildet hatte. Er verbreitete auch die Legende von einem deutschen Ultimatum an Rußland und die Lösung der Krise durch eine plumpe Drohung Deutschlands an Rußland, der letzteres habe nachgeben müssen, da es nicht in der Lage sei, wenige Jahre nach dem japanischen Kriege und der Revolution einen neuen Krieg zu führen.[131]) Eine besonders heftige Sprache führten auch diejenigen russischen Zeitungen, die in engerer Beziehung zur englischen Botschaft standen. Hierzu kamen Aeußerungen von Mitgliedern der englischen Botschaft, wie z. B.: „Deutschland habe mit dem Kürrassierstiefel aufgestampft und mit der Mobilmachung mehrerer Korps an seiner Ostgrenze gedroht" oder: Deutschland habe die „gepanzerte Faust" gezeigt.[132]) Der englische Imperialismus und der russische Panslavismus reichten sich hier brüderlich die Hand.[133]) Daß die Legende von dem deutschen Ultimatum an Rußland ihren Sitz in London und der englischen Botschaft in Petersburg hatte, zeigen uns sowohl die englischen als auch die deutschen Aktenpublikationen, und bestätigt uns auch ein Bericht des belgischen Vertreters in London, Graf de Lalaing, vom 30. März 1909.[134])

Seinen Befürchtungen über die Folgen der durch den Umfall Iswolskis geschaffenen Lage gab Sir Arthur Nicolson in einem Schreiben vom 24. März 1909 an Sir Edward Grey Ausdruck. Er schreibt darin, das deutsche Ultimatum enthalte ernste Gefahren. Rußland könne unter den gegenwärtigen Umständen der mächtigen Kombination der Mittelmächte nicht stand halten. Auf Frankreich könne es sich nicht verlassen, England könne nur diplomatische Unterstützung gewähren, Rußland sei isoliert und habe sich deshalb unterwerfen müssen. Angesichts dieser Situation hielt Sir Arthur Nicolson es für leicht möglich, daß Rußland eine Schwenkung in der Außenpolitik vollzog. Er war der festen Ueberzeugung, daß sowohl Deutschland als auch Oesterreich-Ungarn ein sorgsam vorbereitetes und durchdachtes Ziel verfolgten: Algeciras zu rächen, den Ring zu durchbrechen und die Triple Entente zu vernichten. Die englisch-russische Freundschaft sei nicht stark genug, auch nicht genügend gefestigt. Die Hegemonie der Zentralmächte habe sich in Europa zur Genüge durchgesetzt und England vom Kontinent verdrängt. Die englisch-russische Entente sei ermattet und womöglich tot. Die russische öffentliche Meinung werde erkennen, daß die Entente mit England sie nicht vor demütigenden Konzessionen habe bewahren können, und daß die russische Politik im Bunde mit anderen Mächte besser fahre. Wenn Deutschland sein Uebergewicht auf dem Kontinent vollendet habe, dann werde es in einen Wettbewerb

---

131) G. P. 26 II Nr. 9503.
132) O. U. Bd. II Nr. 1468.
133) O. U. Bd. II Nr. 1468; G. P. Bd. 26 II Nr. 9498.
134) Belg. Dok. Bd. IV, Nr. 56.

mit England wegen der Seeherrschaft treten. Früher habe England gegen Holland, Spanien und Frankreich um die Herrschaft zur See kämpfen müssen, und er sei jetzt fest davon überzeugt, daß früher oder später England denselben Kampf mit Deutschland zu wiederholen habe. Die Festigung der Entente mit Frankreich und Rußland sei daher das Gebot der Stunde.[135])

Die Zustimmung Iswolskis zur Aenderung des Berliner Vertrages in der von Deutschland vorgeschlagenen Weise brachte auch Sir Edward Grey in eine peinliche Situation. Wie bereits ausgeführt wurde, war er gerade damit beschäftigt, als Anwalt Serbiens dessen Interessen Oesterreich-Ungarn gegenüber zu vertreten und für Serbien das beste Abkommen zu sichern, was zu erreichen war. Nun wurde er plötzlich unerwartet von Iswolski im Stiche gelassen. Trotzdem war er aber nicht bereit, nun ebenfalls der Annexion wie Iswolski bedingslos zuzustimmen, da er es nicht verantworten zu können glaubte, Serbien auf Gnade und Ungnade an Oesterrreich-Ungarn auszuliefern. Nachdem Iswolski nun aber seinen eigenen Weg gegangen war und eine Verständigung um jeden Preis suchte, mußte auch Sir Edward Grey schließlich seiner serbophilen Stimmung Zügel anlegen und seine Verschleppungsmanöver aufgeben.[136])

Auch in der englischen öffentlichen Meinung und der Presse machten sich infolge der unerwarteten Zustimmung Iswolskis zur Annexion Befürchtungen bemerkbar hinsichtlich einer künftigen Umorientierung der russischen Politik. Die Gerüchte über das deutsche „Ultimatum" an Rußland wurden in der Presse übertrieben dargestellt, man behauptete, Deutschland habe die Absicht, Zwietracht zwischen England und Rußland zu säen.[137]) Sir Charles Hardinge sprach von einer „Brutalität deutscher Methode",[138]) die Zustimmung Iswolskis sei von Deutschland „mit Drohung von Bajonetten" abgerungen worden.[139])

Das deutsche auswärtige Amt versuchte vergeblich, sich gegen diese Legende durch eine Erklärung in der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung" vom 1. April 1909 zu wenden und den rein freundschaftlichen Charakter und die friedliche Tendenz der deutschen Vermittlung der angeblichen Drohung entgegenzustellen.[140]) Es darf bei der Beurteilung des ultimativen Charakters der deutschen Demarche in Petersburg, der in den Worten des Grafen Pourtalès zum Ausdruck kam: „Wir würden uns zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen", nicht außer acht gelassen werden, daß Sir Edward Grey, der wenige Tage später in Wien einen analogen Schritt unternahm, sich fast wörtlich der gleichen Ausdrücke bediente, indem er ankündigte:

---

[135]) B. D. Bd. V Nr. 764.
[136]) siehe Seite 60 ff.
[137]) Siebert S. 109.
[138]) B. D. Bd. V Nr. 834.
[139]) O. U. Bd. II Nr. 1371.
[140]) G. P. 26 II Nr. 9498 Anm.

„Wenn der Schritt fehlschlage, ziehe er sich zurück und lasse den Dingen ihren Lauf."[141]) Wie aus dem Telegramm Kaiser Nikolaus II. an Kaiser Wilhelm II. hervorgeht,[142]) machte die deutsche Demarche auch in Rußland anfangs keineswegs den Eindruck einer Drohung, der Zar erblickte vielmehr in dem deutschen Vorgehen ein Mittel, einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden. Wenn Herr Iswolski dennoch von einer zwischen Wien und Berlin verabredeten Pression sprach,[143]) so ist dies wohl nur daraus zu erklären, daß Iswolski seine Zwangslage nicht eingestehen wollte und das schnelle Eingehen auf den deutschen Vorschlag vor der Entente zu verteidigen und die Schuld auf Deutschland abzuwälzen suchte.

Zur Widerlegung der von englischer Seite verbreiteten Version eines deutschen Ultimatums an Rußland mag hier auch noch die Ansicht des amerikanischen Historikers Fay angeführt werden. Dieser ist der Meinung, daß der deutsche Vermittlungsvorschlag an Rußland nicht den Charakter eines Ultimatums habe, sondern nur „ein Versuch Deutschlands war, die Kluft zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu überbrücken und dem serbisch-österreichischen Krieg vorzubeugen". Er hält den deutschen Vorschlag für äußerst geschickt, denn er sicherte nach seiner Ansicht „Oesterreich die Anerkennung des neuen Status in Bosnien und der Herzegowina durch die Mächte, er entzog der serbischen Hoffnung, daß sich die vollendete Tatsache noch rückgängig machen lasse, den Rechtsgrund, und er befriedigte die Forderung der Entente, daß keine Veränderung des Vertrages Geltung erhalten dürfe, ohne daß sie formell von allen Signatarmächten anerkannt würde. Schließlich wurde auch, da die Bezugnahme auf eine Konferenz unterblieb, jede Verletzung Rußlands, das den Konferenzgedanken monatelang befürwortet hatte, glücklich vermieden." Kurz, der deutsche Vermittlungsvorschlag war „ein bequemer Ausweg für Iswolski."[144]) Die gleiche Beurteilung findet die deutsche Demarche bei John S. Ewart, der aber noch besonders unterstreicht, daß das deutsche „Ultimatum" an Rußland nicht bezug nahm auf die österreichisch-serbischen Beziehungen, auch nicht die Unterwerfung Serbiens verlangte, sondern lediglich die Beilegung des Konfliktes durch Notenaustausch.[145])

Die Erregung in England über die deutsche Demarche und den Umfall Iswolskis findet ihre Erklärung darin, daß die englische Diplomatie nun auch im österreichisch-serbischen Konflikt den Mittelmächten das Prestige des diplomatischen Erfolges abtreten mußte. Vor allen Dingen war es den Engländern peinlich, diese Schwäche vor Serbien eingestehen zu müssen. Hierzu trat die Sorge um die Beziehungen

---

141) G. P. Bd. 26 II Nr. 9466, 9460 Anm.
142) siehe Seite 63.
143) siehe Seite 63.
144) Fay, Bd. I, S. 388 ff.
145) Ewart Bd. II, S. 944 ff.

zu Rußland und die Furcht vor der Neuorientierung der russischen Politik.

Vom deutschen Standpunkt aus müssen wir es heute bedauern, daß man damals in Berlin nicht den Dingen ihren Lauf ließ. Die deutsche Intervention ist zurückschauend als ein schwerer diplomatischer Fehler anzusehen. Sie war überflüssig und nicht gerechtfertigt, da die Krise auch ohne die deutsche Demarche auf friedlichem Wege gelöst worden wäre.[146])

Der Schlußakt des sechsmonatlichen kritischen Streites über die Annexion Bosniens und der Herzegowina, der das Konzert der europäischen Mächte in unangenehmer Weise verstimmt und Europa bis an den Abgrund eines allgemeinen Krieges geführt hatte, spielte sich nun in ruhiger, beinahe würdiger Weise ab. Nachdem Sir Edward Grey und Baron Aehrenthal sich über den Text der von Serbien in Wien zu überreichenden Note geeinigt hatten, und auch Herr Iswolski sich einverstanden erklärte, kam es am 30. März 1909 zu einem gemeinsamen Schritt der Mächte in Belgrad. Die Vertreter Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens überreichten gemeinsam mit dem deutschen Gesandten die vereinbarte Note. Außerdem überreichten sie eine Anlage, in der Oesterreich versprach, Serbien nicht anzugreifen.[147]) An dieser Erklärung, die Sir Edward Grey eigenmächtig ohne Einwilligung Aehrenthals in Belgrad überreichen ließ, und über die letzterer „tief verstimmt" war, beteiligte sich der deutsche Gesandte nicht.[148]) Wie sehr übrigens die Verstimmung Englands gegen Deutschland war, zeigt auch die Tatsache, daß der deutsche Gesandte zur Teilnahme an dem gemeinsamen Schritt in Belgrad zwecks Ueberreichung der Note zuerst nicht aufgefordert worden war. Das Foreign Office war der Ansicht, daß eine Beteiligung Deutschlands nicht notwendig, ja vom serbischen Standpunkt aus abzulehnen sei, weil Deutschland stets schützend hinter Oesterreich-Ungarn gestanden habe. Erst auf Veranlassung Iswolskis entschloß sich die englische Regierung, auch Deutschland an dem Schritt zu beteiligen.[149])

Am 31. März 1909 überreichte die serbische Regierung in Wien die zwischen London und Wien vereinbarte Note, die folgenden Wortlaut hatte:

„Serbien erkennt an, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, die die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich,

---

146) Hoyos S. 24 ff.; Brandenburg S. 284 ff.
147) B. D. Bd. V Nr. 805; G. P. 26 II Nr. 9494 Anm.
148) B. D. Bd. V Nr. 805; siehe Seite 62.
149) B. D. V Nr. 807.

die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit dem vergangenen Oktober eingenommen hat, aufzugeben und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.

Gemäß dieser Erklärungen und den friedlichen Intentionen Oesterreich-Ungarns vertrauend, wird Serbien seine Armee auf den Stand vom Frühjahr 1908 bezüglich der Organisation, der Dislokation und des Effektivbestandes, zurückführen. Es wird seine Freiwilligen und Banden entwaffnen und die Formation neuer irregulärer Einheiten auf seinem Territorium verhindern."[150])

Die österreichische Regierung erklärte sich mit dem Text der Note einverstanden und versicherte in einer Gegennote ihre Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu.[151]) Sir Edward Grey war über die Annahme der serbischen Note äußerst befriedigt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn wieder hergestellt seien.[152])

Nunmehr bat Wien die Mächte um Anerkennung der Annexion und um ihre Zustimmung zur Aufhebng des Artikels 25 des Berliner Vertrages.[153]) Sir Edward Grey hatte seine Zustimmung davon abhänhängig gemacht, daß auch betreffs Artikel 29 des Berliner Vertrages[154]) eine befriedigende Lösung zwischen Italien und Montenegro erzielt werde.[155]) Als dieses geschehen war, gab Sir Edward Grey am 17. April 1909 seine Zustimmung zu den Veränderungen des Berliner Vertrages. Die deutsche Regierung hatte bereits am 7. April zugestimmt, die italienische am 11. und die französische und russische am 19. April 1909.[156]) Damit war die bosnische Krise beendet.

---

[150]) B. D. Bd. V Nr. 782; Vorgeschichte des Weltkrieges Bd. 10, S. 91.

[151]) O. U. Bd. II Nr. 1425, 1428.

[152]) ebenda Nr. 1435, 1436; B. D. V Nr. 816.

[153]) Der Artikel 25 des Berliner Vertrages bezieht sich auf Bosnien und die Herzegowina. Er beginnt: Les provinces de Bosnie et Herzégovine seront occupées et adminnistrées par l'Autriche-Hongrie. . . . . Ferner enthält er Bestimmungen über die militärische Besetzung des Sandschak. (B. D. Bd. V. S. 412).

[154]) Artikel 29 des Berliner Vertrages enthält die Beschränkungen der montenegrinischen Souveränitätsrechte. (B. D. Bd. V. S. 412).

[155]) B. D. Bd. V. Nr. 768.

[156]) G. P. 26 II Nr. 9501.; O. U. Bd. II Nr. 1510; B. D. Bd. V Nr. 839.

Teil II.

Bisher haben wir die bosnische Krise nach ihren Teilproblemen und in ihren verschiedenen Phasen mit dem Hin und Her der diplomatischen Schritte der europäischen Mächte unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Englands zu den einzelnen Problemen betrachtet und den Verlauf der Krise von der Annexionserklärung bis zur Einigung zwischen Wien-Sofia-Konstantinopel und Wien-Belgrad in ihrem Ergebnis aufgezeichnet. Es wurde dabei schon darauf hingewiesen, daß die damals sich bereits angebahnte Gruppierung der Mächte, namentlich das Verhältnis Englands zu Rußland sowie zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn in den verhängnisvollen Verwicklungen und den diplomatischen Schwierigkeiten und Kompliziertheiten der Annexionskrise eine bedeutende Rolle spielten. Um die Klarheit und Uebersicht der einzelnen Kapitel durch Darlegungen, die von der Zusammenarbeit Englands und Rußlands und der Gegnerschaft Englands zu den Mittelmächten ausführlicher handeln, nicht zu stören, diese Erörterungen aber andererseits zu wichtig sind für das Verständnis des Gesamtproblems und besonders für die Beurteilung der britischen Diplomatie, erschien es unerläßlich, die englische Politik noch von dieser Seite aus in besonderen Kapiteln näher zu beleuchten. Aus dem gleichen Grunde soll auf die ebenfalls bereits mehrfach erwähnte, aber im einzelnen nicht näher ausgeführte Hetze der englischen Presse und der „Reisenden" auf dem Balkan, sowie auf die Frage der an den Juli 1914 erinnernden außerordentlichen akuten Kriegsgefahr noch besonders eingegangen werden.

Kapitel I.

Englands Verhältnis zu Rußland.

Wie aus den vorhergehenden Ausführungen hervorgeht, spielte das Verhältnis Englands zu Rußland in der bosnischen Krise eine eminente Rolle. Die englische Politik stand während der bosnischen Krise unter dem Leitstern der weiteren Annäherung Englands an Rußland. Sir Edward Grey führte keine Verhandlungen und traf keine Entscheidungen, ohne sich nicht vorher mit dem russischen Außenminister Iswolski ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Die verschiedenen Aktenpublikationen zeigen deutlich, wie sehr Englands Stellung zur bosnischen Krise von russischen Wünschen bestimmt wurde.

Am 31. August 1907 war die englisch-russische Entente geschlossen worden, von der der russische Politiker Purischkewitsch sagte, sie habe „bedauerlicherweise eine Spitze gegen Deutschland."[1]) Was dieser Vertrag für den Frieden Europas bedeutete, das hatte der belgische Gesandte Greindl richtig erkannt, wenn er kurz vor der Zusammenkunft der beiden Monarchen in Reval im Juni 1908 in einem Bericht an seine Regierung feststellte: „Die neue Gruppierung bedroht den Weltfrieden, weil sie aus Mächten besteht, die eine Aenderung des status quo anstreben, so lebhaft, daß sie Gefühle hundertjährigen Hasses schweigen lassen, um dieses Verlangen zu befriedigen."[2]) Seit dem Abkommen über asiatische Angelegenheiten wurde von englischer Seite alles getan, um in Rußland gegen Deutschland zu hetzen. Wenn England dabei vielleicht zunächst auch nicht direkte Absichten gegen Deutschland hatte, so war aber doch deutlich der Wunsch zu erkennen, Deutschland für die künftigen diplomatischen Konflikte zu isolieren, um die den Engländern unbequem werdende wirtschaftliche Konkurrenz überall einzudämmen.[3])

Diese englisch-russische Verbrüderung bedeutete einen ganz neuen und unerwarteten Faktor in der politischen Rechnung und mußte für Deutschland gefährlich werden. Das Dogma von der Unvereinbarkeit von Walfisch und Elefant, das bei der Ablehnung der englischen Bündnisvorschläge um 1900 eine verhängnisvolle Rolle gespielt hatte und das auch noch in den nächsten Jahren im auswärtigen Amt vertreten wurde, hatte sich plötzlich als trügerisch erwiesen. England und Rußland waren die beiden Eisen, die Holstein sicher im Feuer zu haben und gegeneinander ausspielen zu können geglaubt hatte.[4]) Nun auf einmal fanden sie in dem gemeinsamen Haß gegen Deutschland die Grundlage zur Verständigung, nachdem die Publizistik der beiden Länder lange Zeit den amtlichen Schritt der Regierung vorbereitet hatte. Die Intimität der Tripelentente wurde in der Presse dieser Länder immer mehr betont, und einflußreiche Kreise waren für die Erweiterung und Vertiefung dieser Entente eifrig tätig.[5]) Beim Lordmayorsbankett im November 1908 stellte Premierminister Asquith in seiner Rede über die auswärtige Lage fest, „daß die Verhandlungen mit dem russischen Außenminister Iswolski gezeigt hätten, daß Rußland und Großbritannien sich in der Frage des nahen Ostens demselben Standpunkt genähert hätten."[6]) Dieses Einvernehmen war durch die Zusammenkunft des Königs von England und des russischen Zaren in Reval am 9. Juni 1908 aufs neue besiegelt worden.[7])

---

[1]) G. P. Bd. 25 II S. 450.
[2]) Friedjung, Bd. II S. 156.
[3]) G. P. 26 I Nr. 9146.
[4]) Meinecke, Friedrich, Geschichte des deutsch-engl. Bündnisproblems, Berlin 1927, Seite 177 ff.
[5]) G. P. 26 I Nr. 9146 Anm.
[6]) Schultheß Jahrg. 1908 S. 328.
[7]) G. P. 26 I Nr. 9085; G. P. 25 II S. 461; Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV Nr. 16, 22.

Um in der bosnischen Krise in allen Fragen Gegensätzlichkeiten mit Rußland zu vermeiden, verstand es Grey geschickt, gleich 'zu Anfang der Krise Iswolski dazu zu bewegen, die Frage der Meerengen vorläufig zurückzustellen, dafür dann aber in der Lösung der andern Fragen mit Iswolski gemeinsame Sache zu machen und auf keinen Fall Rußland entgegen zu arbeiten.[8]) Iswolskis aggressive Balkanpolitik fand somit die Unterstützung Englands, das dadurch eine weitere Entspannung des englisch-russischen Gegensatzes in Asien erwartete. Während seines Aufenthaltes in London im Oktober 1908 wurde Iswolski in hervorragender Weise gefeiert.[9]) Die Presse jubilierte über die Festigung der neuen Tripelentente. Der König gab ein Diner im Buckingham Palace. Auch andere Diners wurden veranstaltet, zu denen nicht nur die liberalen, sondern auch die konservativen Staatsmänner zugezogen wurden. Der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, berichtete hierüber: „Ich erinnere mich nicht, daß sich hier jemals für einen fremden Staatsmann soviel Mühe gegeben worden ist, wie für Iswolski, nicht einmal für Delcassé."[10]) Als Herr Iswolski London verlassen hatte, veröffentlichte die englische Regierung über das Verhältnis Englands zu Rußland am 15. Oktober 1908 folgende Kundgebung: „Bei Besprechung der englisch-russischen Konvention, die ebenfalls stattgefunden, ist völlige Uebereinstimmung der Anschauung festgestellt worden, so daß ein harmonisches Zusammengehen beider Regierungen bei der Erledigung der Zentralasien betreffenden Fragen auch weiter gesichert erscheint."[11])

Sir Edward Grey vermied denn auch alles, was ihn in einen Gegensatz zu Iswolski hätte bringen können, die Rücksichtnahme auf Rußland war eine der wichtigsten Triebfedern seiner Politik. Obwohl Herr Iswolski wenig Vertrauen einflößte, wurde er doch durch dick und dünn gehalten und unterstützt.[12]) Sir Edward Grey hatte persönlich keine Sympathien für eine territoriale Entschädigung Serbiens, trotzdem unterstützte er sie, in erster Linie deshalb, weil Iswolski es wünschte.[13]) Auch in der Konferenzangelegenheit ging Grey mit Iswolski Hand in Hand. In einem Briefe des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, an Iswolski heißt es: „England hat sich zugunsten einer Konferenz hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil Rußland dies wünschte; wenn die russische Regierung es jetzt für möglich hält, auf diesen Gedanken zu verzichten, so ist auch die englische Regierung bereit, sich mit einem Notenaustausch zu begnügen."[14])

---

[8]) siehe Seite 22.
[9]) siehe Seite 20 ff.
[10]) G. P. 26 I Nr. 9056.
[11]) Schultheß Jahrg. 1908 S. 326.
[12]) O. U. Bd. II Nr. 1282.
[13]) B. D. V Nr. 412.
[14]) Siebert S. 102.

Die Stellung Englands zu Rußland beleuchtet auch Sir Charles Hardinge klar und eindeutig in einem Brief, den er am 4. Januar 1909 gelegentlich des englischen Königsbesuches in Berlin[15]) an den englischen Botschafter in Petersburg, Sir Arthur Nicolson schrieb. Darin heißt es: Der König und die Königin werden in der zweiten Februarwoche nach Deutschland gehen. Es ist zu hoffen, daß das in Deutschland einen guten Eindruck machen wird. Auf alle Fälle vertraue ich darauf, daß die Russen nicht einen Augenblick denken werden, daß wir unsere Beziehungen zu Deutschland auf ihre Kosten verbessern wollten. Zwischen uns und Deutschland schwebt nichts, als die Frage des Flottenbaues, während unsere ganze Zukunft in Asien fest verknüpft ist mit der Notwendigkeit, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Rußland zu erhalten. Wir können in keiner Weise das Opfer unserer Entente mit Rußland zugestehen, auch nicht für ein eingeschränktes Flottenbauprogramm. Ich bin nicht autorisiert, Sie zu veranlassen, das Iswolski zu sagen, denn ich habe Grey nicht gesehen, der für einige Tage verreist ist; aber ich bin völlig überzeugt, daß auch er dieser Meinung ist. Wenn sich deshalb die Gelegenheit bietet und sie eine solche Sprache gebrauchen, so wird er sie, dessen bin ich sicher, billigen."[16])

Solchen Anweisungen aus London war Sir Arthur Nicolson besonders leicht zugänglich. Dieser war für die Annäherungsbestrebungen Englands an Rußland und für das Aufkommen eines russisch-deutschen Gegensatzes eine wichtige Triebfeder. Während Sir Edward Grey stets eine angemessene Haltung wahrte, und es vermied, sich persönlich bloßzustellen, stand Sir Arthur Nicolson immer im Gefecht voran und tat sein bestes, um das Zarenreich in einen Gegensatz zu den Mittelmächten zu bringen.[17]) Es war seine feste Ueberzeugung, daß durch das Zusammengehen mit Rußland Indien gesichert werde, während die Trennung von Rußland dem deutschen Reich die Möglichkeit gäbe, im Verein mit Oesterreich-Ungarn, Rußland und der Türkei, England in Indien anzugreifen.

Der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, beklagte sich wiederholt über die verhetzende Tätigkeit des Sir Arthur Nicolson, der einen beharrlichen Kampf in der Presse und hinter den Kulissen führe. — Nicolson war eifrig bemüht, das Uebereinkommen Englands mit Rußland, das nach seiner Ansicht noch „in den Kinderschuhen stecke und deshalb sorgfältiger Pflege und Behandlung bedürfe", zu einer wirklichen Verständigung und förmlichen Allianz weiter auszubauen.[18]) Die bosnische Krise war ihm dazu ein willkommener Anlaß Er stattete Herrn Iswolski fast täglich Besuche ab und hatte längere

---

[15]) siehe Seite 76.
[16]) B. D. Bd. V Nr. 500.
[17]) Friedjung, Bd. II S. 276.
[18]) Nicolson S. 262.

Unterredungen mit ihm.[19]) Dem Zaren gegenüber suchte er den Besuch Iswolskis im Oktober 1908 in London als einen außerordentlichen Erfolg in bezug auf die guten Beziehungen der beiden Länder hinzustellen und dem Zaren Vertrauen zu der Politik Iswolskis einzuflößen, um auch ihn in der Ueberzeugung zu stärken, daß Rußland nur im Bunde mit England seine politischen Ziele erreichen würde. Das Vertrauen auf das englisch-russische Einvernehmen spiegele sich in der englischen Presse wider, und auch die Regierung blicke getrost in die Zukunft. Es seien zwar noch Zweifler und Ungläubige in England, aber diese würden mit der Zeit eines Besseren belehrt sein, — so schmeichelte er dem Zaren.[20])

In Petersburg fand das britische Werben willkommene Aufnahme. In seiner Dumarede vom 25. Dezember 1908 sagte Iswolski: das englisch-russische Abkommen, das „in den persischen Wirren bereits eine sehr ernste Prüfung überstanden habe, sei für Rußland auch vom allgemeinen Standpunkt aus wichtig, indem es zwischen beiden Mächten völlig freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen herstelle.“[21]) Weiter stellte Iswolski in derselben Rede mit großer Genugtuung fest, „daß seine auf Befestigung der Allianzbeziehungen zu Frankreich gerichteten Bemühungen von Erfolg gekrönt wären, und Rußland und Frankreich in allen Fragen der Weltpolitik in voller Uebereinstimmung handelten.“[22])

Gegen Ende der Krise trat in England noch einmal die Sorge um die russisch-englischen Beziehungen hervor. Iswolski acceptierte den deutschen Vermittlungsvorschlag, ohne vorher die Ansicht Englands eingeholt zu haben. Dieser plötzliche Umfall Iswolskis war ein empfindlicher Rückschlag für die englische Politik, die bisher ihr möglichstes für die russischen Interessen an Serbien getan und sich dabei vielleicht sogar über das ursprünglich beabsichtigte Maß festgelegt hatte. Auch Sir Arthur Nicolson, von dessen Bemühungen um ein englisch-russisches Zusammengehen oben gesprochen ist, gab seiner Besorgnis Ausdruck. Am 17. März 1909 schrieb er nach London: „In Rußland mehren sich die Zweifel über die Nützlichkeit einer Entente Rußlands mit England. Man hat das Gefühl, daß sowohl das Bündnis mit Frankreich als auch das mit England in der gegenwärtigen Krise für Rußland von wenig Vorteil gewesen ist, wobei man die Unterstützung, die Deutschland Oesterreich hat zuteil werden lassen, als Maßstab heranzieht“. . . . „Es mehren sich in Rußland die Stimmen, die eine Neutralität Rußlands in der bosnischen Krise für richtiger gehalten hätten.“[23]) Auch Iswolski habe wiederholt davon gesprochen, so schreibt Nicolson, daß Deutschland Recht zu haben scheine, wenn es behaupte, daß die russische Politik im

[19]) B. D. Bd. V Nr. 421.
[20]) ebenda Nr. 425.
[21]) Schultheß Jahrg. 1908 S. 404.
[22]) ebenda S. 404.
[23]) B. D. Bd. V Nr. 701.

Bunde mit England sehr zum Nachteil Rußlands geführt werde.[24]) Diese Verstimmung Iswolskis, wie sie Sir Arthur Nicolson in mehreren Briefen an Grey schilderte,[25]) bestand auch tatsächlich. Iswolski erkannte zwar die loyale diplomatische Unterstützung Englands an, aber gleichzeitig war ihm klar geworden, daß die englische Unterstützung auch in Zukunft nur eine diplomatische sein konnte. Rußland sei gegenwärtig isoliert, so sagte Iswolski und werde in einem Kriege mit seinen westlichen Nachbarn von England und Frankreich nach seinen bisherigen Erfahrungen im Stiche gelassen werden.[26])

Auch Sir Charles Hardinge blickte mit einiger Besorgnis in die Zukunft, glaubte aber trotzdem feststellen zu können, daß das antideutsche Gefühl in Rußland zu stark sei, als daß es irgend eine Kombination zwischen Deutschland und Rußland gestatten würde und daß, solange der Kaiser lebe, ein „Dreikaiserbund" unmöglich sei.[27])

Die bald folgenden Ereignisse gaben Sir Charles Hardinge Recht. Ein wirklicher Stimmungsumschwung in Rußland war gar nicht vorhanden. Die als Ultimatum aufgefaßte deutsche Demarche verfehlte ihre Wirkung nicht, Sir Arthur Nicolson tat das übrige, um die anglophile Stimmung zu stärken und Deutschland als die Ursache der russischen Niederlage hinzustellen. So war denn auch das gute Einvernehmen zwischen England und Rußland bald wieder hergestellt. Am 14. April 1909 berichtete Sir Arthur Nicolson über eine Unterredung, die er mit dem Zaren gehabt hatte. Er schreibt, daß der Zar sich seiner Ansicht sehr herzlich angeschlossen und ihm versichert habe, daß England darauf rechnen könne, daß die Entente in ihrer vollen Stärke aufrecht erhalten und ausgebaut werden solle. Rußland denke nicht einen Augenblick daran, sich von seinen beiden Partnern zu trennen. Angesichts der sich immer mehr herausbildenden deutschen Hegemonie sei es jetzt mehr denn je notwendig, die Tripelentente aufrecht zu erhalten und zu festigen. Der Zar sagte dann wörtlich: „Sie können ihrer Regierung von mir sagen, daß es meine feste Absicht ist, die zwischen den beiden Ländern bestehende Entente aufrecht zu erhalten."[28])

Sir Arthur Nicolson hatte nicht ganz Unrecht, wenn er behauptete, daß durch die gewalttätige Stellung (violent attitude), die Oesterreich-Ungarn und Deutschland in der bosnischen Krise eingenommen hätten, das Uebereinkommen zwischen England und Rußland, welches sich bis dahin nur auf Asien bezogen habe, nun auch zu einer positiven Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen in Europa erweitert worden sei. Wie die englisch-französische Verständigung durch die Irrtümer

---

24) B. D. V Nr. 701.
25) ebenda Nr. 752 ff.
26) ebenda Nr. 752 ff.
27) ebenda Nr. 807.
28) ebenda Nr. 835 ff.

der deutschen Politik in Algeciras ins Leben gerufen worden sei, so habe auch die englisch-russische Verständigung durch die Irrtümer der österreichisch-deutschen Diplomatie in der bosnischen Krise eine Belebung erfahren.[29])

Kapitel II.

Englands Verhältnis zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Der politische Gegensatz zwischen Deutschland und England war im letzten Jahrzehnt vor der Annexion immer deutlicher hervorgetreten. Das Haupthindernis für ein deutsch-englisches Einvernehmen war die deutsche Flottenpolitik. Wie ein Alpdruck lastete das Schreckgespenst der deutschen Flotte und die Furcht vor einer deutschen Invasion auf dem englischen Volke. Die Sorge um die deutsche Flotte und die zunehmende Furcht vor der deutschen Ueberlegenheit ließ die Engländer nicht zur Ruhe bringen. Wenn Deutschland früher in einem Kriege mit Frankreich zum mindestens auf die wohlwollende Neutralität Englands rechnen konnte, mußte es 1908 sogar ziemlich sicher mit der offenen Feindschaft Englands rechnen.

Mitten in die Balkanwirren hinein platzte dann Ende Oktober 1908 die bekannte „Daily Telegraph-Affair", die ungeheures Aufsehen erregte und in England heftige Ausfälle gegen den Kaiser und die deutsche Politik verursachte.[1]) Wenn Sir Edward Grey sich auch bemühte, die durch das Interview in England hervorgerufene Stimmung gegen Deutschland zu besänftigen, und er einen versöhnenden und wohlwollenden Ton anschlug, so läßt sich doch nicht leugnen, daß das Interview eine große Verwirrung in die Geister gebracht hat, und daneben die Verstimmung und Befürchtung wegen der deutschen Flotte wuchs.[2])

An dieser Tatsache änderte auch der Besuch des englischen Königspaares in Berlin vom 8.—11. Februar 1909 nichts. Diesem Besuch ist kaum eine größere politische Bedeutung zuzuschreiben, er war vielmehr ein Akt der Höflichkeit, der denn auch eine wesentliche Besserung der englisch-deutschen Beziehungen nicht zur Folge hatte.[3]) Sir Charles Hardinge, der Reisebegleiter König Edwards, und Fürst Bülow besprachen natürlich die gesamten Balkanfragen, und auch die Unterhaltung der beiden Herrscher betraf neben dem Flottenbau vorwiegend die Fragen des nahen Ostens. Im besonderen wurde der russische Vermittlungsvorschlag, der eine finanzielle Entschädigung Bul-

---

[29]) Nicolson S. 261.
[1]) G. P. Bd. 24 S. 167 ff.
[2]) G. P. Bd. 24 S. 167 ff.
[3]) siehe Brief Hardings an Nicolson auf Seite 72.

gariens an die Türkei vorsah und damals gerade im Brennpunkt des Interesses stand, erörtert. Im übrigen wurde die Politik nur allgemein besprochen. Man begegnete sich in dem Wunsch einer friedlichen Lösung aller Fragen und knüpfte an den Besuch die Hoffnung, daß er in der Folge nicht nur für die deutsch-englischen Beziehungen, sondern auch für alle Völker von guter Wirkung sein möge.[4]) Zu den Friedensbeteuerungen König Edwards schrieb jedoch schon damals Baron Greindl an die belgische Regierung: Der König von England behauptet, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Anstrengungen gebildet habe. Dieses behaupte er seit dem Anfang seiner erfolgreichen diplomatischen Campagne, die durch ihn gegen Deutschland organisiert werde, um dieses zu isolieren. Aber der Weltfriede sei nie so gefährdet gewesen, seitdem der englische König ihn zu festigen versuche.[5])

In Rußland herrschte über den Besuch des englischen Königspaares einige Verstimmung. Herr Iswolski war verärgert, glaubte eine Schwenkung der englischen Politik nach Deutschland feststellen zu können und sprach von einem „close agreement" zwischen Deutschland und England in Balkanangelegenheiten. Grey und Nicolson wußten aber diese Bedenken Iswolskis bald zu beseitigen, indem sie ihm versicherten, daß in Berlin nichts vereinbart sei, was die englisch-russischen Beziehungen beeinträchtige.[6])

Auch die schon sprichwörtlich gewordenen Beziehungen traditioneller Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und England, die seit Jahrzehnten ängstlich gepflegt wurden, hatten in den letzten Jahren eine überraschend plötzliche Aenderung erfahren. Man hatte sich bis dahin in England daran gewöhnt, in Oesterreich-Ungarn ein Staatsgebilde zu sehen, das in der großen Politik kaum noch eine Rolle spielen konnte. Als Oesterreich-Ungarn sich nun aus seiner politischen Untätigkeit zu einer aktiven Balkanpolitik aufraffte, waren die englischen Politiker über ihren eigenen Irrtum sehr enttäuscht. Man fand aber bald eine Erklärung hierfür. In der Presse hieß es, Deutschland „ist der Störenfried gewesen, von Berlin aus hat man das gemütliche Oesterreich-Ungarn aufgehetzt und dem ehrgeizigen Freiherrn von Aehrenthal die Ideen der Sandschackbahn suggeriert."[7]) Die Tendenz, zwischen Berlin und Wien Mißtrauen zu säen, trat hier wieder deutlich zutage. Inzwischen war auch Edward VII. nicht untätig gewesen: es fand die Zusammenkunft in Reval statt, England und Rußland wollten künftig allein in Mazedonien entscheiden, um dem weiteren Vordringen Oesterreich—Ungarns zuvorzukommen. In Ischl im Sommer 1908 versuchte Edward VII. nochmals auf Kaiser Franz Joseph in einer Richtung

---

[4]) G. P. 26 II Nr. 9374, 9375; O. U. Bd. I Nr. 992, 1002; B. D. V Nr. 500, Seite 608.
[5]) Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV Nr. 42, S. 142.
[6]) B. D. Bd. V Nr. 567, 570.
[7]) G. P. 26 II Nr. 9564.

Einfluß zu gewinnen, die für die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich—Ungarn hätte verhängnisvoll werden können.[8]) Sir Edward Grey stellte allerdings gelegentlich einer Andeutung des österreichischen Botschafters in London, England wolle bezüglich der Annexionsfrage in Oesterreich—Ungarn den Verbündeten Deutschlands treffen, dieses in Abrede. Es liege ihm nichts ferner, behauptete er, als gegen das Bündnis mit Deutschland etwas zu unternehmen. Die „balance of power in Europe", die für England von Wichtigkeit wäre, könnte durch eine Lockerung des Bündnisses mit Deutschland nur erschüttert werden. Dann würde das Deutsche Reich tatsächlich isoliert sein, und dies wäre die größte Gefahr für den europäischen Frieden.[9]) Zu diesen Aeußerungen Greys ist jedoch zu bemerken, daß in Wirklichkeit England nichts mehr an dem Gleichgewicht auf dem Kontinent lag, denn dasselbe war bereits durch das bestehende Bündnis zwischen England, Frankreich und Rußland, das auch die Sympathien Italiens hatte, vollkommen ins Wanken geraten. Die Bemühungen der britischen Politik liefen ohne Zweifel auch noch während der bosnischen Krise darauf hinaus, Oesterreich—Ungarn von Deutschland zu trennen. Kaiser Franz Joseph schrieb damals an Kaiser Wilhelm: „Diese Krise ist gewiß nicht so sehr wegen der formellen Veränderungen entstanden, die wir an der Rechtslage der neu angegliederten Provinzen vorzunehmen gezwungen waren; ich habe vielmehr den Eindruck, daß man die Gelegenheit benutzen wollte, um den Versuch, uns zu entzweien, in einem besonders günstigen Momente zu wiederholen."[10])

Der österreichische Botschafter in London, Graf Mensdorff war merkwürdigerweise von dem durchaus versöhnlichen Charakter und der wohlwollenden Haltung der englischen Politik überzeugt. Wie aus seinen Berichten hervorgeht, ist England für ihn der ehrliche Makler, der für die Freiheit und Gerechtigkeit unter den Völkern kämpft und dabei sogar zur Sicherung des europäischen Friedens und der Befriedigung selbst der kleinsten Länder in großzügiger Weise auf eigene Vorteile verzichtet. Seine Berichte sind voll von Beteuerungen der unbedingten Friedensliebe Englands und lassen die englische Politik als harmlos, gerade und frei von allen Winkelzügen erscheinen. So berichtet er z. B. an Aehrenthal: „Daß er (Grey) d. h. die englische Regierung selbst gegen uns hetzt und zu einem Kriege treiben will, kann ich auch jetzt nicht glauben, was immer auch eine perverse Presse und vielleicht einige unverantwortliche Reisende in Balkanländern schreiben und sagen mögen. Ich glaube ehrlich und aufrichtig, daß, wenn Du (Aehrenthal) morgen mit der Türkei zu einem Arrangement gelängst, die hiesige Regierung sich darüber freuen wird, und ich erwarte sogar in diesem Fall einen Umschwung in der englischen Presse."[11]) Was Mens-

[8]) ebenda Nr. 9564.
[9]) B. D. Bd. V Nr. 505; O. U. Bd. I Nr. 863.
[10]) O. U. I Nr. 900.
[11]) O. U. Bd. I Nr. 695.

dorff hier schreibt, ist durchaus richtig, denn das beweisen uns jetzt die Documents, im übrigen dachte er aber zu optimistisch über die englische Politik und irrte in seiner Anschauung gewaltig, denn die Wirklichkeit redete eine andere Sprache. Graf Mensdorff hatte gewiß die Schwere der Situation und vor allem die englische Politik in ihrem eigentlichen Wesen und in ihren Zielen nicht erfaßt. Er war nicht der geeignete Vertreter der Doppelmonarchie auf einem so wichtigen Posten, wie es der eines österreichischen Botschafters in der britischen Hauptstadt war. Sir Charles Hardinge urteilte über Mensdorff: „You have never seen such a woebegone Appearance as Mensdorff has now. He thoroughly realizes that his Government have behaved in a very underhand manner, and the poor little man has had this well rubbed into him during his stay at Balmoral. I realy feel quite sorry for him. He is not a fitting representative of a policy of duplicity such as Aehrenthals."[12]) Es ist auch durchaus verständlich, wenn Edward VII. ihn als ein gefügiges Werkzeug benutzte, ihn außerordentlich schätzte und kein Hehl daraus machte, daß er es als eine sehr erwünschte Fügung des Schicksals ansehen würde, wenn Mensdorff Aehrenthals Platz einnehme, denn dann sei er sicher, daß in Wien eine England angenehme Politik getrieben werde.[13])

Auch der belgische Vertreter in Wien war der Ansicht, daß England und Rußland seit der Annexion jede Gelegenheit benutzten, um Oesterreich—Ungarn Schwierigkeiten zu bereiten. In seinem Bericht vom 9. Januar 1909 führt er aus, daß England in der gegenwärtigen Lage eine Gelegenheit erblicke, seine Stellung im Orient wiederzugewinnen, die es unter dem alten Regime verloren habe.[14]) Der König von Rumänien sprach „von den Intrigen, die England gegen Oesterreich—Ungarn eingefädelt hat"... „nicht Rußland habe Serbien während der Annexionskrise zum Widerstand gegen die Monarchie getrieben, sondern England."[15])

Daß Sir Arthur Nicolson die Politik der österreichisch-ungarischen Regierung scharf kritisierte, die die Gelegenheit ausnutzen wolle, um über Serbien herzufallen, während Serbien sich durchaus korrekt verhalte, nimmt weiter nicht wunder.[16]) Sir Fairfax Cartwright, der im Dezember 1908 als englischer Botschafter nach Wien kam, gab sich allerdings die größte Mühe, vermittelnd zwischen Wien und London zu wirken. Er mußte aber in einem Schreiben an Grey resigniert gestehen: während der langen Krise erklären England und Rußland, daß sie die Heiligkeit der Verträge verteidigen und aus edlen und moralischen Motiven handeln, und dennoch war es unmöglich, in Oesterreich—Ungarn und Deutschland weder Regierung noch öffentliche Meinung davon zu überzeugen und glaubhaft zu machen, daß die englischen Motive unin-

---

12) B. D. Bd. V Nr. 372.
13) O. U. Bd. I Nr. 730.
14) Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV Nr. 36.
15) O. U. Bd. I Nr. 799; O. U. Bd. II Nr. 1747.
16) siehe Seite 72.

teressiert an materiellen Vorteilen sind und keine Argumente waren befähigt, diese Ansicht von der englischen Stellung zur bosnischen Krise zu ändern.[17])

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß England in der bosnischen Krise die Gegnerschaft zu Deutschland als konstanten Faktor in seine politische Rechnung einsetzte und offen damit operierte, auch keinen Wert darauf legte, eine Verständigung mit Deutschland durch irgend welche Einbußen zu erkaufen. Die Feindschaft zu Oesterreich—Ungarn wurde dadurch besonders offenkundig, daß man die russisch-serbischen Wünsche rückhaltlos unterstützte und durchzusetzen versuchte. Vielleicht war die englische Politik dabei noch von dem alten Wunsche geleitet, Oesterreich—Ungarn von Deutschland zu trennen, allerdings jetzt nicht mehr auf dem Wege freundschaftlicher Werbungen, sondern man beschritt jetzt den Weg der Drohung und der Pression, dadurch, daß man sich scharf gegen die Annexion wandte, sie moralisch verurteilte und sich in die Front der Gegner der Annexion einreihte.

Kapitel III.

Die Pressehetze.

Die eigentliche Spannung der politischen Lage in der bosnischen Krise wurde in ganz beträchtlichem Maße durch die englische Pressehetze gegen die Mittelmächte hervorgerufen und genährt. Diese regelrecht organisierte Presseagitation begann in England, Rußland und Frankreich bereits im Jahre 1901.[1]) Seit dieser Zeit ergingen sich die englische und deutsche Presse mit wechselndem Eifer in gegenseitigen Ausfällen, von diesem Zeitpunkt her datiert die Vergiftung der politischen Atmosphäre und entstand jene tiefgreifende Entfremdung, deren letzte Folge, eine beiderseitige leidenschaftliche Haßstimmung, erst im Weltkriege zutage trat. Die erbittersten Deutschenhasser der Ententeländer schlossen sich zu einem journalistischen Dreibund zusammen, der mit allen Mitteln die Niederwerfung Deutschlands forderte. Es ist durchaus natürlich und eigentlich selbstverständlich, wenn die deutsche Presse in der gleichen Weise antwortete und die deutschen Belange zu verteidigen suchte. Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Erregung der englischen Pressehetze mehr vom Mißtrauen gegen Deutschland als von ruhiger Ueberlegung geleitet war, während Deutschland, das politisch mehr und mehr vereinsamte, einen tieferen und wirklichen Grund für die Nervosität hatte.

---

[17]) B. D. Bd. V Nr. 802; G. P. 26 II Nr. 9467.

[1]) Meinecke, Fried: Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890 — 1901, Berlin 1927, Seite 225.

Daß im Herbst 1908 die Hetze gegen Deutschland und Oesterreich—Ungarn besonders stark betrieben wurde, ist leicht erklärlich. Die moralische Entrüstung Sir Edward Greys über die Tat Baron Aehrenthals gab der Presse eine solide Basis, von der aus man für die durch Deutschland und Oesterreich—Ungarn bedrohte Freiheit und Gerechtigkeit unter den Völkern und für die Heiligkeit der Verträge die maßloseste Agitation entfalten konnte. Der Gegensatz des Germanentums zum Slaventum, der hier offenkundiger denn je in die Erscheinung trat, war die passendste Gelegenheit, um den slawischen Völkern die Gefahr des Pangermanismus an einem Beispiel deutlich vor Augen zu führen.

Ueber die Presse und politischen Agitatoren als wichtige Faktoren der englischen Politik schreibt Baron Aehrenthal folgendes: „Die politische Arbeit Englands wird nach der Methode der Arbeitsteilung durch drei Faktoren betrieben: die Regierung, die Presse und die „Reisenden". Wenn ich im Folgenden von der englischen Politik spreche, so meine ich damit die Tätigkeit dieser drei Elemente, die mit verschiedenen, ihrer respektiven Beschaffenheit angemessenen Mitteln, durchaus einheitlich und harmonisch dasselbe Ziel verfolgt. Die Regierung nimmt naturgemäß einen kühlen, vornehmen Standpunkt ein, um den unsrigen absichtlich zu verkennen. Die Presse, die sich weniger Zwang aufzuerlegen braucht, bedient sich aller auf die öffentliche Meinung anwendbarer Reizmittel bei der Verbreitung absichtlich entstellter und erfundener Tatsachen. Die „Reisenden", die manchen diplomatischen und halbamtlichen Agenten zu ihrem Verbande zählen, besorgen am Balkan das übrige, praktische Werk."[2]) — Der größte Teil der englischen Presse wandte sich zunächst gegen Deutschland und stellte Deutschland als den alleinigen Feind Englands hin. Irgend ein Land mußte als Feind Englands betrachtet werden, wenn die englische Regierung vom Volke die schweren Lasten für die Vergrößerung der englischen Flotte forderte, und Deutschland war es, das unter Hinweis auf seinen Flottenbau die Zielscheibe lieferte.

Die heftigsten Feinde in der englischen Presse waren Lord Northcliffe und Mr. Pearson, deren Hauptaufgabe speziell darin bestand, die feindliche Stimmung gegen Deutschland zu fördern. Lord Northcliffe Herausgeber der „Daily Mail", des „Daily Mirror", des „Daily Graphic", des „Daily Expreß", der „Evening News" und der „Weekly Dispatch"",[3]) sagte einmal zu dem Grafen Mensdorff: „In jeder Zeitungsredaktion Deutschlands und Oesterreich—Ungarns habe ich jemanden, der mir berichtet."[3]) In einem Interview für den „Matin" äußerte er: „Ja, wir verabscheuen die Deutschen, und das von ganzem Herzen. Sie machen sich in der Welt verhaßt. — Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen

---

[2]) O. U. Bd. I Nr. 768.
[3]) Friedjung Bd. II S. 141.
[4]) Kriegsschuldfrage Jahrg. VII S. 1143.

könnte. Aber ich möchte nicht, daß sie irgend etwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte."[5])

Auch die Haltung der „Times" unterschied sich gegenüber Deutschland nur wenig von dem Gebaren der Northcliffeblätter. Ihre besonders auffällige Deutschfeindlichkeit ist durch die kürzlich erfolgte Veröffentlichung: Valentine Chirol: „Fifty Years in a Changing World", in ihren Ursachen wesentlich klarer geworden. An der Spitze der außenpolitischen Abteilung der „Times" stand von 1897—1912 Valentine Chirol, ein Mann von anscheinend sehr zielsicherem und festem Willen, der es auch durchaus verstand, den Diplomaten gegenüber seine Auffassung aufrecht zu erhalten. Chirol und seine Mitarbeiter vertraten die Ansicht, daß man alles tun müsse, um die Engländer aus ihrer Sorglosigkeit wachzurütteln und ihnen die Unzuverlässigkeit und Zerfahrenheit der deutschen Politik klar zu machen. — Besonders bemerkbar durch unwahrhafte Gerüchte machte sich auch der Wiener „Times"-Korrespondent Steed.[5])

„Daily Graphic" bezeichnete die Annexion als „ein Beispiel von Brigantentum, für das selbst in den räuberischen Zeiten der europäischen Geschichte nur schwer eine Parallele zu finden wäre."[6]) Ebenso gehässig äußerte sich der „Daily Telegraph", in dem z. B. folgendes zu lesen war: „Wenn die Herren im Privatleben die Karten in der Manier gemischt hätten, die die Hauptakteure in dieser Intrige gewählt haben, würden sie aus ihren Klubs ausgeschlossen werden. Die Annexion ist ein tödlicher Schlag gegen die Moral."[7]) Es hetzte ferner „Fortnightly Review", dessen deutschen-hetzerischer jahrelanger Anonymus der panslawistische Russe Wesselitzky war, der Londoner Berichterstatter der „Nowoje Wremja". Wesselitzkys lügenhafte Tendenzberichte hatten ihren persönlichen Grund in der Ausweisung aus Deutschland im Jahre 1892, worauf er das Hauptfeld seiner Tätigkeit nach London verlegte. In London erlangte Wesselitzky eine angesehene Stellung und war lange Jahre Präsident der Vereinigung der auswärtigen Pressevertreter. Er hat seit dieser Zeit sein möglichstes getan, um die deutsch-englischen Beziehungen zu vergiften und dagegen die englisch-russischen zu vertiefen. Sachlich lag dieser Wühlarbeit das Bestreben zugrunde, England auf Kosten Deutschlands an Rußland anzunähern. Auch während der bosnischen Krise war Wesselitzky lebhaft bemüht, seine zahlreichen internationalen Verbindungen im deutschfeindlichen Sinne auszunutzen.[8]) In diese englische Pressehetze wurde selbst die Person des Kaisers Franz Joseph in unehrenhafter Weise einbezogen. In den „Illustrated London News" wurden Kaiser Franz Joseph und Fürst Ferdinand als „The two Monarchs" dargestellt, „who tricked Europe".[9]) Das Unerhörteste

---

[5]) Farrer S. 170; Friedjung S. 141; O. U. Bd. II Nr. 1782.
[6]) Friedjung Bd. II S. 246.
[7]) ebenda S. 246.
[8]) G. P. 25 II, S. 442 Anmerkung.
[9]) O. U. Bd. I Nr. 896.

aber leistete sich die Monatsschrift „The near East", in deren Dezemberheft 1908 ein Artikel mit der Ueberschrift: „Francis Joseph" erschien, in welchem die unflätigsten Beschimpfungen über Kaiser Franz Joseph ausgesprochen wurden.[10])

In Serbien hetzte, von englischen Agenten beeinflußt die Belgrader Zeitung „Politika", die damals nicht ein beliebiges Blatt war, sondern als Sprachrohr des serbischen Ministers des Aeußern dessen Gedanken und Absichten ausdrückte, wie es der jetzige jugoslawische Gesandte in Paris, Dr. Miroslav Spalaikovič, bestätigt, der in der damaligen Zeit Sekretär des serbischen Außenministers war. In einem Artikel „Neue Tage" vom 1. Januar 1909 schrieb die „Politika": Die Gewalttaten Oesterreichs, der jüngste Mordversuch an unserm Volke und das in Europa herrschende Unrecht haben unsere Ueberzeugung gefestigt, daß wir unser Recht zu leben nur um den Preis unseres Blutes wahren können. In dieser Ueberzeugung blicken wir voll Zuversicht den bevorstehenden blutigen Tagen entgegen."[11]) In der Nummer vom 26. Februar 1909 heißt es weiter: „Das serbische Volk weiß, daß es mit Oesterreich auf Tod und Leben kämpfen muß. Nichts in der Welt vermag diesen Kampf aufzuschieben. Vor diesem erhabenen Willen des serbischen Volkes wird sich alles verbeugen oder es wird weichen müssen."[12])

Auch der Ton der russischen slavophilen Presse war ein so scharfer, daß sich selbst Iswolski dagegen wandte. Es hetzte namentlich Herr Suworin, der Besitzer der „Nowoje Wremja", der aber auf die Vorstellungen des Herrn Iswolski antwortete: „Er sei ein unabhängiger Journalist und schreibe, was er denke, Sache der Diplomaten sei es, die Beziehungen zwischen den Staaten so zu pflegen, daß der Friede nicht gestört werde."[13]) Wie aus einer Randbemerkung Kaiser Wilhelm II. hervorgeht, hegte der Kaiser die durchaus glaubwürdige Vermutung, daß der russische Journalist im Auftrage Englands und seiner Pfunde die Hetzereien betreibe.[14]) Besonders waren es die der englischen Botschaft nahe stehenden russischen Zeitungen, die sich förmlich in ihren Hetzartikeln überschlugen.[15])

Auch der italienische Außenminister Tittoni beklagte sich sehr über die englische Presse, die in Serbien und Montenegro trügerische Hoffnungen geweckt und künstlich hochgezogen habe. Mit Bitterkeit sprach er in einer Unterredung mit Fürst Bülow am 11. April 1909 „von der englischen Presse und der englischen Regierung, die alles getan hätten, um die italienische öffentliche Meinung gegen Oesterreich aufzu-

---

10) O. U. I Nr. 896.
11) Kriegsschuldfrage Jahrg. VII, S. 355 ff.
12) ebenda S. 355.
13) G. P. 26 I Nr. 9146.
14) ebenda Nr. 9146.
15) O. U. Bd. II Nr. 1468; G. P. Bd. 26 II Nr. 9503, 9498 Anm.

bringen, hinterher aber sich zurückgezogen hätten. Die italienische öffentliche Meinung und das italienische Parlament hätten sich erst über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina erregt, nachdem dieselbe in England so scharf kritisiert worden wäre."[16])

Von verhängnisvoller Wirkung war auch die Tätigkeit der englischen Reisenden und Agenten auf dem Balkan. Der österreichische Gesandte in Belgrad berichtet an seine Regierung, daß einflußreiche Publizisten, wie z. B. Mr. Chirol,[17]) politischer Direktor der „Times", sich in Belgrad aufhielten, und mit den Ministern, den Führern der politischen Parteien und den Universitätsprofessoren konferierten. Auf Banketten hielten sie serbophile gegen die Mittelmächte gerichtete Reden und steigerten dadurch die serbischen Hoffnungen ins Ungemessene.[18]) Unter diesen Reisenden spielte besonders ein Mr. Noel Buxton, der Präsident des englischen Balkankomitees, eine Rolle, der in Serbien eine außerordentliche Aktivität entwickelte, auch über beträchtliche Geldmittel verfügte, und mit seinen zahlreichen Agenten unter den unwissenden Serben Aspirationen verbreitete, die von den europäischen Mächten unmöglich befriedigt werden konnten.[19]) Von der verhängnisvollen Wirkung, die diese englischen Balkanagenten durch ihre Tätigkeit in Serbien zur Folge hatte, ist auch der französische Gesandte in Belgrad überzeugt, der seinem österreichischen Kollegen gegenüber zugab, daß es die Schuld der in Belgrad weilenden und durchreisenden englischen Parlamentarier und Journalisten sei, die die serbischen Politiker zu keiner Einsicht kommen ließen. England habe den ganzen Generalstab seiner Balkanintriganten mobilisiert.[20])

Sir Edward Grey lehnte jede Verantwortung wegen der Haltung der englischen Presse ab.[21]) Er versuchte die Wirkung der Presse abzuschwächen, indem er versicherte, daß man der Presse keine große Bedeutung beilegen dürfe, da die Politik von ihr nicht beeinflußt würde. Die englische Regierung besitze keine Autorität über die Presse. In England sei das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet und eine Zensur nicht vorhanden.[22]) Sir Edward Grey war allerdings an der englischen Zeitungshetze nicht so ganz unschuldig, wie er sich stets den Anschein gab. Daß für die Haltung der englischen Presse offiziöse Weisungen eine Rolle spielten, muß nach dem Bericht des Baron Forgasch, österreichischer Gesandter in Belgrad, angenommen werden, der mit Mr. Browne, dem dortigen Sonderkorrespondenten der „Times," Rücksprache über die feindliche Haltung der englischen Presse genommen hatte. Dieser schreibt: „Mr Browne gab mir vertraulich zu, daß dies

---

16) G. P. Bd. 26 II Nr. 9507.
17) siehe Seite 81.
18) Ö. U. Bd. I Nr. 649.
19) B. D. Bd. V Nr. 489; Ö. U. Bd. I Nr. 863.
20) ebenda Nr. 649.
21) G. P. 26 I Nr. 9161.
22) G. P. 26 II Nr. 9226.

(die Pressehetze) auf ein „mot d'ordre" seitens des Foreign Office nach der Annexion erfolgt sei."[23])

Eine wirklich für den europäischen Frieden arbeitende englische Staatsleitung hätte einen mildernden Einfluß ausüben können, war doch z. B. König Edward ein intimer Freund des Schriftstellers der „Morning Post", Algeron Borthwick und von Edward Lawson vom Daily Telegraph, die beide später zu Pears erhoben wurden.[24]) Selbst Graf Mensdroff zweifelte nicht daran, daß in den ersten Tagen nach der Annexion im Foreign Office anfragenden Journalisten die Auskunft erteilt wurde, „that Sir Edward Grey feels very strongly about what he considers to a breach of treaty".[25]) Demgegenüber muß es unaufrichtig wirken, wenn Grey jeden Zusammenhang mit der Presse bestritt und ihre Unabhängigkeit von der Regierung wiederholt betonte. Wenn Sir Edward Grey weiter behauptete, daß die englische Staatspolitik unabhängig von der durch die Presse erzeugte öffentliche Meinung sei, so widerspricht er sich, wenn er sagte: „Die Frage, ob Krieg oder Frieden hänge in England von keiner Regierung, sondern ausschließlich von der öffentlichen Meinung ab. Doch habe er das Gefühl gehabt, daß im gegebenen Fall die öffentliche Meinung genügend vorbereitet war, um der Regierung bei einer Aggression Deutschlands einen aktiven Eingriff zu ermöglichen."[26]) Auch gegen die Oeffnung der Dardanellen weiß Grey als einziges Argument die öffentliche Meinung ins Feld zu führen, die für ein derartiges Projekt nicht zu haben sei und auf die Regierung Rücksicht zu nehmen habe.[27]) Wenn die öffentliche Meinung in England ein so zu respektierender Faktor war, weshalb sprach ihr Sir Edward Grey während der Vorstellungen, die der deutsche und österreichische Botschafter in London wiederholt gegen die Pressehetze erhoben, dann jede Bedeutung ab?

Die Kriegsgefahr.

Kapitel IV.

Wie der Verlauf der bosnischen Krise gezeigt hat, schien die Erregung über die Annexion Bosniens und der Herzegowina in gewissen Augenblicken sogar den europäischen Krieg heraufzubeschwören. Aber das Unglück wurde damals aus verschiedenen Gründen vermieden. Die Hauptursache war, daß Rußland so kurz nach der Niederlage durch Japan nicht imstande war, einen neuen Krieg zu führen. Dabei fiel entscheidend ins Gewicht, daß sich Berlin, nachdem die Annexion ein=

[23]) O. U. Bd. I Nr. 870.
[24]) Farrer S. 227/28.
[25]) O. U. Bd. I Nr. 964.
[26]) G. P. 26 II Nr. 9503 Anmerkung.
[27]) siehe Seite 22.

mal ausgesprochen war, rückhaltlos hinter Wien stellte. Das Zarenreich wäre so gezwungen gewesen, gegen Oesterreich—Ungarn und Deutschland zugleich vorzugehen, dazu war es jetzt aber zu schwach. Die Aktenpublikationen beweisen ferner, daß auch England und Frankreich damals einem Konflikt auszuweichen wünschten, weil sie die eigene und vor allem die russische Rüstung für ungenügend hielten. Wenn Rußland militärisch so gut vorbereitet gewesen wäre wie im Juli 1914, wäre der Weltkrieg 1908 zum Ausbruch gekommen.[1])

Der Staat, der ein wirkliches Interesse am Kriege hatte, und von dem auch die eigentliche Kriegshetze ausging, war Serbien. In Serbien war man zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Krieg, selbst bei den verzweifelsten Aussichten, einer Einschnürung durch Oesterreich—Ungarn vorzuziehen sei. Der Gedanke der Unvermeidlichkeit des Krieges mit Oesterreich—Ungarn gewann immer weiteren Boden. Die gebildeten Stände erblickten in einem Kriege das einzige Mittel, das größere Serbien zu verwirklichen. Auch die mittleren und unteren Schichten hatten kriegerische Neigungen. Die Regierung traf ernste kriegerische Vorbereitungen, schloß ein Offensiv- und Defensivbündnis mit Montenegro und verabredete gemeinsames militärisches Vorgehen gegen Oesterreich—Ungarn.[2]) Auf dem Wege über Saloniki gelangten große Mengen Kriegsmaterial, Dynamit, Maschinengewehre, belgische Gewehre mit Munition und Schneidersche Geschütze sowie Munition für dieselben aus England, Frankreich und Belgien nach Serbien.[3]) Wie sehr man in Serbien mit einem Kriege rechnete, zeigen die Worte des M. Pashitch, des früheren serbischen Außenministers, der dem englischen Gesandten sagte, wenn Serbien durch einen bewaffneten Konflikt mit Oesterreich—Ungarn auch materiellen Schaden nehmen würde, so würde der materielle Verlust ein moralischer Gewinn für die Nation sein. Wenn auch die serbischen Grenzstädte den österreichischen Truppen zum Opfer fallen würden, werde Serbien im Innern des Landes einen Kampf auf zwei Jahre aushalten können. Er rechne dabei ferner auf die Erhebung der Slawen in der österreichischen Armee und in den beiden Provinzen.[4]) Die serbische „Politika" führte am 13. Januar 1909 aus, daß Serbien keine Veranlassung habe, auch im Falle einer Verständigung Oesterreichs mit der Türkei seinen nationalen Standpunkt abzuändern. „Tag und Nacht fortrüstend, werde Serbien die Konferenz ruhig abwarten, und wenn sie die gerechten serbischen Interessen nicht befriedige, so werde Serbien tun, was allein ihm übrig bleibe. Europa werde sich alsdann überzeugen, daß Bosnien nur über ein totes Serbien hinweg eine österreichische Provinz werden könne."[5]) Zu gleicher Zeit bewilligte die Skuptschina neue Beträge für Rüstungen, und alle am Königsmord von 1903 beteiligten

---

1) Ewart Bd. II S. 930, 946.
2) O. U. Bd. I Nr. 541.
3) G. P. 26 II Nr. 9272.
4) B. D. V Nr. 399.
5) Schultheß, Jahrg. 1909 S. 613.

Offiziere wurden wieder in die Armee eingereiht. Dies geschah entgegen den dem Londoner Kabinett gemachten Zusagen, aber man hörte nirgends etwas davon, daß König Edward darüber noch dieselbe sittliche Entrüstung empfand wie früher.[6]) Sowohl die englische als auch die russische Presse stärkten durch ihre Angriffe gegen Oesterreich—Ungarn den Serben das Rückgrat und vermehrten die Erregung. Sie erweckten serbische Hoffnungen, die nur schwer zu verwirklichen waren und wodurch die Gefahr eines kriegerischen Abenteuers von seiten Serbiens erhöht wurde.

Die kriegerischen Tendenzen Serbiens fanden vor allem in dem slawischen Nachbarland Rußland Anklang. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Petersburg mit einem unmittelbar bevorstehenden österreichisch-serbischen Konflikt als unausweichliches Verhängnis gerechnet wurde. Vom Minister des Aeußern bis zum Dumaabgeordneten war man hierüber einig, und auch die Presse gab dieser allgemeinen Stimmung unverkennbar Ausdruck. In den Salons, in geschlossenen und öffentlichen Versammlungen und in den Spalten der Presse agitierte man für den Panslavismus.[7]) Der kritische Punkt war aber der, daß Rußland einem bewaffneten Konflikt nicht gewachsen war, da es sich von der japanischen Niederlage noch nicht erholt hatte. Diesen Mangel an militärischer Schlagfertigkeit standen sowohl der Kriegsminister Roediger als auch der Chef des Generalstabs Suchomlinow unumwunden ein. Am 11. März 1909 fand unter dem Vorsitz des Zaren ein Ministerrat statt, der zu dem Beschluß führte, daß Rußland unter keinen Umständen für Serbien zu den Waffen greifen werde. Die Minister des Handels, der Finanzen und des Krieges wiesen nach, daß es bei dem jetzigen Stand der Rüstung für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen.[8]) Auch eine Aeußerung des Oktobistenführers Gutschkow zu dem serbischen Gesandten in Petersburg ist hier charakteristisch: „Wir wären nur in dem Fall in den Krieg getreten, wenn es sich um den Bestand Rußlands gehandelt hätte, sonst aber keinesfalls, weil Rußland geschlagen werden würde. Ist unsere Rüstung einmal vollkommen durchgeführt, dann werden wir uns mit Oesterreich—Ungarn auseinandersetzen. Beginnt jetzt keinen Krieg, denn dies wäre euer Selbstmord, verschweigt eure Absichten, bereitet euch vor, es werden die Tage eurer Freuden kommen.“[9])

Wie schon ausgeführt wurde, hat der englische Botschafter in Rußland, Sir Arthur Nicolson, zur Verschärfung der Gegensätze wesentlich beigetragen.[10]) Wie Graf Pourtalès aus Petersburg berichtet, führte Nicolson während des ganzen Verlaufs der bosnischen Krise in den Petersburger Salons eine Sprache, die deutlich sein Bestreben

---

[6]) Friedjung Bd. II S. 267.
[7]) O. U. Bd. I Nr. 1051; G. P. 26 II Nr. 9295, 9387.
[8]) G. P. 26 II Nr. 9428, 9452 Anmerkung.
[9]) G. P. 26 II Nr. 9428 Anmerkung.
[10]) siehe Seite 63 ff.

verriet, den zwischen Oesterreich und Rußland entstandenen Konflikt zu verschärfen. Selbst russische Diplomaten bezeichneten die Art, wie sich der englische Botschafter über die serbischen Ansprüche äußerte, als hetzerisch. Auf einem Diner der deutschen Botschaft in Petersburg im März 1909, als die friedliche Beilegung des Konfliktes durch die deutsche Demarche in Petersburg bekannt geworden war, äußerte eine der anwesenden Damen ihre Freude darüber, daß die Kriegsgefahr beendet sei. Darauf antwortete Sir Arthur Nicolson: „Das sei alles sehr schön, die nationale Ehre sei aber doch noch mehr wert als der Friede", worauf einer der Anwesenden aus der Umgebung des Zaren bemerkte: „Es sehe ja aus, als ob Sir Arthur die friedliche Lösung bedaure". Als an demselben Abend der deutsche Botschafter seinem englischen Kollegen gegenüber seine lebhafte Befriedigung über die friedliche Beilegung der russisch-österreichischen Differenzen aussprach, antwortete letzterer: „Es sei noch keineswegs sicher, daß seine Regierung sich mit dieser Lösung einverstanden erklären werde."[11])

Was nun Sir Edward Grey anbelangt, so gewinnt man beim Studium des „Documents" über die bosnische Krise zunächst unbedingt den Eindruck, daß Grey vom Anfang der Krise an und auch während des ganzen Verlaufes nicht im geringsten daran dachte, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Sir Edward Grey manifestierte im Gegenteil mit aller Rücksichtslosigkeit seine Bemühungen, eine friedliche Lösung aller Streitfragen herbeizuführen. Aber dennoch kann der britischen Diplomatie nicht der Vorwurf erspart bleiben, sich für die Erhaltung des Friedens in einer dem britischen Einflusse entsprechenden und genügenden Weise eingesetzt zu haben. Das Foreign Office hat es zwar an Mahnungen zur Ruhe und Mäßigung in Belgrad nicht fehlen lassen, aber diese Aufforderungen waren nicht genügend, es fehlte die Aufforderung zur Einstellung der Rüstungen, der Hetze und Provokationen gegen die Doppelmonarchie. Die englische Sprache war mit Rücksicht auf Rußland den Serben gegenüber nicht deutlich genug. Englische Agenten, Reisenden, sowie die englische Presse waren es ja gerade, die in Serbien die tollsten Illusionen auf Unterstützung hervorriefen. Bemerkenswert ist ferner, daß das Foreign Office gegen die russischen Kriegstreibereien nicht einen einzigen Schritt unternommen hat. Hier mag ein Brief Greys an Nicolson vom 27. Februar 1909 angeführt werden, in welchem Grey unter anderem schreibt: „Die Zeit ist gekommen, wo Rußland sich entscheiden sollte, ob es glaubt, Serbien bewaffnete Unterstützung zur Erlangung der territorialen Forderungen zu geben oder Serbien zu sagen, daß es im kritischen Augenblick im Interesse des Friedens diese Forderungen nicht unterstützen könne. Wenn es für Rußland zu schwer ist, als erster Serbien die Situation zu erklären, können wir und Frankreich es im Interesse des Friedens tun. Aber wir müssen zuerst wissen, was Rußland zu

---

[11]) G. P. 26 II Nr. 9503.

tun gedenkt."[12]) Die Frage, ob Krieg oder Frieden stellt Sir Edward Grey hier also Rußland zur Entscheidung anheim. Wäre Rußland so gerüstet gewesen wie im Sommer 1914, so viel läßt sich ersehen, hätte Sir Edwrad Grey auch im Herbst 1908 die Entfesselung des europäischen Krieges gewiß nicht verhindert und dann bestand kein Zweifel darüber, daß England zu Gunsten Rußlands in den Krieg eingegriffen hätte.

Aufschlußreich über Greys Verhalten in einem europäischen Kriege ist ein Gespräch, daß er mit dem russischen Botschafter in London, Graf Benckendorff, hatte. Grey sagte: Wenn Frankreich von Deutschland wegen Marocko angegriffen werde, würde die Welt nicht verstehen, wenn England die Arme kreuze und zusehe. Grundsätzlich würden in jedem Kriege die englischen Sympathien stets auf Seiten des Angegriffenen sein. Auch aus Benckendorffs Bemerkung hierauf geht hervor, daß auch Rußland in diesem Fall auf Frankreichs Seite stand. Auf die Frage Greys, wie Frankreich sich verhalten werde, wenn zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn wegen der Balkanangelegenheiten ein kriegerischer Konflikt entstehe und Deutschland Oesterreich unterstütze, antwortete Benckendorff: in diesem Fall werde Frankreich selbstverständlich in den Krieg eingreifen, und dann würden alle vier Mächte in den Krieg verwickelt werden.[13]) Als dann gegen Ende der Krise Benckendorff Sir Edward Grey mitteilte, daß Rußland den deutschen Vermittlungsvorschlag angenommen habe, und er darauf die Frage stellte, wie England sich im Fall eines Krieges verhalten hätte, erwiderte Grey: „Er habe nicht das Recht, auf diese Frage eine direkte Antwort zu geben." Dann hielt er es aber trotzdem für nötig, auf den Gegenstand ausführlich einzugehen und an Hand der Geschichte nachzuweisen, daß England stets gegen diejenige Macht habe kämpfen müssen, die eine über alle anderen Kontinentalmächte dominierende Stellung durch den glücklichen Ausgang des Krieges erlangen würde. — Eine solche Hegemonie wäre Deutschland im Falle eines mit Rußland allein geführten Krieges zugefallen.[14])

Wir besitzen ferner Urteile, die die englische Politik *noch* wesentlich *aggressiver* erscheinen lassen. Der gewiß eine Verständigung mit England anstrebende deutsche Botschafter Graf Metternich konnte nicht umhin, Sir Edward Grey schließlich zu sagen, daß seine Haltung „den Frieden gefährde."[15]) Am 1. Dezember 1908 berichtete Graf Metternich an den Reichskanzler Bülow, daß er von einem dem General French befreundeten Cityherrn erfahren habe, daß dieser General die Ansicht hatte, daß es der englischen Regierung gar nicht so unerwünscht wäre, wenn die Balkanwirren zu einem allgemeinen europäischen Kriege führten. Auch der Admiral Fisher hat nach Aussage eines ebenfalls mit

[12]) B. D. Bd. V Nr. 621.
[13]) B. D. Bd. V Nr. 441.
[14]) G. P. 26 II Nr. 9503 Anmerkung.
[15]) Kriegsschuldfrage, Jahrg. 1931 Nr. 5 S. 439.

Metternich befreundeten Cityherrn die gleiche Ansicht ausgesprochen, nur mit dem Zusatz, daß dann die deutsche Flotte vernichtet werden könne. Graf Metternich glaubte allerdings nicht, daß die Friedensbeteuerungen der englischen Regierung im Widerspruch zu ihren inneren Wünschen ständen. Nach seiner Auffassung wünsche die englische Regierung den Frieden. Aber dennoch seien derartige Aeußerungen der Führer von Heer und Flotte nicht ohne Bedeutung, denn auch ihre Ansichten seien nicht von geringem Einfluß auf die öffentliche Meinung und könnten für die Führung der Politik gefährlich werden.[16])

Der türkische Botschafter in London, Osman Nisamis, sprach in einem Telegramm an den Großwisir von der großen Gefahr, die den Frieden bedrohte und schrieb über die englische Politik folgendes: „Die exzeptionelle Stellung, welche England einnimmt, und die anvantages Immenses, welches es aus einem kontinentalen Konflikt ziehen würde, lassen glauben, daß England trotz der Sympathien für die Türkei ein Interesse daran habe, daß eine friedliche Lösung der schwebenden Fragen nicht eintrete."[17])

Der belgische Gesandte in Berlin meldete am 5. April 1909 auf Grund zuverlässiger Nachrichten, die es aus Paris erhalten hatte, daß man im Falle einer kriegerischen Lösung des Konfliktes in London wie in Paris entschlossen gewesen sei, Rußland mit den Waffen sofort zu unterstützen. Nach Ansicht des belgischen Gesandten habe das „einen allgemeinen Krieg mit sich gebracht."[18]) Wie weiter aus den Akten hervorgeht, hat bei der Heeresvorlage in Dänemark im Februar 1909, die eine beträchtliche Heeresverstärkung für Dänemark forderte, auch englischer Einfluß eine nicht geringe Rolle gespielt. Man beabsichtigte, einige feste Punkte Jütlands und besonders den Hafen Esbjirg zu befestigen. Letzterer konnte einer englischen Flotte als Basis für Operationen gegen Kiel und den Kaiser Wilhelm Kanal dienen.[19]) Der italienische Außenminister Tittoni dachte ebenfalls sehr pessimistisch über die britische Politik, wenn er sagte, daß England, „falls Oesterreich-Ungarn die Beteiligung an einer Konferenz verweigern sollte, nicht davon zurückschrecken würde, seinen Botschafter in Wien abzurufen und evtl. ein Escadre in das adriatische Meer zu entsenden."[20])

Wie man auch in Paris von englischer Seite arbeitete, geht aus einer Aeußerung hervor, die ein intimer Freund Clemenceaus in Wien machte. Dieser wollte erfahren haben, daß Edward VII. in den verflossenen zwei Monaten alles aufgeboten habe, „um Clemenceau dazu zu bewegen, der englisch-französischen Entente eine aggressive Spitze gegen Deutschland zu geben. Clemenceau sei hierüber sehr erbittert und habe erklärt, daß er auf diesem Wege der englischen Politik nicht fol-

---

16) G. P. 26 I Nr. 9124.
17) G. P. 26 II Nr. 9261.
18) Belg. Dok. Schwertfeger Bd. IV S. 178, Nr. 58.
19) Belg. Dok. Bd. IV, Schwertfeger, Nr. 40 S. 138.
20) O. U. Bd. I Nr. 489.

gen könne und über Mittel nachsinnen müsse, die geeignet erschienen, die englisch-französische Entente der kriegerischen Tendenz zu entkleiden, die ihr König Edward so gern geben möchte."[21]) Auch der östereichische Gesandte in Paris, Graf Khevenhüller, schreibt in einem Privatbrief vom 11. November 1908 an seine Regierung: „Ich hatte mittlerweile aus einer höchst vertraulichen Quelle erfahren, daß England hier (in Paris) sehr verderbliche Ratschläge gebe. Man wollte Frankreich in den Krieg treiben. Es wurde Clemenceau und Pichon gesagt, der Moment für die Revanche sei da und würde so günstig nie wieder kehren. Oesterreich-Ungarn, in der Front gegen den Balkan beschäftigt, könne Deutschland als Allierten wenig helfen. Deutschland stände jetzt allein gegen Rußland, Frankreich und England. Italien würde man veranlassen können, sich seiner Bundespflichten zu entziehen. Ich glaube zwar, daß die französische Regierung trotz dieser Aufforderung an der in Aussicht gestellten Beihilfe, den kriegerischen Gang gegen Deutschland verabscheut. Wie ernst man den Fall hier betrachtet, magst Du daraus entnehmen, daß de facto Kriegsvorbereitungen getroffen wurden."[22]) Aus den Documents läßt sich allerdings eine offizielle Tätigkeit Englands in dieser Hinsicht nicht belegen. Es ist aber durchaus glaubwürdig, daß von privaten Kräften in diesem Sinne in Paris gearbeitet wurde. Wie schon ausgeführt worden ist, hatte Graf Mensdorff allerdings auch eine wesentlich andere Auffassung von der britischen Diplomatie. So berichtete er am 27. November 1908, daß Grey die „direkte Verständigung der Hauptbeteiligten" wünsche.[23]) Ferner habe ihm der neue englische Botschafter für Wien Sir Fairfax Cartwright, „die bündige Erklärung abgegeben, daß sowohl König Edward als Sir Edward Grey aufrichtig wünschten, daß die gegenwärtige internationale Krise glücklich ohne kriegerische Komplikationen überwunden werde."[24])

Es steht aber fest, daß in England das Schreckbild einer deutschen Invasion niemals eine solche Höhe erreichte, noch jemals die Vermehrung der deutschen Flotte so beunruhigend wirkte als gerade zur Zeit der bosnischen Krise. Die Presse hetzte unaufhörlich, und selbst das Theater nahm man zu Hilfe, um die Panik zu vermehren. Ende Januar 1909 wurde in London das Stück „The Englishman's Home" wochenlang gespielt, das den Engländern das Schreckgegespenst des deutschen Einfalls an die Wand malte und die englische Unsicherheit gegen die deutsche Invasion und die Propaganda für die allgemeine Unsicherheit sich zunutze machte.[25]) Mit besonderer Schärfe debattierte man im Parlament und in den Zeitungen über das Verhältnis der englischen Flottenstärke zur deutschen.

Angesichts dieser verhängnisvollen Propaganda und der Stimmung in der öffentlichen Meinung klingt es deshalb auch nicht ganz unbe-

21) O. U. Bd. I Nr. 747.
22) O. A. Bd. I Nr. 550.
23) ebenda Nr. 660.
24) O. U. Bd. I Nr. 663.
25) Farrer S. 232.

denklich, wenn Grey Ende März 1909 erklärte: „Die Frage, ob Krieg oder Friede hänge in England von keiner Regierung, sondern ausschließlich von der öffentlichen Meinung ab, doch habe er das Gefühl gehabt, daß im gegebenen Fall die öffentliche Meinung genügend vorbereitet war, um der Regierung bei einer Aggression Deutschlands ein aktives Eingreifen zu ermöglichen."[26]) Für die kriegerische Absicht gewisser englischer Kreise liegt uns jetzt auch das schon anfangs erwähnte Zeugnis von Winston Churchill vor, der am 11. September 1914 in einer Massenversammlung in London das englische Volk ermahnte, im Kampf gegen Deutschland auszuharren, denn das sei der große Krieg, der bereits zur bosnischen Krise zu führen gewesen wäre, „wenn sich Rußland damals nicht soweit erniedrigt hätte, den deutschen Drohungen nachzugeben."[27])

In Frankreich war damals der Gedanke an einen Krieg im allgemeinen unpopulär.[28]) Maßgebend für die Haltung der französischen Regierung war fraglos sowohl die eigene als auch die militärische Schwäche Rußlands. In einem Schreiben des französischen Botschafters in Petersburg an Iswolski heißt es: „Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten."[29]) In der französischen Presse finden wir allerdings andere Ansichten vertreten. Die Presse erörterte die Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegen Rußland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges, wobei „Jounal des Débatts" zu der Schlußfolgerung kam, daß Frankreich im Falle deutscher Hilfe für Oesterreich-Ungarn gegen Serbien und Rußland seinen Bundesgenossen mit allen Kräften beistehen werde. Auch das „Echo de Paris", das Blatt Delcassés verdächtigte die Absichten der deutschen und österreichischen Politik, die Rußlands Ansehen auf dem Balkan vernichte und in Europa die Tripelentente zu sprengen beabsichtige. Frankreich werde aber, wenn es nötig sei, allen seinen Verpflichtungen nachkommen.[30]) Ein anderes Zeugnis über die Lage in Frankreich und England besitzen wir in einem Bericht des russischen Botschafters in Paris an Herrn Iswolski von Ende März 1909. Dieser schreibt, daß Frankreich entschlossen sei, seinen Bündnisvertrag mit Rußland zu erfüllen. Infolgedessen wurde die Verfügung getroffen, „keine Urlaubsbewilligungen an die örtlichen Armeekorps zu erteilen, und es wurden verschiedene Truppenbewegungen und andere Maßregeln zur Vorberei-

---

26) G. P. 26 II Nr. 9503 Anm.
27) Friedjung Bd. II S. 265.
28) siehe Seite 16.
29) Siebert S. 74; G. P. 26 II Nr. 9389.
30) Schultheß Jahrg. 1909 S. 497/98.

tung der Mobilisation durchgeführt. In London hat man diese Erwägungen auch beherzigt, und man hat mit der französischen Regierung vereinbart, ein Eskader zusammenzustellen, welches sich bei Malta zu versammeln hätte. Die englische Admiralität hat auch noch andere Maßregeln getroffen."[31]) Inzwischen sei aber die Nachricht eingetroffen, daß es für Rußland unmöglich sei, Krieg zu führen. Diese Meldung von der Machtlosigkeit Rußlands habe auf Rußlands Freunde einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Dann heißt es weiter: „Die Kabinette von Paris und London haben hieraus den Schluß gezogen, daß Rußland, Frankreich und England mehr denn je auf gemeinsames Handeln bedacht sein und gleichzeitig militärisch rüsten müssen, um ihren Gegnern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie es mit einer politischen Kombination zu tun haben, die sich Achtung zu verschaffen weiß, und ihre Forderung durchsetzen wird."[32]) Danach scheint also Frankreich doch mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet zu haben.

Auch in Oesterreich-Ungarn gab es ohne Zweifel Männer, die auf den Präventivkrieg gegen Serbien hinarbeiteten. So drängten die Generäle zum Handeln, in erster Linie der Generalstabschef Freiherr von Conrad und der Erzherzog Franz Ferdinand. Nach ihrer Ansicht war die Abrechnung mit Serbien unvermeidlich und der damalige Zeitpunkt günstig, um der slawischen Gefahr mit einem Schlage ein Ende zu bereiten.[33]) Freiherr von Aehrenthal blieb aber dabei, daß der Krieg gegen Serbien keinen Sinn habe, er wollte die Unabhängigkeit und Integrität Serbiens nicht antasten. Ohne Zweifel wäre auch der Krieg nur ein Augenblickserfolg und keine endgültige Lösung der serbischen Frage gewesen, denn wenn Serbien von österreichischen Truppen besetzt war, hätte Rußland mit seinen Rüstungen begonnen, um den Entscheidungskampf herbeizuführen, und dann mußte sich Oesterreich-Ungarn auf den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges gefaßt machen.[34]) Die Stellung Kaiser Franz Josephs war trotz des Druckes, der durch die militärischen Ratgeber auf den Monarchen ausgeübt wurde, eine durchaus friedliche. Wie der englische Botschafter in Wien, Sir Fairfax Cartwright, an Sir Edward Grey schrieb, war er der Ueberzeugung, daß die Vermeidung des Krieges in der Hauptsache auf den Einfluß Kaiser Franz Josephs zurückzuführen sei. Er glaube auch sagen zu können, daß Baron Aehrental selbst für eine friedliche Lösung der Krise bemüht sei, denn wenn seine Politik zum Kriege führen würde, habe er mit dem Mißfallen des Kaisers und der öffentlichen Meinung zu rechnen, die für den Krieg nicht zu haben wären.[35]) Ueber

---

31) Siebert S. 114.
32) ebenda S. 114.
33) Friedjung Bd. II S. 268.
34) G. P. 26 II Nr. 9453, 9457.
35) B. D. Bd. V Nr. 802; Bogh. Kriegsursachen, S. 30.

die militärischen Maßnahmen, die Oesterreich-Ungarn gegen Serbien getroffen hatte, schreibt Sir Edward Goschen, Sir F. Cartwrights Vorgänger in Wien, daß Oesterreich-Ungarn keine bedeutenden Maßnahmen gegen Serbien getroffen habe. Die Maßregeln, die man getroffen habe, seien rein defensiver Natur, die der Kriegsminister aus eigener Kraft ohne Erlaubnis der Krone und des Parlaments vorgenommen habe.[36])

Aus welchen Gründen das deutsche Reich die Politik der Doppelmonarchie unterstützte, ist bereits dargestellt worden.[37]) Den friedlichen Charakter der deutschen Politik bestätigt selbst Clemenceau, der zu Sir F. Cartwright sagte: Er glaube nicht, daß Deutschland bereit sei, Oesterreich-Ungarn in einem Kriege zu unterstützen, denn der Kaiser habe einen „physischen Schrecken" vor einem Kriege. Er würde Bedenken haben, wenn er sich plötzlich vor die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland, Frankreich und England gestellt sehe.[38]) Sir Edward Grey unterstrich die Ansicht Clemenceaus und fügte hinzu, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß Deutschland keinen Krieg wünsche. Deutschland werde vielmehr alles tun, um einen österreichisch-serbischen Krieg zu verhindern.[39]) Nach dem Besuch des englischen Königspaares in Berlin[40]) erklärte Grey, Fürst Bülow habe sich in seinem Beifall für Baron Aehrenthal große Zurückhaltung auferlegt und sei ernstlich um die Aufrechterhaltung des Friedens bemüht und habe auch bereits seit einigen Wochen in diesem Sinne Ratschläge in Wien erteilt.[41])

Durch den deutschen Vermittlungsvorschlag in Petersburg wurde die friedliche Lösung der Krise herbeigeführt. Der Wille Serbiens war, gegen Oesterreich-Ungarn den Krieg auf Leben und Tod zu provozieren, der schon 1908 bestand und sich während der Annexionskrise im höchsten Maße steigerte, wurde auch nach Beendigung der Krise nicht abgebaut, sondern sorgsam weiter verbreitet.[42]) Die serbische Hetze, die mehr oder weniger offen von den panslawistischen Kreisen Rußlands unterstützt wurde,[43]) erregte weiter die Gemüter des serbischen Volkes und fand ihren Höhepunkt nach einer langen Reihe von Attentatsversuchen auf österreichische Beamte in dem tragischen Morde des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serajewo im Juni 1914, der dann unmittelbarer Anlaß zum Weltkriege wurde.

---

36) B. D. Bd. V Nr. 345, 397.
37) siehe Seite 19.
38) B. D. Bd. V Nr. 475.
39) ebenda Seite 519.
40) siehe Seite 75.
41) B. D. Bd. V Nr. 568.
42) G. P. 26 II Nr. 9556 ff.
43) G. P. 26 II Nr. 9563 ff.

Kapitel V.

Zusammenfassender Ueberblick über die englische Politik in der bosnischen Krise.

Der Verlauf der bosnischen Krise zeigt uns mit aller Deutlichkeit zunächst die Tatsache der Gegnerschaft Englands zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wie dieses auch besonders aus der englischen Pressehetze hervorgeht und veranschaulicht uns darüber hinaus die energischen Bemühungen Englands um die weitere Ausgestaltung der Tripelentente, wobei das Verhältnis Englands zu Rußland von überragender Bedeutung ist. — Es war selbstverständlich das Recht der englischen Regierung, als sie vor die vollzogene Tatsache der Annexion gestellt wurde, diese abzulehnen und dagegen zu protestieren. Bei diesem Protest des Foreign Office gegen die Annexion vermissen wir allerdings das nötige Verständnis für die Zwangslage, in der Oesterreich-Ungarn sich befand infolge der politischen Veränderungen in der Türkei und der großen Gefahr, die der Monarchie von Serbien aus drohte. Obgleich direkte englische Interessen durch die Annexionserklärung nicht berührt wurden, reihte England dessen ungeachtet aus eigenen Interessen wie auch mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Rußland sich sofort in die Reihe der Gegner der Annexion ein. Sir Edward Grey bemühte sich ohne Zweifel, eine friedlche Lösunig der Krise zu finden und machte auch seinen Einfluß dahin geltend, jede kriegerische Verwicklung — wenn auch nicht in der nachdrücklichsten Weise — zu verhindern. Diese Bemühungen Greys um die friedliche Beilegung der verschiedenen Konflikte ändern aber nichts an der Tatsache, daß England sich im Lager der Gegner der Mittelmächte befand.

Das Verhältnis Englands zu Rußland spielt in der Annexionskrise eine überragende Rolle und war grundlegend und richtunggebend für die einzelnen Schritte der englischen Regierung. Die englische Politik in der bosnischen Krise wurde zum größtenteil durch die Rücksichtnahme auf Rußland bestimmt, sie war ein ängstliches Werben um die Freundschaft Rußlands und ließ zu diesem Zweck Rußland eine energische diplomatische Unterstützung zuteil werden, soweit diese eben nicht zum Kriege führte. Zwar konnten sich die Briten mit dem russischen Wunsch der Oeffnung der Meerengen nicht einverstanden erklären und gerieten dadurch anfangs in einen gewissen Gegensatz zu Rußland, sie wußten diesen aber durch ein Entgegenkommen in allen anderen Fragen, namentlich in dem Konferenzgedanken, wieder zu beseitigen. Der weitere Verlauf der Krise zeigt denn auch ein diplomatisches Zusammenspiel der englischen und der russischen Politik, in welchem bereits die Festigung und Vertiefung der Entente deutlich zum Ausdruck kommt, und die tiefe Ent-

fremdung Englands zu den Mittelmächten jede Beseitigung des immer größer werdenden Mißtrauens als aussichtslos erscheinen läßt.

Zum Zweck der Lösung der aus der Annexionskrise entstandenen Schwierigkeiten stimmte Sir Edward Grey der von dem russischen Außenminister Iswolski vorgeschlagenen Konferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrages zu und arbeitete auch mit Iswolski ein Konferenzprogramm aus. Für die Verwirklichung dieses Konferenzgedankens setzte Sir Edward Grey sich mit allem Nachdruck ein, denn eine Konferenz bot England die einzige Möglichkeit, die Mittelmächte infolge des Uebergewichts der Ententemächte zu überstimmen und ihnen so eine sichere Niederlage beizubringen. Sir Edward Grey ließ denn auch nach dem anfänglichen Scheitern der Konferenz nichts unversucht, um dieselbe bei jeder passenden Gelegenheit immer wieder von neuem zu propagieren und vorzuschlagen, so daß sich der Konferenzgedanke wie ein roter Faden durch die gesamte Annexionskrise hindurchzieht. Mit dem endgültigen Scheitern der Konferenz schwand auch für die englische Politik die Aussicht auf Erfolg.

Englands Verhältnis zur Türkei wie auch zu Serbien und Bulgarien war von dem Gedanken geleitet, dem weiteren Vordringen der Mittelmächte auf dem Balkan durch Bildung eines Balkanblocks den Weg zu versperren. Ein besonderes Interesse hatte England dabei aus verschiedenen Gründen an den Ereignissen, die die Türkei betrafen. Der in den letzten Jahren immer stärker gewordene deutsche Einfluß am Goldenen Horn war den Engländern unangenehm und nun bot sich in dem Vorgehen Oesterreichs gegen die Türkei eine Chance, die England für seine Ziele nicht unausgenutzt lassen zu können glaubte, denn jetzt konnten die Engländer den Türken an einem schlagenden Beweise zeigen, daß Oesterreich-Ungarn, das von Deutschland unterstützt wurde, die Türkei vom Balkan verdrängen wollte. Seitens des Foreign Office ließ man deshalb auch nichts versucht, in dieser Weise in Konstantinopel gegen die Mittelmächte zu intrigieren, allerdings mit einem negativen Erfolg.

Mit großem Interesse wandte sich Sir Edward Grey auch der Verwirklichung des Balkanbundes zu und führte zu diesem Zweck intensive Verhandlungen in Belgrad, Sofia und Konstantinopel. Wenn auch das Zustandekommen des Balkanbundes wegen der großen Gegensätze der Balkanvölker untereinander von Anfang an als aussichtslos erscheinen mußte, so zeigen doch die außerordentlichen Bemühungen, die England diesem Gegenstand zuwandte, um welch hohen Preis es auch hier für England ging: es galt, den Ring um die Mittelmächte zu schließen und Deutschland den Weg nach dem Orient zu versperren. Bei diesen Verhandlungen suchte England besonders Einfluß in Bulgarien zu gewinnen.

Den Serben ließ die englische Regierung eine weitgehendste Unterstützung in moralischer und materieller Hinsicht zuteil werden,

die uns im höchsten Maße in Erstaunen versetzt. Keine europäische Macht, auch nicht das Serbien besonders nahe stehende Rußland, ließ sich zu einer solchen Parteinahme für Serbien hinreißen. Auch hier arbeitete die englische Politik gewiß nicht umsonst und nur um die Heiligkeit der Verträge zu schützen, sondern es stand auch hier ein eminentes englisches Interesse auf dem Spiel. Einmal handelte England mit Rücksicht auf Rußland, zum andern war Serbien in seiner feindlichen Stellung gegen Oesterreich-Ungarn ein natürlicher Bundesgenosse Englands. Für die englischen Politiker bot sich jetzt die beste Gelegenheit, Serbien Beweise dafür zu erbringen, daß es in allen Fällen auf die Hilfe des mächtigen England rechnen könne. Welch eine verhängnisvolle Entwicklung bahnte England dadurch an! Es ermutigte das kleine Serbien in seinen politischen Aspirationen und seiner Angriffslust gegen die Doppelmonarchie und half damit die Fackel entzünden, die im Sommer 1914 zur hellen Flamme emporlodern und über Europa das lichte Feuer des Weltkrieges verbreiten sollte. Hier liegt vielleicht die wichtigste Perspektive der bosnischen Krise.

Schluß:

Die Folgen der bosnischen Krise.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bosnische Krise, wenn sie auch eine friedliche Lösung gefunden hat, und den Mittelmächten einen starken diplomatischen Erfolg brachte, in ihren Folgen für die Zukunft verhängnisvoll wurde. Zwar hatte die deutsch-österreichische Diplomatie über die Entente gesiegt, aber es war einer jener Pyrrhussiege, die nur im ersten Augenblick glänzend scheinen und doch mehr Mißgeschick als Vorteile bringen. Fürst Bülow schreibt in seinem Buche „Deutsche Politik": „Der Verlauf der bosnischen Krise wurde tatsächlich das Ende der Einkreisungspolitik Edward VII."[1]) Diese Auffassung Bülows ist falsch, denn die späteren Ereignisse haben bewiesen, daß der um Deutschland geschlossene Ring keineswegs gesprengt war, wie Fürst Bülow glaubte, sondern im Gegenteil durch die Art, wie Deutschland die Kapitulation Rußlands erzwang, das Netz der Einkreisung nur noch fester geknüpft wurde. Gerade in der bosnischen Krise zeigt sich die Unzulänglichkeit der Bülowschen Politik in ihrem vollen Verhängnis.

Sir Faifax Cartwright, der englische Botschafter in Wien gab sich zwar nach der Krise redliche Mühe, vergessen zu machen, was geschehen war und suchte die Mißstimmung, die bei König Edward gegen Kaiser Franz Joseph bestand, zu beseitigen.[2]) Aber das Zerwürfnis und die Entfremdung zwischen Wien und London war zu groß, als daß eine wesentliche Besserung hätte eintreten können.[3]) Es unterlag auch keinem Zweifel, daß eine dauernde, innere Heilung der Beziehungen zwischen Deutschland und England infolge des deutschen Flottenbauprogramms vorläufig ausgeschlossen war. Die Spannung nahm vielmehr zu, das britische Mißtrauen war aufs neue entfacht.

Dagegen waren von der in England modern gewordenen Russomanie die weitesten Kreise ergriffen. Selbst führende Persönlichkeiten des Handels und der Industrie, wie z. B. der Präsident des „Board of Trade", setzten große Hoffnungen auf die zukünftige Größe Rußlands, das mit seinen „unlimited resources" und der Zahl seiner Bevölkerung das Land der Zukunft sei, das durch fremdes Kapital und fremde Unternehmer in den nächsten 50 Jahren einen Aufschwung

---

[1]) Bülow: Deutsche Politik, S. 60.
[2]) B. D. Bd. V Nr. 861 ff.
[3]) G. P. 26 II Nr. 9562.

nehmen würde, wie Amerika in dem abgelaufenen Halbjahrhundert.[4]) Die russischen Parlamentsmitglieder, die als Vertreter der Duma am 19. Juni 1909 in London zu einem mehrwöchentlichen Studienaufenthalt eintrafen, fanden überall die entgegenkommendste Aufnahme. Behörden, Korporationen und Privatleute wetteiferten, um durch die Veranstaltung von Festen und sonstigen Sympathiekundgebungen die Entente populär zu machen. In den Aeußerungen der verschiedenen russischen Vertreter bildete die Abneigung und die tiefe Verstimmung gegen Deutschland den immer wiederkehrenden Grundton. Das Dazwischentreten Deutschlands in der österreichisch-serbischen Frage hatte Rußland aufs neue England und Frankreich in die Arme getrieben und den Wunsch einer innigen Verbindung mit den beiden Westmächten rege gemacht. Der Kadettenführer Maklakow sprach sogar ganz offen den Wunsch aus, daß eines Tages die Tripelentente sich in ein neues Bündnis ebenso förmlicher Natur wie die russisch-französische Allianz verwandeln möge.[5]) In diesem Sinne war auch Sir Arthur Nicolson in Petersburg tätig.[6])

Fast mehr als auf die Beziehungen Rußlands zu Oesterreich-Ungarn wirkte die bosnische Krise auf das deutsch-russische Verhältnis ein. Die panslawistische Presse führte einen langen und erregten Feldzug gerade gegen Deutschland, dessen Leitmotiv die Notwendigkeit beschleunigter Rüstung für den unvermeidlichen Krieg zwischen Slawentum und Germanentum war.[7])

Ein sehr bedenkliches und unvermeidliches Ergebnis der britischen Diplomatie, das muß noch einmal gesagt werden, war die Festigung der serbischen Zuversicht, im Kampf gegen Oesterreich-Ungarn letzten Endes auch mit der Unterstützung des mächtigen England rechnen zu können. Die serbische Regierung sprach denn auch dem britischen Vertreter in Belgrad den aufrichtigen Dank für die freundliche Unterstützung Englands während der ganzen Krise aus. Wenn auch die serbische Regierung mit dem Ergebnis nicht zufrieden sei, erkenne sie dennoch die außerordentlichen Anstrengungen der englischen Regierung an, die sie zu Gunsten Serbiens unternommen habe.[8])

In Serbien herrschte denn auch nach wie vor eine äußerst gereizte Stimmung gegen Oesterreich-Ungarn, wobei man sich aber auf eine glücklichere Zukunft vertröstete und auf die russische Hilfe für die Durchführung der großserbischen Wünsche rechnete.[9]) Daß Serbien auf russischen Beistand für die künftige Eroberung Bosniens und der Herzegowina vertraute, geht aus dem geheimen Zirkular einer pansla-

---

4) D. U. Bd. I Nr. 1015.
5) G. P. 26 II Nr. 2560.
6) siehe Seite 76 ff.
7) G. P. 26 II Nr. 9359, 9532 ff.
8) B. D. Bd. V Nr. 811.
9) G. P. 26 II Nr. 9529.

wistischen Konferenz hervor, die im Juli 1909 in Petersburg tagte. Dieses Zirkular, das an sämtlichen slawischen Regierungen auf der Balkanhalbinsel und an alle slawischen Organisationen in den slawischen Ländern gerichtet war, zeigt uns mit größter Deutlichkeit die außerordentlich große Gefahr, die dem europäischen Frieden von seiten des Panslawismus drohte. Alle slawischen Regierungen und Organisationen wurden aufgefordert, sich zu einem Bündnis zusammen zu schließen, auf Rußland zu vertrauen und sich für den Krieg gegen den Germanismus vorzubereiten. Das Zirkular schloß mit den Worten: „Sicher wird in längstens zwei bis drei Jahren die Zeit gekommen sein, wo die Slawenwelt unter der Führung Rußlands den großen Streich führen muß."[10]) Wie uns der Verlauf der bosnischen Krise gezeigt hat, fand dieses slawische Machtstreben und dieser slawische Haß und Vernichtungsdrang gegenüber dem Germanismus reichliche Beeinflussung und Unterstützung selbst in dem doch überwiegend der nordischen Rasse angehörenden englischen Volke.

---

[10]) G. P. 26 II Nr. 9563.

Lebenslauf.

Am 24. Oktober 1904 wurde ich, Heinrich Lübbing, evangelischer Konfession, in Löhne in Westfalen geboren als Sohn des Postboten, jetzigen Postassistenten Wilhelm Lübbing und seiner Ehefrau Luise geborene Kuhle.

Von 1911 bis 1919 besuchte ich die Volksschule in Obernbeck bei Löhne und von 1919 bis 1925 die Lehrerbildungsanstalt in Petershagen a/Weser. Im März 1925 legte ich dortselbst die erste Lehrerprüfung ab. Nach 1½ jähriger Bürotätigkeit ließ ich mich für das Wintersemester 1926/27 an der Universität in Berlin mit kleiner Matrikel immatrikulieren. Im Sommersemester 1927 war ich beurlaubt, um mich weiter für die Reifeprüfung eines Realgymnasiums vorzubereiten, die ich im Oktober 1927 beim Provinzialschulkollegium in Berlin-Lichterfelde abgelegt habe. Vom Wintersemester 1927/28 bis zum Wintersemester 1929/30 studierte ich dann in Berlin und danach bis zum Sommersemester 1931 in Münster in Westfalen Geschichte, evangelische Religionswissenschaft, Englisch und Französisch. Daneben hörte ich Vorlesungen über Pädagogik und Philosophie.

Im März 1930 legte ich beim Provinzialschulkollegium in Berlin-Lichterfelde die Ergänzungsprüfung in Griechisch ab. Am 22. Dezember 1931 bestand ich in Münster die Prüfung für die Promotion zum Doktor der Philosophie und am 10. November 1932 die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Seit Ostern 1933 bin ich im Volksschuldienst beschäftigt.

Meine akademischen Lehrer waren in Berlin: die Herren Professoren Brandl, Gamillscheg, Wechßler, Ebert, Schmitt, Schmidt, von Harnack, Rupp, Dessoir, Reinhold Seeberg, Erich Seeberg, Spranger, Hartung, Holtzmann, Titius, Hoppe, Brackmann, Oncken, Fabricius, Elze, Ferd. Jakob Schmidt, Deißmann, Bertholet, Stumpf.

In Münster die Herren Professoren: Wätjen, Eitel, Herrmann, Grützmacher, Schmitz, Kabitz, Keller, Münzer, Stählin, Koppelmann, Piper, Schulte-Kemminghausen, Stefansky.